Dienstag, 17. Juli 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 165 - 29.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Duarte in Bonn: Bundespräsident von Weizsäcker hat dem Präsidenten der Republik El Salvador, Duarte, wirtschaftliche Unterstützung durch Bonn zugesagt. In einer für Salvador entscheidenden Zeit werde die Bundesregierung „konkrete Schritte für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit vorschlagen", versicherte er dem Gast, der gestern zu einem dreitägigen Besuch in Bonn eingetroffen war. (S. 4)

Überschüsse: Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat vor übereilter Verwendung eventueller Überschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit gewarnt; die Deutsche Angestelltengewerkschaft verlangt dagegen die Erweiterung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld von 12 auf 18 Monate.

Auto-Abgase: Die FDP bemüht sich nach widersprüchlichen Äußerungen ihrer Politiker um Geschlossenheit. Das Parteipräsidium sprach sich gestern für die Einführung abgasgereinigter Autos und bleifreien Benzins zum Termin 1. Januar 1986 aus. (S. 8)

Golfkrieg: Zwischen den arabischen Golfstaaten und Teheran sind nach Zeitungsmeldungen aus der Golfregion Kontakte über Möglichkeiten der Beilegung des irakisch-iranischen Krieges aufgenommen worden. Die Golfstaaten haben Bagdad bislang mit rund 100 Milliarden Mark unterstützt. Irans Parlamentspräsident Rafsanjani lehnte eine Einladung nach Saudi-Arabien ab. (S. 6 und 8)

US-Wahlen: Zum Auftakt des Wahlparteitags der Demokraten annulliert Mondale die Entlassung des Parteivorsitzenden Manatt. (S. 2)

Schlichtung: Für das Bodenpersonal der Lufthansa wurde ab 1. April 1985 eine wöchentliche Regelarbeitszeit von 38,5 Stunden vereinbart. (S. 4)

Heute: Bundesverfassungsgericht verkündet Entscheidung über die Herausgabe der vollständigen Flick-Unterlagen an den Untersuchungsausschuß. – Feststellungsklage der Grünen zur Raketenstationierung vor dem Verfassungsgericht.

ZITAT DES TAGES



» Die CSU will diese Koalition. Wer anderes unterstellt, unterschätzt unseren Realitätssinn «

Der Staatssekretär in der Bayerischen Staatskanzlei und frühere CSU-Generalsekretär Edmund Stoiber bei einem Gespräch in der Redaktion der WELT (S. 8)
FOTO: SVEN SIMON

WIRTSCHAFT

Cocom-Liste: Die Mitgliedsländer des Koordinierungsausschusses für Ost-West-Handel (Cocom) haben sich über den letzten Konfliktbereich ihrer Embargo-Liste geeinigt. Künftig schließt die Cocom-Liste für Waren, deren Ausfuhr in den Ostblock verboten oder beschränkt ist, auch Computer einschließlich leistungsstärkerer Personal-Computer, Computer-Software und computerisierte Telekommunikations-Systeme ein. (S. 9)

Sparkassen: Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat die Kritik aus der Deutschen Bundesbank am Spareckzins von unverändert drei Prozent zurückgewiesen und seinerseits die Geldpolitik der Bundesbank als „irritierend" beschrieben.

Börse: Die Aktienkurse konnten sich zum Wochenbeginn weiter erholen. WELT-Aktienindex 139,6 (138,5). Auch der Rentenmarkt war freundlicher. Dollar-Mittelkurs 2,8204 (2,8434) Mark. Goldpreis je Feinunze 350,10 (345,00) Dollar.

KULTUR

Fiera di Milano: „Dies ist die beste Ehe, die die Scala in ihrem über 200jährigen Dasein geschlossen hat", kommentiert der Intendant Carlo Maria Badini die eben besiegelte Partnerschaft zwischen dem „Tempel der Oper" und der Mailänder Mustermesse. (S. 15)

Otto Götz: Mit einer umfangreichen Rückschau auf das künstlerische Lebenswerk ehrt die Düsseldorfer Kunsthalle Götz zum siebzigsten Geburtstag. Als Mitglied der Gruppe Cobra hatte er in den 50er Jahren weltweit Beachtung gefunden.

Die Spur führt nach Iran und Syrien

Am 23. Oktober 1983 attackierten islamische Selbstmordkommandos in Beirut das Hauptquartier der US-Marineinfanteristen und das Camp französischer Einheiten. Es gab 297 Tote. Rolf Tophoven berichtet von Erkenntnissen westlicher Geheimdienste über die Terroraktionen. Seite 5

SPORT

Olympia: Das Internationale Olympische Komitee (IOC) erwägt eine Bestrafung jener NOKs, die einen Boykott der Spiele in Los Angeles beschlossen haben. Das erklärte der spanische IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch.

Turnen: Der Deutsche Turnerbund (DTB) wird nicht an den sogenannten Gegenspielen vom 20. bis 26. August in Prag teilnehmen. Der DTB hatte ebenso wie die Japaner und Chinesen eine Einladung des tschechoslowakischen Verbandes erhalten.

AUS ALLER WELT

Drogen in Polen: Der Ostblock hat seine Drogenprobleme und seine Drogentherapie, auch wenn die offizielle Propaganda dies niemals zugeben würde. Sechs Mitarbeiter der Selbsthilfeorganisation Synanon in Berlin besuchten die polnische Drogenhilfeeinrichtung „Monar" in Warschau und Danzig. (S. 16)

Spätzle: Von der schwäbischen Nudel-Spezialität schwärmten die Fußballer der chinesischen Nationalmannschaft nach einem Aufenthalt in Karlsruhe mit einem Freundschaftsspiel beim KSC am meisten. (S. 16)

Wetter: Wechselnd wolkig, bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Warum Lance lancieren? – über die Entscheidungsschwäche Walter Mondales S. 2

Paris: Räuber und kein Gendarm, ein Gesellschaftsspiel – zunehmende Kriminalität S. 3

Bericht an den Vatikan: Die geknebelte Freiheit der Christen in Saudi-Arabien S. 4

Nahost: Kairo schafft sich gegenüber Israel wieder eine militärische Option S. 6

Fernost: Hanoi spannt Laos für Angriff gegen die Thais ein – Konflikt weitet sich aus S. 4

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Fernsehen: Die Rockgruppe „Münchner Freiheit" – Primanerträume zu Omas Geburtstag S. 6

Chemie: Falsches Image – Ob Seveso oder Hamburg, immer mit dem Rücken zur Wand S. 9

Phantasien des Rokoko: Die Abegg-Stiftung bei Bern zeigt textile Chinoiserien S. 15

Endstation Autobahn: 1,2 Millionen Fixerpackungen in defektem Lastwagen entdeckt S. 16

London denkt über Einsatz von Militär in Häfen nach

Kabinett verschiebt Beschluß über Notstand / Dover für Touristen noch frei

FRITZ WIRTH, London

Durch die Verschärfung des britischen Hafenarbeiterstreiks hat der Druck auf die Regierung Thatcher zugenommen, den nationalen Notstand auszurufen und Soldaten einzusetzen, die die Häfen offenhalten. Bei den Beratungen der Premierministerin mit dem Krisenstab – ihm gehört auch Verteidigungsminister Michael Heseltine an – wurde beschlossen, die Ausrufung des Notstands noch für einige Tage hinauszuschieben und zunächst die Bemühungen der nationalen Schlichtungsbehörde „Acas" abzuwarten. Diese Behörde hat beide Seiten im Hafenarbeiterkonflikt zu getrennten Gesprächen eingeladen.

Der Hafen von Dover, der bisher von den Streikaktionen verschont geblieben war, ist gestern abend von den Gewerkschaften für den Frachtverkehr gesperrt worden. Damit liegen praktisch alle großen britischen Seehäfen still. Ausgeschlossen von den Streiks in Dover bleibt der Passagierverkehr. Besorgt um den Goodwill und die Sympathien der britischen Öffentlichkeit, gaben die Dokker von Dover die Garantie, daß britische Urlauber und ausländische Touristen von ihrem Streik nicht behelligt und normal abgefertigt werden. Durch den Hafen von Dover passieren täglich 30 000 Personen, 7000 Personenautos und 400 Busse.

Der Einsatz von Soldaten in Streiksituationen ist in Großbritannien kein außergewöhnliches Ereignis. Das letzte Mal machte die Regierung Callaghan im Jahre 1977 von diesem Recht Gebrauch, als die Feuerwehr streikte und britische Soldaten mit ihren zumeist überalterten Fahrzeugen aus Kriegstagen auf der Szene erschienen. Es gab keine ernsthaften Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit den streikenden Gewerkschaftern. Soldaten wurden in der Amtszeit Callaghans ebenfalls bei Streiks der Krankenwagenfahrer eingesetzt.

Zum Einsatz von Truppen in Streiks ist nicht unbedingt die Ausrufung des Notstands notwendig. Es reichen dazu Sondergesetze aus, die im Jahre 1964 von der Regierung Wilson beschlossen wurden.

In einem Hafenarbeiterstreik wurden zum letzten Mal im Jahre 1949 von der damaligen Regierung Attlee Soldaten eingesetzt. Die Maßnahmen hatten nicht, wie damals befürchtet wurde, eine Verhärtung des Streiks zur Folge, sondern führten innerhalb von 14 Tagen zu einer Lösung des Konflikts.

Der britische Arbeitsminister King erklärte nach der Krisensitzung in Downing Street, daß die Ausrufung des Notstands nicht unmittelbar bevorstehe. Das Zögern und Abwarten der Regierung ist bei zahlreichen konservativen Abgeordneten auf Kritik gestoßen. Sie sind der Meinung, daß Premierministerin Thatcher hier, ebenso wie im seit 18 Wochen andauernden Streik der Bergarbeiter, zu lange unbeteiligt zugeschaut hat.

Der Beschluß der Hafenarbeiter von Dover, den Streik auf ihren Hafen auszudehnen, hat im übrigen unter den Dockern selbst heftige Kontroversen ausgelöst. Der Streikbeschluß wurde in einer öffentlichen Versammlung der 520 Docker durch Handerheben gefaßt, ohne die Stimmen auszuzählen. Die Funktionäre der Hafenarbeiter sagen, daß der Streikbeschluß mit einer Mehrheit von 3:2 gefaßt worden sei. Eine beträchtliche Anzahl anwesender Gewerkschafter meint jedoch, daß diese Schätzung der Funktionäre falsch gewesen sei. In Wahrheit hätten sich die Docker von Dover mit einer Mehrheit von 2:1 gegen den Streik ausgesprochen.

Strauß schweigt zu seinen Absichten

CSU erhebt Anspruch auf Sitz in der EG-Kommission / Tandler erneuert Kritik an Bonn

PETER SCHMALZ/DW. München

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat jede konkrete Stellungnahme zu den Spekulationen über einen möglichen Wechsel in die Bundesregierung abgelehnt. Er habe weder Informationen noch Spekulationen in die Welt gesetzt, erklärte Strauß nach der Sitzung des CSU-Landesvorstandes Journalisten. Zu der Frage, wie er die Forderungen auch aus seiner näheren Umgebung nach einem Kabinettsposten für sich werte, meinte der CSU-Chef, er verfolge alle diese Stimmen mit großer Aufmerksamkeit: „Mehr ist nicht meine Angelegenheit. Ich äußere mich zu solchen Dingen nicht."

CSU-Generalsekretär Gerold Tandler, der am Wochenende mit der Bemerkung, Strauß würde am Kabinettstisch in Bonn „ein bißchen mehr Schwung" in die politischen Entscheidungen bringen, für Aufsehen gesorgt hat, relativierte gestern seine Äußerung. Er habe dieses Thema nicht von sich aus „in den Mund genommen", sondern während der Tagung der Schüler Union lediglich auf Fragen aus dem Publikum geantwortet, sagte Tandler. Der CSU-Generalsekretär fügte hinzu, die Frage „ob der bayerische Ministerpräsident hierbleibt oder nach Bonn geht", würde sich überhaupt nicht stellen, wenn die Arbeit der Bundesregierung optimal liefe. Tandler kritisierte dabei wiederum die Aufsplitterung der Steuerreform in zwei Teile und die Vertagung der Entscheidung über Kaufanreize für umweltfreundliche Autos auf den Herbst.

SEITE 8:
WELT-Gespräch mit Stoiber

Strauß erklärte, jetzt komme es darauf an, darüber nachzudenken, wie eine „absolute Mehrheit für eine liberal-konservative Politik nach der nächsten Bundestagswahl" gesichert werden kann.

In der engeren Umgebung des bayerischen Ministerpräsidenten wird die Vermutung geäußert, Strauß neige derzeit kaum zu einem Wechsel nach Bonn. Diese Ansicht könnte auch dadurch untermauert werden, daß Strauß gestern in der Pressekonferenz eine neue personelle CSU-Forderung präsentierte: Die bayerische Unionspartei pocht auf einen Sitz in der Kommission der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel. Die CSU habe das Anrecht, jetzt oder zumindest bei der nächsten Besetzung ein Mitglied der Kommission zu stellen, erklärte Strauß. Man habe sich aber bisher zurückgehalten, um den Vorschlag, Professor Biedenkopf zu berufen, nicht zu gefährden. Nachdem dieser Vorschlag durch Indiskretionen zerstört sei, müsse „man jetzt darüber sprechen".

Regierungssprecher Boenisch bezeichnete Darstellungen, Biedenkopf sei nicht mehr der Bonner Kandidat, als falsch. Bisher habe Bonn nur sondiert. Jetzt aber würden Verhandlungen aufgenommen.

Der irische Premier und EG-Ratsvorsitzende FitzGerald, dem die Klärung des Kommissionsvorsitzes angetragen worden ist, hat Briefe an die EG-Regierungschefs gerichtet.

Streit um Krankenhausfinanzierung

Bund will für Investitionen keine Mittel mehr geben / Eigener Gesetzentwurf der Länder

PETER JENTSCH, Bonn

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) hat gestern den Referentenentwurf des Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung vorgelegt. Da über wesentliche Punkte des Gesetzes mit den Bundesländern keine Übereinstimmung erzielt werden konnte, wollen die Länder einen eigenen Entwurf vorlegen. Beide Gesetze sollen am 5. Oktober im Bundesrat gemeinsam beraten und anschließend dem Bundestag zugeleitet werden.

Kernpunkt der Novelle aus dem Arbeitsministerium, die am 1. Januar 1985 wirksam werden soll, ist die Aufhebung der Mischfinanzierung für notwendige Investitionen zwischen Bund und Ländern. Das heißt, der Bund will sich aus der Krankenhausfinanzierung ganz zurückziehen, sein Anteil liegt zur Zeit bei etwa 900 Millionen Mark jährlich. Nach Blüms Entwurf sollen die Länder künftig die Fördermittel für Krankenhausinvestitionen allein bezahlen. Sie erhalten als Ausgleich für den Fortfall der Finanzhilfen des Bundes jährlich etwa 972 Millionen Mark, und zwar über eine Erhöhung des Bundesanteils bei Geldleistungsgesetzen (Wohnungsbauprämiengesetz, Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter). Die Länder sollen dabei sicherstellen, daß das gegenwärtige Fördervolumen der öffentlichen Hand von 4,3 Milliarden Mark (einschließlich Bundeshilfen) beibehalten wird.

Auch eine weitere Absicht Blüms ist am Widerstand der Länder zunächst gescheitert. Nach dem von der Beraterkommission Ende vergangenen Jahres vorgelegten Entwurf der Krankenhausfinanzierung sollte den Krankenkassen eine paritätische Mitbestimmung bei der Krankenhausbedarfsplanung eingeräumt werden. Der Gesetzentwurf sieht aber immerhin noch die Wiederherstellung der Vertragsfreiheit der Kassen bei der Auswahl der Kliniken vor, mit denen sie Versorgungsverträge für ihre Versicherten abschließen will. Darüberhinaus sollen die Kassen stärker an den Investitionsentscheidungen der Länder und an der Krankenhausplanung beteiligt werden. Schließlich sollen die Pflegesätze zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen ausgehandelt werden, wobei im Fall der Nichteinigung zwischen den Vertragspartnern die Regelung durch einen unabhängigen Schlichter vorgeschlagen wird.

Der Referentenentwurf sieht auch eine Verbesserung des Pflegesatzrechts vor. Der durchschnittliche Pflegesatz liegt heute bei etwa 230 Mark – ganz gleich, ob es sich um einen „billigen" Blinddarm oder eine teure Behandlung auf der Intensivstation handelt. Künftig soll der vollpauschalierte Pflegesatz abgelöst werden durch differenziertere, leistungsbezogene Preise. Darüberhinaus sollen die Kassen die Möglichkeit abweichender Vereinbarungen erhalten, zum Beispiel Gruppenpflegesätze, Abteilungspflegesätze, degressive Pflegesätze.

Sonnige Konjunktur für 18 Monate?

DW. Bonn

Keinen Boom, aber einen mindestens 18 Monate andauernden Konjunkturaufschwung hat eine vom „Time Magazine" geförderte Expertengruppe für die westeuropäische Wirtschaft vorhergesagt. „Gesunde Gewinne in vielen Industrien Westeuropas", schreiben die Experten, seien das beste Gegengift für den „modischen Europessimismus", der einen „irreversiblen Wirtschaftsabschwung" für den europäischen Kontinent gepredigt hatte.

Der Aufwärtssog, vor allem auch durch hohe Exporte, der zuerst von Großbritannien und dann von der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen sei, wirke auch auf andere europäische Staaten, heißt es in der jüngsten Ausgabe der amerikanischen Zeitung. Nach den Niederlanden, Schweden und der Schweiz zeige er sich sogar in Frankreich und Italien.

Hans Mast, Vizepräsident der Crédit Suisse faßte eines der Ergebnisse der Expertengruppe zusammen. Der Aufschwung strafe die Theorien von der unvermeidlichen Stagnation Europas im Vergleich zur „jugendlichen Kraft" der USA und Japan Lüge. „Wir scheinen doch noch das Talent für Aggressivität und Innovation auf den Weltmärkten zu besitzen."

Über „gute Zeiten" für die kommenden 18 Monate waren sich die Europa-Ökonomen einig. Ein noch weitergehender Ausblick erschien ihnen allerdings durch den „unvorhersehbaren Kurs der amerikanischen Wirtschaft vernebelt", da hohe Zinssätze, ein Ausufern der Budgets und Handelsdefizite die Expansion der US-Wirtschaft belasten. Für Europa und Japan, meinte der optimistische Mast, würde das vielleicht eine größere Rolle auf dem Weltmarkt bedeuten.

Trotz des Aufschwungs waren sich die Experten einig, daß die Arbeitslosigkeit für 1984 bei durchschnittlich zehn Prozent in Westeuropa liegen werde. 1985 sei nur mit einem Rückgang dieser Rate um ein halbes Prozent zu rechnen. Als bestes Gegenmittel empfahlen sie ein Zusammenwirken zwischen den Tarifpartnern, um ein flexibleres und niedrigeres Niveau des Realeinkommens zu erhalten, wodurch sich die Menschen wieder in den sich wandelnden Arbeitsmarkt integrieren könnten. Dabei wurden die Experten allerdings von den Arbeitskämpfen in der Bundesrepublik und Großbritannien irritiert, die sich mit ihrem Vorschlag nicht so recht vereinbaren ließen.

Seite 9: Europa läuft Gefahr

DER KOMMENTAR

Herausforderung

FRITZ WIRTH

Seit 18 Wochen streiken die britischen Bergarbeiter. Seit einer Woche liegen die britischen Häfen still. Der Pfundkurs erreichte gegenüber dem Dollar einen Rekord-Tiefstand. Frau Thatcher berät in Downingstreet über den Notstand, und in Westminster gedeihen Verschwörungslegenden – Momentaufnahme eines heißen, konfusen, selbstzerstörerischen politischen Sommers zwischen Dover und Hebriden.

Neu ist das alles nicht. Diese Kombination von Gewerkschaftswillkür, politischer Bunker-Mentalität, Nervosität und Verunsicherung des Bürgers war das Kennzeichen vergangener britischer Regierungen unter Harold Wilson, Edward Heath und James Callaghan.

Margaret Thatcher war vor fünf Jahren mit dem Versprechen und dem Ziel angetreten, diese Art von Krisen und Konfrontationen endgültig aus der Welt zu schaffen. Sie versuchte es mit neuen Gewerkschaftsgesetzen, mit Härte und mit einer Klärung des Frontenverlaufs. Sie ging auf Distanz zu den Gewerkschaften und ihren Provokationen. Arbeitskämpfe sollten wieder Sache der Tarifpartner sein. Die Regierung begab sich freiwillig ins Niemandsland zwischen diesen Partnern.

In der Theorie war dies ein lobenswertes, normales und vernünftiges Konzept. Sein Schwachpunkt: Es funktioniert, solange die Arbeitskämpfe normal und vernünftig sind. Der 18wöchige Streik der Bergarbeiter aber ist es mit Sicherheit nicht und auch nicht der der Hafenarbeiter. Denn Bergarbeiterchef Arthur Scargill kämpft in diesem Arbeitskampf nach eigenem Eingeständnis nicht nur um Arbeit für seine Kumpel, er kämpft für den Sturz der Regierung.

Dies ist also ein politischer Streik. Darum haben sich die neuen Gewerkschaftsgesetze als wertlos erwiesen und darum stellt sich für Frau Thatcher die Frage, ob sie sich noch länger unbeteiligt an der Seitenlinie dieser Arena aufhalten kann. Die Wahrheit ist: Sie ist direkt herausgefordert und sie kann diese Herausforderung nicht mehr ignorieren. Sie ist zu einer Hauptperson dieses Streiks geworden.

Die Provokation des Arthur Scargill läßt sich auf die gleiche Formel reduzieren wie die der Bergarbeiter zur Zeit des Edward Heath vor zehn Jahren: „Wer regiert England? Eine Minderheit militanter Gewerkschafter oder die gewählten Volksvertreter?"

Margaret Thatcher wird sich dieser Frage stellen müssen. Gewinnen, wie vor zehn Jahren, die radikalen Kumpel diese Konfrontation, werden die Uhren in Großbritannien um mehr als nur ein Jahrzehnt zurückgestellt.

Bis 1986 weitere Kredite für die „DDR"?

DW. Bonn

In Bonn haben Spekulationen, daß der „DDR" bis zum Jahr 1986 insgesamt drei Milliarden Mark Kredit gewährt werden sollen, Auftrieb erhalten. Vom Bundeskanzleramt wurde eine entsprechende Meldung der „Bild"-Zeitung nicht bestätigt. Unter Berufung auf Regierungskreise schreibt die Zeitung in ihrer heutigen Ausgabe, über die zwei Milliarden, die Ost-Berlin zusätzlich zu dem unterschriftsreifen neuen Milliarden-Kredit erhalten solle, wolle Bonn erst später entscheiden. Das Geld solle 1985 und 1986 in zwei Raten gezahlt werden. Im Gegenzug wolle SED-Chef Honecker mehr Erleichterungen für die Menschen in Deutschland gewähren. Der Zwangsumtausch-Satz, so die „Bild"-Version, solle für alle auf 15 Mark täglich gesenkt werden (bisher 25 Mark).

Die 15jährigen, die bisher 7,50 Mark je Tag zahlten (Kinder zwischen sechs und 14 Jahren sind bereits vom Zwangsumtausch befreit), sollen kostenlos reisen können. Rentnerinnen aus der „DDR" dürfen angeblich schon mit 55 Jahren in den Westen reisen. (bisher 60 Jahre). Außerdem sei daran gedacht, daß Rentner künftig auch Bekannte im Westen (bisher nur Verwandte) besuchen dürften.

Vermutungen, daß die „DDR" drei Milliarden Mark, verteilt auf mehrere Zeitabschnitte, erhalten solle, waren bereits nach der Bestätigung des neuen Kredits durch den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß geäußert worden. Von der Bundesregierung wurden sie als Spekulationen bezeichnet.

Kreml schickt Tichonow nach Polen

DW. Warschau

Der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Tichonow wird am 22. Juli aus Anlaß des 40. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik Polen nach Warschau reisen, wurde aus zuverlässiger Quelle in der polnischen Hauptstadt mitgeteilt. Der Besuch Tichonows wird der erste eines sowjetischen Regierungschefs seit der Verhängung des Kriegsrechts über Polen am 13. Dezember 1981 sein.

Die der Regierung nahestehende „Patriotische Bewegung zur nationalen Wiedergeburt" (PRON) hat am Montag zum 22. Juli eine umfassende Amnestie für politische Straftäter in Polen gefordert. Dies teilte PRON-Generalsekretär Marian Orzechowski mit. Die Organisation will den Amnestieantrag im Parlament einbringen, das am Samstag zu einer Sondersitzung zusammentritt. Politische Beobachter rechnen damit, daß dann die Amnestie verkündet wird. Auch bei der Amnestie vom 22. Juli letzten Jahres war der Antrag von PRON ausgegangen. Möglicherweise umfaßt die Amnestie auch die vier Gründungsmitglieder des oppositionellen Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR), deren Prozeß am Freitag vergangener Woche vor einem Militärgericht begonnen hatte. Andererseits hat Verteidigungsminister General Florian Siwicki in Dorohusk (Südost-Polen) scharfe Angriffe gegen die Führer der polnischen Opposition gerichtet und ihnen vorgeworfen, „den Frieden und die Sicherheit an den polnischen Grenzen für einen Judas-Lohn zu verkaufen".

Kabul will durch Propaganda Flüchtlingsstrom bremsen

Berichte über Elend von Afghanen in Iran / Geringe Wirkung

W. H. RUEB, Bonn

Das Regime von Präsident Karmal in Kabul versucht in den letzten Tagen durch eine intensive Propaganda-Kampagne die Flüchtlingslawine von Afghanen nach Iran abzuschwächen. Parallel dazu berichten sowjetische Medien, daß afghanische Flüchtlinge zu Tausenden von der Amnestie des Jahres 1981 Gebrauch machen und in ihre Heimatorte zurückkehren.

Vergangene Woche meldete Radio Kabul, Iran zwinge afghanische Flüchtlinge gewaltsam zum Eintritt in die iranische Armee, andere zu Blutspenden für im Golfkrieg gegen den Irak verwundete iranische Soldaten. Nach Ansicht des afghanischen Widerstandes will Kabul mit dieser Propaganda-Aktion „die Afghanen davon abhalten, in den Iran zu flüchten. Natürlich nicht, um sie der Heimat zu erhalten, sondern, weil Kabul sehr genau weiß, daß viele der zunächst unpolitischen Flüchtlinge wieder in die Heimat zurückkehren und sich dem bewaffneten Widerstand anschließen". Die Zahl der afghanischen Flüchtlinge in Iran beträgt nach Ansicht des Widerstands 1,2 Millionen Menschen.

Nach Angaben afghanischer Widerstandskreise, westlicher Geheimdienste und humanitärer Organisationen aus Europa sind die afghanischen Flüchtlinge in Iran weitgehend sich selbst überlassen. Sie müssen in Lagern leben und erhalten weder medizinische noch andere humanitäre Hilfe. In den letzten Jahren sind deshalb Hunderttausende von ihnen wieder ins sowjetisch besetzte Afghanistan zurückgekehrt. Fast alle mit verstärkter Motivation für den Kampf gegen das Karmal-Regime und seine sowjetischen Beschützer. „Kabul fürchtet den Fanatismus der aus Iran Heimgekehrten", sagte ein Sprecher des afghanischen Widerstandes in Peschawar zur WELT. „Die gegenwärtige sowjetische Offensive in Herat ist eine direkte Folge der Heimkehr von Flüchtlingen aus Persien." Im Widerstand schätzt man die Wirkung der Propaganda aus Kabul äußerst gering ein.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Geier kreisen

Von Herbert Kremp

Mit den zwei Milliarden Dollar Kredit an den Irak hat Moskau Position bezogen. Die Wendung gegen den Iran ist vollzogen. Sie bedeutet eine Entscheidung zwischen kriegführenden Ländern, die sich bis über den Rand der eigenen Kräfte strapazieren. Der Irak ist der traditionelle Verbündete der Sowjetunion, die in dem Konflikt finassierte, auf strategische Sicht jedoch mit dem Zusammenbruch des Ayatollah-Regimes rechnet. Der rote Geier kreist.

Die neuesten Vorgänge entsprechen der historischen und geopolitischen Logik. Der Iran liegt in der Richtung der sowjetischen Expansion. Der Persische Golf, das Arabische Meer, der Indische Ozean sind Ziele, denen auch die Vorfeldsicherung in Afghanistan gilt. Als 1945 die Briten und Amerikaner Persien verließen, da das Land seine Funktion als Waffentransport-Schleuse in die Sowjetunion erfüllt hatte, weigerte sich Moskau, seine Truppen aus der Nordzone zurückzuziehen. Gestützt auf die kommunistische Tudeh-Partei versuchten die Sowjets, den Norden des Iran zu annektieren.

Das Unternehmen mißlang, da die Amerikaner und Briten die Regierung in Teheran stützten. Immerhin dauerte es vom März 1946 bis zum Oktober 1947, bis die legale Autorität in den nördlichen Landesteilen wiederhergestellt werden konnte. Die Sowjets hatten das Spiel verloren und mit dem Rückzug ihrer Truppen quittiert. Persien wandte sich unter dem Eindruck anhaltender sowjetischer Drohungen den Amerikanern zu und schloß 1948 das „persisch-amerikanische Abkommen", das bis zum Ende des Schah-Regimes 1979 den westlichen Einfluß in der gesamten Golfregion sicherte.

Die Destabilisierung, die seither eintrat, bot der Sowjetunion die Gelegenheit, eine zweite Runde des Spiels zu wagen. Khomeini verbot die inzwischen zugelassene Tudeh-Partei wieder, teils aus Gründen des religiösen Fundamentalismus, teils aber auch wegen der Fremdsteuerung der Kader durch die Moskauer Zentrale. Dort wartete man in Ruhe ab, nach welcher Seite sich im iranisch–irakischen Krieg das Kriegsglück wenden werde. Seit erkennbar geworden ist, daß Teheran keine Aussicht auf Sieg besitzt, aktivieren die Sowjets ihre Beziehungen zu Bagdad und bereiten sich darauf vor, am Zusammenbruch des Ayatollah-Regimes zu partizipieren. Es kann auch sein, daß Moskau sich entschließt, Teheran mit militärischen Mitteln zur Aufgabe seiner Kriegsziele zu zwingen.

Widerstand in Kuba

Von Günter Friedländer

Andres Vargas Gomez (69), Enkelsohn eines Helden des kubanischen Unabhängigkeitskrieges, ist selbst ein Kämpfer gegen Diktatoren. Nach einer fast 23jährigen Gefängnisstrafe ließ Castro ihn aus Anlaß der Kubareise Jesse Jacksons in die USA fahren, wo seine Frau lebt. Vargas aber weigert sich, die ihm zugedachte Rolle zu spielen und seine Freilassung als „humanitären Akt" zu loben.

Er bezeichnete vielmehr das politische Geschäft Jacksons mit Castro, das ihn in die Freiheit führte, als Beleidigung der Moral. Er hat diesen Vorwurf im „Wall Street Journal" wiederholt und dabei die Verhältnisse geschildert, unter denen mehr als tausend politische Gefangene in Kuba vegetieren.

Vargas war in den Gefängnissen „La Cabana" und „Isla del Pino", wo „wir im allgemeinen zweimal täglich geprügelt wurden". Hinrichtungen waren häufig: „In La Cabana hörten wir jede Nacht die Hinrichtungskommandos und die Schreie der Opfer." In „Isla del Pino" wurden die Hinrichtungen vor aller Augen vorgenommen.

Einige Gefangene werden seit sechs Jahren in Einzelhaft ohne jegliche Verbindung mit der Umwelt gehalten. Die nicht ganz so Unglücklichen teilen zu zweit eine anderthalb Meter mal drei Meter große Zelle. In „Isla del Pino" gibt es zwei Toiletten und eine Dusche für dreihundert Gefangene. Es gibt keine nennenswerte ärztliche Versorgung.

Hier handelt es sich um politische Gefangene, die oft nicht mehr taten, als Castro zu kritisieren. Aber Castros Anhänger fordern für die in Kuba ausgebildeten und bewaffneten Guerrilleros, die sich gegen ihre legitimen Regierungen in Lateinamerika erheben, den Status von Kriegsgefangenen, sollten sie gefangen werden.

Vargas Gomez sagt im Namen von Kubas politischen Gefangenen, daß sie keine Freiheit um einen Preis wünschen, „der die Tyrannen der Erde weiter blühen läßt". Sie fordern die ernsthafte Mobilisierung der öffentlichen Meinung der Welt gegen Castros Regierung und harte wirtschaftliche Sanktionen". Eine interessante Lehre für diejenigen, die nur von den Menschenrechten in El Salvador reden.

Wert der Freiheit

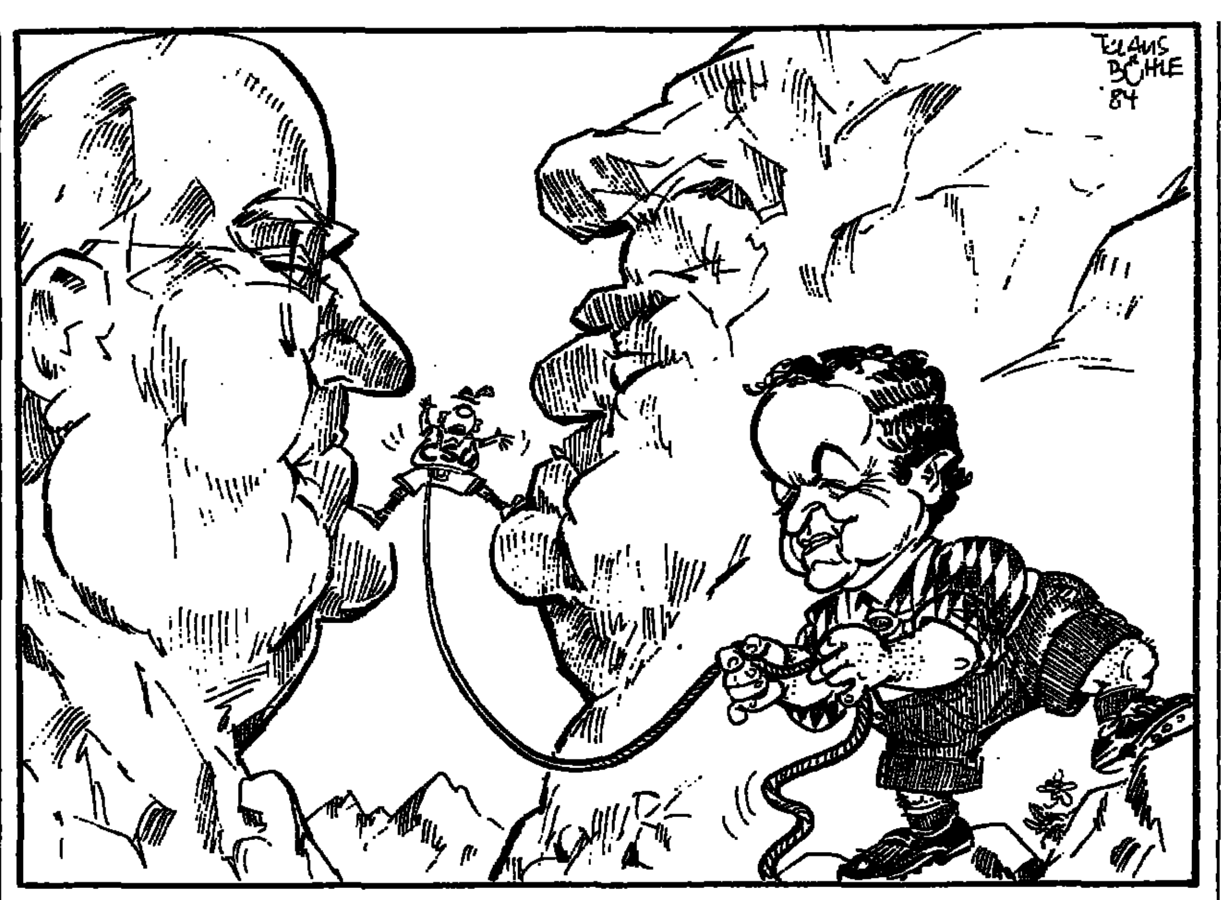
Von Enno v. Loewenstern

Ein Berliner Amtsgericht hat den Fortschritt verurteilt und den Rückschritt befohlen. Es hat dem gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen Petruswerk aufgegeben, die Verkabelung von achthundert Wohneinheiten dadurch rückgängig zu machen, daß die Wohnungen vom Kabelfernsehnetz der Deutschen Bundespost abgeklemmt werden. Dafür soll wieder eine Dachantenne installiert werden.

Das Wunder wurde durch einen Mieter bewirkt, der durch eine „Mieterinitiative" unterstützt wurde. Der Richter gab seiner Klage recht, daß mit dem Kabel (das die Mieter naturgemäß einiges Geld kostet) keine Wertverbesserung der Wohnung verbunden sei. Damit könnten nämlich zur Zeit keine zusätzlichen Programme angeboten werden.

Mag sein. Aber das Kabel dient der Einrichtung des freien Fernsehens. Und hier beißt sich in der richterlichen Logik die Henne ins Ei. Natürlich kann erst dann ein freies Fernsehen veranstaltet werden, wenn die technischen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Wenn man umgekehrt erst dann mit der Verkabelung begänne, wenn die ersten Produzenten bereitstehen, müßten diese bald den Konkurs anmelden. Sie könnten die Kosten ihrer Unternehmen ja nicht so lange suspendieren, bis die Erde gemächlich für die Kabel umgegraben worden ist. Logischerweise muß die Verkabelung der Errichtung eines freien Fernsehens vorausgehen.

Was heißt hier „Wertverbesserung"? Schließlich wird die ganze Miete der Häuser ja nach den Gesamtkosten der Häuser vom Tag des Baubeginns an berechnet, plus Leerstehzeit. Aus welcher Ecke der Wind dieser Klage weht, weiß jeder, der die hysterische Kampagne von SPD und Grünen zur Erhaltung des ihnen dienstbaren Monopolfunks beobachtet hat. Welchen Wert hat die Freiheit, auch die Medienfreiheit? Das müßte doch eigentlich auch die Justiz wissen.



Politalpinismus KLAUS BÖHLE

Warum Lance lancieren?

Von Thomas Kielinger

Wie der weiland Herzog von York aus dem englischen Kinderreim, so blies Walter Mondale, kaum hatte er seine Truppen halb den Berg hinaufkommandiert, wieder zum eiligen Rückmarsch: Charles T. Manatt, am Freitag von Mondale als Parteivorsitzender der Demokraten entlassen, wurde am Sonntagabend wieder in sein Amt zurückgeführt.

Die Ehrenrettung für Manatt bedeutete freilich ein Public-Relations-Desaster für den Kandidaten Mondale – er bekam einen Tag vor Eröffnung des Parteitages ein vernichtendes Zeugnis von den Medien, aber auch aus Delegiertenkreisen. Seine erste Entscheidung war ohne Konsultationen mit anderen Parteigrößen gefällt worden, und die Rücknahme wiederum erfolgte nach massivem Druck aus Parteitagskreisen, vor allem aus der kalifornischen Delegation (Manatt ist Kalifornier).

Mangel an Konsultation und Nachgeben unter Druck – das schienen den meisten Beobachtern nicht gerade Idealvoraussetzungen zu sein für einen potentiellen Präsidenten der Vereinigten Staaten. Dazu kommen die Zweifel an dem Mann, der an Manatts Stelle rücken sollte und nun statt dessen immerhin Mondales Wahlkampfkoordinator wird: Bert Lance.

Lance war Carters Budget-Direktor. Der Präsident mußte ihn wegen zwielichtiger Bankgeschäfte entlassen; Lance wurde gerichtlich freigesprochen, gilt aber in der Öffentlichkeit als keineswegs über jeden Zweifel erhaben. Mit diesem Mann an seiner Seite erinnert Mondale nicht nur erneut an seine eigene Zeit als zweiter Mann in einer Regierung, die allgemein als schwach empfunden wird; es fehlt auch an der Deutlichkeit des reinen Neubeginns. Warum Bert Lance? Um Stimmen im Süden zu gewinnen, gibt Mondale zu verstehen. Gibt es keinen ebenso tüchtigen, aber unbelasteten Südstaaten-Demokraten? Oder kann es sein, daß Mondale hier auch unter irgendeinem Druck steht?

Schließlich: Mondales wichtigstes Aktivum, die Mitstreiterin Frau Ferraro – sie sieht sich bereits in die Defensive gedrängt wegen einer Bemerkung vor wenigen Tagen, in der sie Präsident Reagans Christentum angezweifelt hatte. Es lasse sich nicht mit den Ungerechtigkeiten seiner Sozialkürzungen in Einklang bringen, behauptete sie. Sie habe den persönlichen Glauben des Präsidenten nicht verunglimpfen wollen, verteidigte sie sich jetzt.

Es ist eben etwas anderes, ob man am Rande oder im Mittelpunkt der Politik und der Aufmerksamkeit steht. Jetzt kommt jedes ihrer Worte auf die Goldwaage; von einer gewissen Höhe der Position an aber mögen die Amerikaner keine zu tief angesetzten Schläge. Reagans Berater spüren die Verletzlichkeit der Novizin und haben sich fürs erste vorgenommen, die Kandidatin nicht direkt anzugreifen, in der Erwartung, sie werde sich und die Partei durch voreilige Worte schon selber in Schwierigkeiten bringen.

Zumal da das nächste Problem für Frau Ferraro bereits auf dem Tisch liegt: ihre Haltung in der Abtreibungsfrage. Als Katholikin lehnt sie die Abtreibung ab, weigert sich aber gleichzeitig, diese ihre Auffassung zur Richtschnur für das Gewissen anderer zu machen. Sie befürwortet mit anderen Worten eine liberale Abtreibungsgesetzgebung, vor allem im Bereich der sozialen Indikation.

Diese Auffassung hat in katholischen Kreisen der USA Kritik hervorgerufen, vornean durch den New Yorker Erzbischof O'Connor.


Entscheidungsschwäche im wichtigsten Augenblick: Mondale (rechts) mit Lance FOTO: DPA

Die US-Katholiken verfolgen eine Linie politischer Nachgiebigkeit in ihrer Gegnerschaft zu atomaren Waffen, gekoppelt aber mit Traditionalität in moralischen Fragen. Im letzteren Punkt sehen sie sich mit der Reagan-Regierung einig, die sie auf dem ersten Felde eher ablehnen.

Als hätte das Spitzenduo Mondale-Ferraro nicht schon Probleme genug, zeigte sich San Francisco, der Austragungsort des Parteitages, am Wochenende von seiner hemmungslos freizügigsten Seite. Nach den bunten Einzelaufmärschen von „Freunden der Erde", „Freunden der Bäume", „Freunden der Tiere" und „Freunden der Bisexualität" versammelten sich am Sonntag zwei gewaltige Demonstrationsgruppen zum Marsch zur Market Street, San Franciscos traditioneller Demonstrationsroute: Zweihunderttausend Gewerkschaftler marschierten von Ost nach West, hunderttausend Homosexuelle zogen in die entgegengesetzte Richtung, und als sie an einer Kreuzung zusammentrafen, buhten sie einander zornerfüllt aus. Beide Gruppen sucht Mondale für sich zu gewinnen. Beide haben demonstriert, daß ihnen das Arm-in-Arm-Gefühl fehlt. Darüber hinaus aber: wie wirkt das Spektakel der gesellschaftlichen Schrankenlosigkeit, das San Francisco gern aufführt – ein Großteil der männlichen Bevölkerung der Stadt bekennt sich als homosexuell, viele aus dieser „gay community" stehen in öffentlichen Ämtern und Würden – auf das weite Land? Wie seriös läßt es die Demokratische Partei erscheinen?

Wie sagte doch H. L. Mencken, der Chronist der amerikanischen Parteipolitik, vor fünfzig Jahren: „Parteitage sind so faszinierend wie eine religiöse Erweckung oder wie eine Hinrichtung." Im Augenblick des, wie man meinen möchte, größten Aufschwungs, nach der erstmaligen Berufung einer Frau für die Kandidatur zum zweithöchsten Staatsamt und vor dem Parteitag, liegt das Spitzenduo der Demokraten sechs Prozentpunkte hinter Reagan. Vielleicht wäre Seriosität doch ein besserer Ansatz.

IM GESPRÄCH Admiral Hoang

Widerstand in Vietnam

Von Peter Hornung

Eigentlich wollten die Funktionäre von Ho-Chi-Minh-Stadt, dem früheren Saigon, der japanischen Wirtschaftsdelegation die Errungenschaften des Sozialismus in der neuen Industrieregion fünfzig Kilometer nordwestlich der südlichen Metropole demonstrieren, um sie für Investitionen im einstmaligen Südvietnam zu gewinnen. Doch in einem Dschungelgebiet kurz vor dem Industrie-Gelände wurden die Omnibusse von einem Trupp schwer bewaffneter Uniformierter ohne Rangabzeichen gestoppt. Man bat die verdutzten Geschäftsleute höflich und in perfektem Englisch aus den Bussen. Die Begleiter wurden abgeführt.

Nach einem kurzen Fußmarsch erreichten die Japaner einen perfekt getarnten Gefechtsstand. Soldaten mit umgehängten Kalaschnikows servierten ein Menü mit drei Gängen und Reiswein. Ein Offizier, der sich als Major der Streitkräfte der „Nationalen Vereinigten Befreiungsfront" (NVBVN) vorstellte, sagte: „Seit Februar 1982 gibt es auch in Südvietnam einen bewaffneten Widerstand, wie in Kambodscha und Laos. Unsere Armee ist noch im Aufbau. Aber wir verfügen inzwischen über 249 Kampfbasen. Der kommunistischen 'Volksbefreiungsarmee' fügten wir bereits empfindliche Verluste zu. Keine der großen Überlandstraßen kann nachts benutzt werden. Und wie Sie selber sehen, Gentlemen, auch am Tage sind sie für die Kommunisten nicht mehr sicher."

Am gleichen Abend verbreitete der illegale Sender „Radio Widerstand" die Nachricht von dem Coup. Seine Nachrichten werden zwischen 18 und 22 Uhr von Hunderttausenden Südvietnamesen in sorgfältig abgeriegelten Räumen abgehört. Die Frequenz der Geheimstation sprach sich in wenigen Wochen herum. Oberkommandierender der Guerrilla-Armee der NVBVN ist der ehemalige Admiral der Kriegsmarine Südvietnams Hoang Co Minh. Generalstabschef ist der legendäre Haudegen Colonel Duong Van Tu, ehemals Regimentskommandeur in der Fallschirmjäger-Brigade 101 der untergegangenen Nationalarmee.

Hoang Co Minh beziffert seine Truppe auf 15 000 Mann. Abwehroffiziere in Bangkok glauben, daß es 5000 bis 9000 Partisanen sind, gut bewaffnet und auch vorzüglich motiviert. Durchweg handelt es sich um Angehörige der einstigen „Nationalarmee". Aber auch Südvietnamesen in der „Volksbefreiungsarmee" desertierten zu den Aufständischen.


In den Löchern des Feindes: Hoang FOTO: DIE WELT

Hoang Co Minh wurde 1931 geboren und entstammt einer vom Konfuzianismus stark geprägten Familie in Hanoi. Sie floh 1955 vor den Kommunisten. 1955 trat Hoang in die Militärakademie der südvietnamesischen Marine ein. 1959–1961 kam er als Jahrgangsbester an die amerikanische Marine-Akademie in Monterey (Kalifornien). Ab 1973 war er stellvertretender Admiralstabschef der Marine. Nach dem Zusammenbruch lebte er als Maler in Kalifornien. Dann schloß er sich der NVBNV an. Als er 1981 bei einem riskanten Nachtflug auf der Kampfbasis Nr. 7 eintraf, zählte seine Truppe noch kaum 1000 Mann. Operative Schwerpunkte der NVBNV sind das Dreiländereck Kambodscha, Laos und Vietnam, das Bergland um Hué, die Region um Pleiku und An Loc und der Großraum des ehemaligen Saigon. Der Waffennachschub geht angeblich über Singapore. Ihre Kampfbasen richtete die Befreiungsarmee in den unterirdischen Labyrinthen des überwachsenen Ho-Chi-Minh-Pfades ein. Admiral Hoang versprach den Vietnamesen am 3. Jahrestag der Verkündigung des politischen Programms: „Spätestens in zehn Jahren werden wir als Sieger in Saigon einziehen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

KielerNachrichten

Über den neuen Kredit an Ost-Berlin befindet das Blatt:

Die DDR bekommt wieder Geld von uns. Einen 900-Millionen-Kredit. Bürger hierzulande ärgert es, daß den Machthabern drüben „unser gutes Geld" hingeschmissen wird. Franz Josef Strauß hat das zu spüren bekommen. Auch diesmal ist es nicht eine Spur anders als bei der letzten, Strauß fälschlich zugeschriebenen Leih-Milliarde: Ost-Berlin wirbt einen reinen Bankkredit ein, der voll zu verzinsen ist, Steuergelder haben damit nichts zu tun. Hinter dem Ärger steckt Politisches. Deutsche hüben wie auch drüben haben es nie gewollt, daß die freie Bundesrepublik ein Regime finanziell stützt, das sich demokratisch nennt, es aber nicht ist.

Allgemeine Zeitung

Zu Strauß und Genscher heißt es in dem Mainzer Blatt:

CSU-Generalsekretär Tandler schlug aggressive Töne gegenüber der Koalition an, der er mangelnde Entschlußkraft und ungenügende Öffentlichkeitsarbeit vorwarf. Nur mit Strauß werde der erforderliche Schwung in die Regierungsarbeit kommen. Helmut Kohl wird wohl auch diese neue Folge des alten bayrischen Volksstücks gelassen verfolgen. Allerdings kann er nicht mehr wie früher die FDP als Sperrargument ... ins Feld führen.

DE TELEGRAAF

Die niederländische Zeitung sieht die Streiksituation in Großbritannien mit Sorge:

Man darf nicht vergessen, daß die Premierministerin mit einer extremistischen Bewegung konfrontiert wird, die nicht vor der Einschüchterung von Arbeitswilligen und der Mißachtung richterlicher Urteile zurückschreckt. Romantische Sympathie für die Streikenden scheint weniger am Platz zu sein als Besorgnis über die Zukunft, der Großbritannien entgegengeht, wenn Frau Thatcher dieses Mal den kürzeren ziehen sollte.

Die Presse

Zur Ernennung eines Jesuiten zum nicaraguanischen Erziehungsminister meint die Wiener Zeitung:

Eine Vereinigung zwischen Sandinismus und Glauben vorgaukelnd, gab ... Juntachef Daniel Ortega die Ernennung des Jesuiten Fernando Cardenal zum Minister bekannt. Daß er im selben Atemzug einen Prozeß gegen den Priester Luis Amado Pena ankündigte, macht die feierliche Deklaration fragwürdig. Der Beobachter kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Junta sehr zielbewußt die Spaltung der Kirche betreibt.

Wer mitreden will, sollte Südafrikas Probleme kennen

Erfahrungen auf dem schwarzen Erdteil als Mahnung für Übereifrige / Von Heinz-Dietrich Ortlieb

Der kühle, ja verletzende Empfang, der dem südafrikanischen Ministerpräsidenten unlängst in Bonn zuteil wurde, war kaum dazu angetan, Bothas guten Willen und sein Ansehen bei den Gegnern seiner Reformpolitik zu stärken. Die Vorstellungen unserer Bundesregierung von den Wandlungsproblemen Südafrikas scheinen fast so unzulänglich wie die ihrer Vorgängerin zu sein. Sonst müßte sie wissen, daß Bothas Reformpolitik zwar ein „zu wenig und zu langsam", aber ebenso sehr ein „zu viel und zu schnell" vermeiden muß.

*Botha steht mit seinen Reform*plänen nämlich vor der gleichen Problematik, vor der sich westliche Regierungen mit ihrer Entkolonialisierung und Entwicklungshilfe in Schwarzafrika gestellt sehen; nur daß in Südafrika die Kolonisatoren im Lande bleiben wollen, weil es ihr Heimatland ist. Schon deshalb darf Botha die Fehler der europäischen Entwicklungspolitik nicht nachahmen.

Darum ist für ihn die Beteiligung der Nichtweißen an der Führung in Politik und Wirtschaft nur soweit möglich, als diese in der Lage sind, Aufgaben auch vollwertig zu übernehmen; was eben den schwarzafrikanischen Ländern im Zuge der überstürzten Entkolonialisierung bisher weitgehend mißlungen ist. Das Problem der politischen Partnerschaft ist wohl das schwierigste. In den schwarzafrikanischen Ländern hat die Einführung des Prinzips „one man, one vote" eine Übergangszeit der Machtkämpfe heraufbeschworen, die, käme es auch in Südafrika dazu, zu einer Vernichtung des Wirtschaftspotentials führen müßte – und in Südafrika ist viel mehr zu vernichten.

Die politische Machtbeteiligung aller Gruppen ist aber für Botha auch noch aus anderen Gründen schwierig. Einmal, weil er auf die Bestätigung durch seine weißen Wähler angewiesen bleibt und diese wie alle Wähler in schwierigen Situationen eher durch Angst- und Wunschdenken motiviert werden, als von notwendigen Experimenten zu überzeugen sind. Zum anderen, weil eine reformbereite Regierung sich auch nicht allzu sehr von dem zu begünstigenden Teil der Bevölkerung abhängig machen darf, dem Reformschritte meist nicht weit genug gehen. (Wir haben solche Erfahrungen in unserem Lande ja gerade gemacht.)

Die Reform auf wirtschaftlichem und dazugehörigem bildungspolitischem Gebiet ist weniger kompliziert, aber ebenso langwierig. Ob eine besonders aktive Bildungspolitik die sozialen Verhältnisse entspannt, hängt in Südafrika davon ab, ob dort die wirtschaftliche Entwicklung den besser ausgebildeten schwarzen Nachwuchs absorbieren kann. Sonst bildet man junge Revolutionäre aus.

Ferner: Die bessere Versorgung der schwarzen Bevölkerung mit mehr eigenem Grund und Boden darf nicht dazu führen, daß die Nahrungsmittelproduktion Südafrikas, wie in vielen schwarzafrikanischen Ländern, rückläufig wird. Und in der Lohnpolitik kann die Verwirklichung des Prinzips „gleiche Arbeit, gleicher Lohn" nur gut gehen, soweit gleiche Arbeit auch gleiche Leistung bedeutet.

Diese Beispiele zeigen, daß die schnellste Reform gerade in Afrika nicht immer die beste ist. Sicherlich haben Fehler der Apartheidpolitik vieles verzögert und dadurch schwieriger gemacht. Weit mehr noch wirken sich aber die Anpassungsprobleme eines Kulturwandels aus, wie sie auch die schwarzafrikanischen Länder behindern.

Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß es innen- und außenpolitisch einen Zeitfaktor gibt. Dieser Faktor ist nur vernünftig zu lösen, wenn man bereit ist, anzuerkennen, daß die Sachzwänge keine rasche Veränderung der Verhältnisse erlauben. Je größer aber der Druck von außen wird und je mehr die subversive Tätigkeit im Innern Südafrikas zunimmt, desto mehr müßte eine weiße Regierung Verteidigungsfähigkeit demonstrieren und im Fortgang der Reformen zurückhaltender werden. Das aber würde wiederum ihr Ansehen verschlechtern, innen- wie außenpolitisch. Was könnte man in einer so schwierigen Situation von einer weißen Regierung überhaupt erwarten? Daß sie einmal all das rasch ändert, was sich ohne problematische Rückwirkung rasch ändern läßt. Dazu gehörte der Abbau der „kleinen Apartheid", vor allem der rassistischen Gesetze (Heiratsverbot und Immorality Act). Ferner sollte die Zusammenarbeit mit Vertretern aller nichtweißen Gruppen, auch der Schwarzen, verstärkt werden; sie sollten mehr Selbständigkeit in den „weißen" Gebieten auf lokaler Ebene erhalten. Schließlich sollte Pretoria eine offene Diskussion der Sachprobleme anstreben, um auch international wenigstens diejenigen zu gewinnen, die, frei von ideologischer Verblendung, bereit sind, zuzuhören. Unsere Bundesregierung scheint sich noch nicht die Zeit dafür zu nehmen.

Professor Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, emeritierter Ordinarius für Volkswirtschaft, leitete jahrelang das Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA).

Räuber und kein Gendarm, ein Pariser Gesellschaftsspiel

Die zunehmende Kriminalität in Paris ist zu einem Politikum geworden. Bürgermeister Chirac spricht von einer „Demobilisation unserer Polizei" unter der Regierung Mitterrand. Der Bahnhof, von dem der schnellste Zug der Welt abfährt, ist besonders gefährlich.

Von UWE SIMON-NETTO

Ein Blick auf ein Plakat hatte für mich teure Folgen. Es zeigte einen schmucken Zug und trug die Aufschrift: „TGV – 270 km/h". Das brachte mich auf den Gedanken, wieder einmal mit der Bahn zu fahren.

Es war ein Sonntagmorgen. Ich mußte nach Lausanne und nahm ein Taxi zum Gare de Lyon, lud dort meinen Koffer auf einen Gepäckkarren und schob ihn vor einen Fahrkartenschalter, wo ich störte. Die Beamten hatten einander viel zuviel zu sagen, als daß der für mich zuständige Herr meinen Wünschen große Aufmerksamkeit schenken konnte.

Ich sagte: „Lausanne en première, s'il-vous-plait" und erhielt ein Billett zweiter Klasse, Raucher. Ich wiederholte meinen Wunsch, während der Beamte weitersprach, und bekam einen Fahrschein zweiter Klasse, Nichtraucher. Beim dritten Anlauf wurde ich richtig bedient, aber mit bösen Blicken.

Dann ging ich mit meinem Gepäckkarren zu einem Kiosk, um eine Zeitung zu kaufen, und während ich zahlte, sah ich, wie sich meine Tasche selbständig machte. Sie verschwand, an einem fremden Arm hängend, in den Menschenmassen. Ich rief auf französisch: „Haltet den Dieb!" – was die Umstehenden kolossal erheiterte.

Natürlich hätte ich der Tasche nachlaufen können. Aber dabei wäre wahrscheinlich mein restliches Gepäck verschwunden. So rief ich nach der Bahnpolizei, was neue Heiterkeit auslöste. Ich lief von Schalter zu Schalter und fragte, wo denn die Wache sei. Einige Beamte antworteten überhaupt nicht. Einer, der noch die Stoppeln vom Vortag im Gesicht trug, erklärte sich für solche Fragen nicht zuständig.

Schließlich entdeckte ich rechter Hand vom Querbahnsteig den kleinen, diagonalen Schriftzug: „Police". „Ich bin soeben beraubt worden", sagte ich, „meine Scheckbücher, ein Führerschein, Bargeld – alles weg."

„Monsieur, Sie beleidigen uns"

Der einsame Polizist hinterm Tresen zuckte mit den Schultern: „Da kann ich ihnen auch nicht helfen. Sie sind heute schon der 25., und dabei ist es noch nicht einmal neun Uhr." Ich wurde ärgerlich: „Vielleicht würde hier etwas weniger geklaut, wenn die Polizisten sich ein wenig mehr unters Volk mischten." Nun war es an ihm, zornig zu werden: „Monsieur, Sie beleidigen uns. Heute ist Sonntag; da haben hier nur zwei Polizisten Dienst." Darauf ich: „... weil natürlich auch die Diebe den Tag des Herrn heiligen". Er erwiderte knapp, für meinen Fall sei ein Sonderkommissariat zuständig, das ich nun aufsuchen müsse, und dann beendete er das Gespräch mit einem süffisanten „Au-re-voir, Mon-sieur!"

Das Sonderkommissariat lag am Ende des letzten Bahnsteiges. Im Korridor saßen mehrere Leidensgenossen. Einer alten Dame war im Wartesaal die Handtasche entrissen worden. Einen betagten Italiener hatten Diebe angerempelt und um Paß, Geld und Fahrkarten erleichtert. Eine junge Frau hatte ihren Freund zum Bahnhof gefahren; als sie nach dem Abschiedskuß zum Auto zurückkam, war es aufgebrochen worden. Ihre Dessous, die sie in einem Waschsalon reinigen wollte, waren vom Rücksitz verschwunden.

Wir saßen lange da. Zunächst war nur ein einziger Beamter im Dienst; es war ja Sonntag. Als ich schließlich drankam, erzählte er mir, in der Umgebung des Gare de Lyon gebe es die größte Konzentration an Rauschgiftsüchtigen in Paris. Sie bräuchten ihr Geld, um sich ihre Dosis Heroin zu kaufen. Das mache die Abfahrt von diesem Bahnhof zu einem zunehmend gefährlichen Abenteuer, denn dort besorgten sich die Typen die Franc für ihren Stoff.

Das war eine deprimierende Nachricht. Lange Zeit konnte sich Frankreich rühmen, unter anderem dank drakonischer Strafen für Drogenhändler und -schmuggler, dieses Problem besser im Griff zu haben als etwa die Bundesrepublik oder die Niederlande. Aber dies änderte sich nach dem Machtwechsel vor drei Jahren. Jetzt, da der Strafverteidiger Badinter Justizminister ist, haben viele Franzosen den Eindruck, daß systematisch „die Schuldigen zu Unschuldigen und die Unschuldigen, wenn sie sich wehren, zu Schuldigen gemacht werden", wie der „Figaro" schrieb. So blüht nunmehr der Drogenhandel auf offenen Märkten, und einer der größten ist am „Gare de Lyon".

Bei der Kripo wie zu Opas Zeiten

„Finden sie nicht auch, daß die französischen Staatsbahnen nicht weltweit für den TGV werben sollten, solange sie die Sicherheit der Fahrgäste nicht garantieren können?" fragte ich den Kriminalbeamten, während er wie zu Opas Zeiten meine Diebstahlsmeldung mit zwei Fingern in eine alte Schreibmaschine tippte. Er stimmte mir zu und meinte auch, daß das mit einem Computer schneller gegangen und der Dieb vielleicht sogar gestellt worden wäre.

Ein anderer Polizist kam in die Amtsstube, hörte sich unser Gespräch an und fragte bitter: „Wem wäre schon damit geholfen, daß der Dieb prompt gefaßt würde? Unsere Gerichte würden ihn doch sowieso gleich wieder freilassen."

Ich ging zum Bahnhof zurück. Mein Zug war längst abgefahren. Ich mußte den nächsten nehmen. Der Schalterbeamte mit den Stoppeln von gestern beschied mir, daß es auf diesem keinen Platz erster Klasse mehr gebe; ich müsse nun zweiter fahren. Mein Wunsch, wenigstens in Gesellschaft von Nichtrauchern in die Schweiz zu reisen, blieb unerfüllt. Die Aussage des Schalterbeamten, ein Schaffner werde mich plazieren, erwies sich als falsch. Der Schaffner ließ sich erst lange nach der Abfahrt blicken.

Deshalb mußte ich fünfmal den Platz wechseln, weil im Gegensatz zur Behauptung des Schalterbeamten auch in diesem Waggon die meisten Plätze reserviert wurden. Ein amerikanisches Ehepaar, das mein Schicksal teilte, schwor, nie wieder dieses vermaledeite Verkehrsmittel zu benutzen.

„Na, ist er nicht wunderbar, unser Zug?" fragten mich meine Schweizer Freunde, als sie mich in Lausanne vom Bahnhof abholten. Mir standen von den vielen Gauloises der Mitreisenden noch die Tränen in den Augen. „Vielleicht wäre er wunderbar, wenn er euer Zug wäre", antwortete ich und erzählte, was in Paris vorgefallen war. „Gibt es denn keine Möglichkeit, sich zu schützen?" wollten sie wissen. Ich wiederholte, was mir der amerikanische Nichtraucher mit dem Erster-Klasse-Billett im Raucherabteil zweiter Klasse voller Ingrimm gesagt hatte: „Die Diebe sind überall, die Polizisten nirgendwo und die Bahnbeamten rüpelhaft. Am besten benutzt man das Ding überhaupt nicht, solange die Bahn kein Interesse an der Sicherheit und am Komfort ihrer Kunden hat. Auf, laßt uns wieder fliegen!"



Die politischen Erben trugen im Mai 1980 Josip Broz Tito zu Grabe – und mit ihm auch ein wesentliches Maß an Staatsautorität
FOTO: SVEN SIMON

Die Wunden des Systems brechen auf

Der Graben zwischen Intellektuellen und politischer Führung in Jugoslawien wird breiter, die Kritik wird lauter, die Repression härter. Stehen dem Land polnische Entwicklungen bevor?

Von CARL G. STRÖHM

Zwischen den Nachfolgern Titos und den Intellektuellen ist ein *offener Konflikt ausgebrochen*, auf den die kommunistische Führung mit Verhaftungen und Prozessen reagiert. Die Verurteilung des Soziologie-Dozenten Vojislav Seselj zu der drakonischen Strafe von acht Jahren Gefängnis in Sarajevo ist erst das Startsignal zu einer Serie von politischen Prozessen, die demnächst in der Hauptstadt Belgrad bevorstehen.

Die Verschärfung des innenpolitischen Klimas in Jugoslawien begann am Karfreitag mit der Verhaftung von 28 Personen, die in einer Belgrader Privatwohnung über eines der brennendsten Probleme des Vielvölkerstaates diskutieren wollten: über die „nationale Frage", also das Zusammenleben der Nationen unter dem gemeinsamen jugoslawischen Dach. Die Veranstalter dieser „Fliegenden Universität" hatten den Altmeister der jugoslawischen Regimekritik, den „ersten Dissidenten" nicht nur Jugoslawiens, sondern des ganzen kommunistischen Machtbereichs, *Milovan Djilas, um ein Referat gebeten*. Dies genügte, um eine Großaktion der Polizei auszulösen und alle dort Anwesenden vorübergehend festzunehmen.

Die Belgrader Karfreitags-Diskussion bildet aber nur die Spitze eines Eisbergs der intellektuellen Opposition vier Jahre nach Titos Tod. Vor allem im Belgrader intellektuellen Milieu und in Serbien macht sich bereits seit einigen Jahren ein Prozeß der Gärung und Unruhe bemerkbar. Die serbische Intelligenzschicht ist mit der Situation des serbischen Staates *innerhalb der jugoslawischen Föderation* unzufrieden.

Auslösendes Moment für diese Unzufriedenheit war der Ausbruch des albanischen Nationalismus in der autonomen Provinz Kosovo. Dieses Gebiet ist zwar überwiegend von Albanern besiedelt (die keine Slawen sind), wird aber von den Serben als historischer serbischer Boden, ja als das Ursprungsgebiet des serbischen nationalen Gedankens (Schlacht auf dem Amselfeld 1389 gegen die Türken) betrachtet. Obwohl das kommunistische Regime mit harter Hand gegen die albanischen Nationalisten durchgriff und Hunderte von jungen Albanern wegen staatsfeindlicher Aktivitäten hinter Gittern schickte, ist es bis heute nicht gelungen, der Aussiedlung oder Flucht der serbischen Bevölkerung aus Kosovo Einhalt zu gebieten. Aus Angst vor der Feindseligkeit der Albaner verlassen Tausende von Serben mit samt ihren Familien das „gemischte", albanisch-serbische Gebiet und gehen nach Alt-Serbien oder nach Belgrad – wobei sie Häuser und Grundstücke zu Spottpreisen an die Albaner verkaufen müssen.

Diese Fluchtbewegung hat in weiten Kreisen den Eindruck entstehen lassen, die kommunistische Führung des Landes sei nicht imstande, das eigene Volk zu schützen. Das aber hat wiederum einem neuen serbischen Nationalgefühl, manchmal auch einem *gegen-Nationalismus* Auftrieb gegeben. Begleitet wird dies von einer Renaissance des historischen Bewußtseins, von einem großen Interesse für die eigene nationale Vergangenheit, für Könige und Heerführer aus der vorkommunistischen Zeit.

In Belgrad, das eine lange Tradition des politischen Liberalismus und Nonkonformismus hat, ist bis tief in die Reihen der herrschenden Kommunistischen Partei ein kritisches Klima freier Diskussion entstanden. Hinzu kommen die schwere wirtschaftliche Krise und die hohe Auslandsverschuldung Jugoslawiens, die das Land dazu zwingt, harte Bedingungen ausländischer Gläubiger zu akzeptieren.

Die Tatsache, daß das Land sich jetzt in einer schweren Verschuldung befindet, hat dem Ansehen und der Autorität der politischen Führung noch mehr geschadet als etwa die ständige Knappheit an manchen Lebensmitteln, Importgütern oder *Energieträgern (stundenlange Stromsperren im Winter)* oder das drastische Sinken des Lebensstandards in den letzten Jahren.

Intellektuelle stellen den Titoismus in Frage

Aus dieser Stimmung heraus wurde und wird im Belgrader intellektuellen Milieu das gesamte bestehende titoistische System in Frage gestellt. Sogar in der Kommunistischen Parteipresse und in den offiziellen Medien wurde während der letzten Monate heftige Kritik laut. Einige Beispiele: Ein junger Journalist der Belgrader „Politika" beschuldigte den verstorbenen Tito, dessen Grabmal ein Heiligtum des Systems und dessen Person als unantastbar gilt, mit der *sowjetischen Geheimpolizei* bei der Ausschaltung mißliebiger KP-Kader zusammengearbeitet zu haben. Einer der angesehensten Literaturkritiker Belgrads, Nikola Milosevic, bezeichnete in einem öffentlichen Vortrag Lenin als „gewöhnlichen Straßenräuber" (in Anspielung auf dessen Rolle bei den sogenannten „Expropriationen", d. h. Geldbeschaffung durch Bankraub im zaristischen Rußland). Zwei junge Politologen der Universität Belgrad veröffentlichten im vergangenen Jahr legal ein sensationelles Buch unter dem Titel „Pluralismus oder Monismus", in dem sie die Praktiken der jugoslawischen Kommunisten bei der Ausschaltung nicht-kommunistischer Parteien und Gruppen nach 1945 bloßlegten. Das Buch wurde zu einem Bestseller – es wanderte, trotz begrenzter Auflage, von Hand zu Hand und war innerhalb zwei Tage ausverkauft.

Warum hat das kommunistische Regime in Jugoslawien – das, trotz aller anderslautenden Beteuerungen, *ebenso wie jedes andere KP-Regime* jegliche Opposition für ein Verbrechen hält, mit dem Zuschlagen gegen die Dissidenten so lange gewartet? Warum hat man es so weit kommen lassen? Abgesehen von der Tatsache, daß es den Tito-Nachfolgern bis heute nicht gelungen ist, sich in der Bevölkerung und in der Partei auch nur annähernd eine ähnliche Autorität zu erringen wie der verstorbene Marschall sie besaß, gibt es da noch ein zweites Element. Die jugoslawische KP ist keine Einheitspartei im klassischen marxistisch-leninistischen Sinne. *Sie zerfällt in sechs Republiks*-Parteien sowie zwei Parteiorganisationen der autonomen Provinzen (Vojvodia und Kosovo). Sowohl regional und national – zwischen Serben und Kroaten, Serben und Bosniern, Slowenen und Kroaten, Slowenen und Serben, Serben und Albanern usw. – wie auch ideologisch gibt es keine oder eine nur minimale Einheitlichkeit der Auffassungen.

Während bisher etwa in Serbien relativ frei diskutiert wurde, herrschen in der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina und in Kroatien Grabes*stille. Hier haben die jeweiligen Re*publik-Führungen aus Furcht vor unliebsamen Weiterungen jegliche kritische Opposition im Keim erstickt. Der nun in Sarajewo von einem bosnischen Gericht verurteilte Dozent Seselj (seiner Nationalität nach ein Serbe) hat wohl nicht zuletzt deshalb eine so hohe Strafe erhalten, weil er die Aufhebung der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina und ihre Aufteilung zwischen Serbien und Kroatien forderte – das aber war ein Angriff auf die Lebensinteressen der bosnischen Partei-Führungsschicht.

In Kroatien wiederum sitzen die sogenannten „kroatischen Nationalisten" seit Jahren im Gefängnis. Die gegenwärtig in Zagreb amtierende Führung ist auf ihre Position gelangt, nachdem Tito mit den kroatischen Nationalkommunisten 1971 abgerechnet hatte. In Zagreb ist man fest entschlossen, um jeden Preis den Korken auf der Flasche zu halten – weil sonst unliebsame Geister entweichen könnten.

Hier aber ist die Zagreber Führung in direkten Widerspruch zur der Teilrepublik Serbien geraten. Denn in der serbischen Parteispitze muß man Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung und der Intelligenzschicht nehmen. Teile der serbischen KP hofften wohl auch, mit Hilfe eines gewissen Liberalismus eine Synthese zwischen einem Post-Tito-Kommunismus und den nationalen Aspiratio*nen des Volkes sowie dem Freiheits*drang herstellen zu können.

„Die Blumen des Bösen" sorgten für Ärger

Deshalb hat die kroatische KP neulich offen in serbische Kompetenzen eingegriffen, als sie unter dem Arbeitstitel „Die Blumen des Bösen" ein umfangreiches Dokument mit ideologischen Verfehlungen jugoslawischer Intellektueller, Schriftsteller, Theaterregisseure, Journalisten und Professoren zusammenstellte. Zwei Drittel der als „Antikommunisten" und „Regimegegner" inkriminierten Autoren und Theaterleute stammten aus Serbien. In Kreisen der Belgrader Intelligenz wurde dieses Kompendium des kroatischen ZK als *beispielloses Dokument des Neostali*nismus und der Einschüchterung charakterisiert.

Jugoslawien als zweites Polen? Die Belgrader Intellektuellen als Nachfolger in den Fußstapfen des polnischen Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), dessen prominentesten Vertretern gerade in Warschau der Prozeß gemacht wird?

Der Unterschied zu Polen ist: Jugo*slawien ist kein Einheitsstaat.* Die Belgrader Opposition kann allenfalls auf eine gewisse Solidarität der Serben rechnen, nicht aber auf Kroaten, Slowenen und gar Mazedonier. Auch gibt es in Jugoslawien – zumindest außerhalb Kroatiens und Sloweniens – keine ähnliche Autorität wie die polnische katholische Kirche. Was man für das von Tito zusammengeschmiedete Land, das in mancher Hinsicht eine verkleinerte Kopie des Vielvölkerstaates der Habsburger darstellt, befürchten muß, ist weniger eine offene Explosion, als ein endloses *Fortschleppen sozialer und natio*naler Konflikte und eine Dezimierung der kritischen Intelligenz durch immer neue Polizeimaßnahmen.

Politisches Gastspiel eines Reisenden

Von EVI KEIL

„Daß man immer noch praktische Ausflüge machen kann in die harte Tagespolitik vor Ort und nicht nur redet, schreibt und Vorträge hält, das ist ein gutes Gefühl." Müde, aber mit sich und dem Tarifabschluß für die Lufthansa zufrieden war gestern nach einer durchkämpften Nacht der Schlichter Karl Schiller. Als er am Montagmorgen erschöpft im heimatlichen Jesteburg nahe Hamburg in sein Bett fiel, fand er keine Ruhe. Das Telefon schellte ununterbrochen. Glückwünsche und Nachfragen.

Vor zwölf Jahren, im Jui 1972, hatte *sich Bonns damaliger Superminister* mit den beiden Ressorts Wirtschaft und Finanzen verärgert von der damaligen Bundesregierung getrennt. Schiller war mit seinen rigorosen Sparvorschlägen für den Bundeshaushalt auf taube Ohren gestoßen. Seinen Ärger über die SPD, der er seit *1946* angehört hatte, reagierte er mit seinem Parteiaustritt ab, den er 1980 aber wieder rückgängig machte.

Den Wirtschaftsprofessor zieht es seit zwölf Jahren in die Welt: Der unbeirrbare Verfechter marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien kam erst vor vier Wochen von einer Reise aus Saudi-Arabien zurück. Der dortige Finanzminister hatte sich mit Karl Schiller über die Erfolge der Schiller'schen Geldpolitik der Saudis unterhalten. Seit 1976 hat sich der damalige Ministerpräsident und heutige König Fahd des Rates von Karl Schiller bedient. Der empfahl den Saudis, die Inflation durch Einfrieren des Haushalts zu bekämpfen. „Ein Erfolgserlebnis für mich", sagt er heute stolz. Kuwait rief Schiller, die Pakistanis folgten.

Axel Springer machte sich die Erfahrungen des *Professors für Volks*wirtschaftslehre und Wirtschaftstheo-



Der Schlichter: Karl Schiller
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

retik zunutze. Der Verlag übertrug ihm von *1975 bis 1977* die Leitung der volkswirtschaftlichen Abteilung der Axel Springer AG.

Nach wie vor sitzt Karl Schiller im europäischen Beirat der amerikanischen Fordwerke. Er spricht auch heute noch bei der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung *mit, und zwar* im wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums, dem er seit Jahrzehnten angehört.

Seine unbeirrbaren Auffassungen hatten ihn bekannt gemacht; im Dezember 1966 wurde er Wirtschaftsminister der Großen Koalition. Seine damals antizyklische Wirtschaftspolitik, Staatsaufträge, Lohnleitlinien, Investitionsprämien sorgten für ein Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft und letztlich 1969 zum Wahlsieg Willy Brandts. Er wurde der Vater der „Konzertierten Aktion", dem Gespräch zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmern. Seine enge Kooperation in der Großen Koalition bis 1969 mit dem damaligen Finanzminister Strauß *animier*te Karikaturisten, die die beiden „Plisch und Plum" nannten. Schiller war Plisch.

Lufthansa-Resultat: „Kein Präjudiz für Herbstrunde"

AP, Hamburg

Nicht als Vorentscheidung für die große Tarifrunde im öffentlichen Dienst im Herbst dieses Jahres will die Gewerkschaft ÖTV den Tarifabschluß bei der Deutschen Lufthansa sehen. Wie die Gewerkschaft am Morgen mitteilte, einigten sich die Lufthansa, die ÖTV und die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) mit Hilfe des Schlichters, des früheren Bundesministers Schiller, auf Gehaltserhöhungen um 3,3 Prozent und eine wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden mit Lohnausgleich. „Dies ist kein erstes Präjudiz für die Herbstrunde", erklärte ÖTV-Sprecher Manfred Hölze. Der Kompromiß ist im wesentlichen am Modell der Metallindustrie orientiert.

Die rund 30 000 Beschäftigten der Lufthansa erhalten rückwirkend vom 1. Juli 3,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt und vom 1. April 1985 bis 31. März 1986 noch einmal zwei Prozent mehr. Für das Bodenpersonal wurde ab 1. April nächsten Jahres eine wöchentliche Regelarbeitszeit von 38,5 Stunden vereinbart. Für diese Regelung mit einer Laufzeit bis zum 31. Mai 1986 wird ein Lohnausgleich von 3,9 Prozent angerechnet. Für das Bordpersonal wurde anstelle von Arbeitszeitverkürzung ein finanzieller Ausgleich ausgehandelt. Zum Ausgleich des Gehaltsgefüges zwischen unteren und oberen Einkommensgruppen wurden zusätzlich vom 1. Februar bis 30. Juni 1984 für jeden Vollzeitbeschäftigten der Lufthansa eine Abfindung von 550 Mark vereinbart, die am 1. August noch einmal um eine „soziale Komponente" um 250 auf 800 Mark aufgestockt wird.

Stuttgart: Weniger Lehrer eingestellt

X.-H. KUO, Stuttgart

In Baden-Württemberg können in diesem Jahr nur 20 Prozent der 4390 Neubewerber für den Lehrerberuf in den Staatsdienst übernommen werden (gegenüber 24 Prozent 1983). Dies teilte Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) in Stuttgart mit. Bei Gymnasiallehrern betrage die Übernahmequote sogar nur noch zehn Prozent. Im Jahr 1980 waren noch 87 Prozent aller Neubewerber für Gymnasien übernommen worden.

Aber auch bei Berufsschulen wurde ein Negativrekord von 39 Prozent registriert (1980: 89 Prozent). Nur bei Grund-, Haupt- und Real- sowie Sonderschulen konnte die Einstellungsquote von 20 Prozent (1983) auf 23 Prozent (1984) leicht verbessert werden. Trotz zahlreicher Warnungen der Landesregierung vor dem Lehrerstudium hat die Zahl der Studienanfänger im Bereich der Pädagogik im vergangenen Wintersemester um 30 Prozent zugenommen. Mayer-Vorfelder bezeichnete diese Entwicklung als „unerklärlich und unverständlich" zugleich.

Fälschungssicherer Ausweis unnötig?

AP, Bonn

Angesichts des Abbaus der Grenzkontrollen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik haben führende Polizei- und Sicherheitsexperten grundsätzlich die Notwendigkeit für einen neuen fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweis bestritten. Bei einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion am Montag bekräftigten Datenschützer aus Bund und Ländern gleichzeitig ihre Bedenken gegen den jüngsten Vorwurf von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) für ein Gesetz zur Einführung des neuen Ausweises.

Der Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Christian Lochte, sagte, ein fälschungssicherer Ausweis sei zwar wünschenswert, jedoch nicht erforderlich. Dessen Lesbarkeit für Computer jedoch sei nicht einmal wünschenswert. Lochte bezeichnete den computergerechten Ausweis als ein überholtes „Produkt der 70er Jahre". Terroristen könnten die neuen Vorschriften umgeben, indem sie sich ausländische Papiere beschaffen.

Der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Manfred Bienert, sprach sich im Prinzip für einen möglichst fälschungssicheren Ausweis aus. Allein 1983 seien rund 25 000 Blanko-Personalausweise und 400 000 gültige Ausweise verschwunden. Bei Abbau der Grenzkontrollen in der EG entfalle jedoch ein „wesentlicher Grund" für den neuen Ausweis. Man müsse sich fragen, ob der Aufwand die wenigen dann noch möglichen Kontrollen lohne. Bienert hob auch hervor, daß man sich nach den Plänen Zimmermanns jederzeit auch durch den – nicht fälschungssicheren – Reisepaß ausweisen kann.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Das Kirchenfest stand im Zeichen von Harmonie und Konsens

50 000 Gläubige beim 450jährigen Jubiläum der württembergischen Landeskirche

XING-HU KUO, Stuttgart

Mit einem kirchentagähnlichen Fest haben die Feierlichkeiten zum 450jährigen Jubiläum der württembergischen evangelischen Landeskirchen einen Höhepunkt erreicht: statt der erwarteten 30 000 kamen 50 000 Gläubige nach Stuttgart. Schon in den Morgenstunden des Sonntags fanden in 25 Kirchen der baden-württembergischen Landeshauptstadt, im Rathaus und an anderen Orten Festgottesdienste, Diskussionen mit prominenten Politikern und Begegnungen statt.

Zentrum des Festes waren jedoch die nüchternen Hallen des Messegeländes auf dem Stuttgarter Killesberg: Die schwäbische Sparsamkeit, auch in der finanziell äußerst gesunden württembergischen Landeskirche eine unverzichtbare Tugend, ließ die Organisatoren auf teure Blumen oder anderes Beiwerk verzichten. Pro Mitglied der Landeskirche (rund 2,3 Millionen) wurden für den „kleinen Kirchentag" nur rund 30 Pfennig ausgegeben, wurde stolz ausgerechnet. In absoluten Zahlen: 800 000 DM.

Es bedurfte in der Tat keines Beiwerks: *Die überfüllten Hallen* zeugten nicht nur von einem ungewöhnlichen Interesse der Gläubigen dieser pietistisch-konservativen Landeskirche, die Stimmung war eindeutig optimistisch und zukunftsfroh. Vorsorglich wurde dafür gesorgt, daß „extreme Positionen" sich nicht – wie auf anderen Kirchentagen – breitmachen konnten, so Prälat Theo Sorg, der stellvertretende Landesbischof. Mit Befriedigung stellte der Pressesprecher der Landeskirche, Pfarrer Bernhard Lang, fest: „Die langhaarigen, etwas ausgeflippten jungen Leute von den Kirchentagen sind heute nicht hier."

Allerdings wurde durchaus lebhaft und mit Engagement in den riesigen Hallen zu allen Lebensbereichen diskutiert; aber das Bedürfnis nach Harmonie, Konsens und Kompromiß war dominierend. Die Veranstalter hatten dafür gesorgt, daß die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Kirche und Gesellschaft ausgewogen zum Ausdruck gebracht werden konnten.

In der Halle sieben stand das Thema Frieden auf dem Programm. Während der Theologe Peter Stuhlmacher die These vertrat, daß Rüstung und Nachrüstung „Sünde" seien, konnte Oberst Götz von Neuhaus seinen Standpunkt genauso offen und ungestört darlegen: Seit 27 Jahren sei er in der Bundeswehr mit dem Ziel, „den Krieg zu verhindern". Die Vertreter beider entgegengesetzter Argumente bekamen Applaus, es gab keine Störungen und Zwischenrufe, man respektierte überall den Andersdenkenden.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden die Aussagen eines Gastes aus der „DDR" zur Kenntnis genommen: Oberkirchenrat Hans Joachim Werneburg aus Eisenach erklärte, die Kirche in Mitteldeutschland bedauere jede Ausreise. Denn unter den Aussiedlern befänden sich nicht wenige Christen, so daß mit der Ausreisewelle auch die Kirche geschwächt werde. Werneburg unterstrich, daß die Christen in der „DDR" gerade im Hinblick ihres „weltanschaulichen Gegenübers" gezwungen seien „näherzurücken".

Die Ökumene war Gegenstand einer Bischofsdiskussion: vor allem die Frage des gemeinsamen Abendmahles war kontrovers. Der katholische Weihbischof Franz Kuhnle bat um Verständnis der Zuhörer, daß seine Kirche diesem Wunsch noch nicht entsprechen könne. Starker Applaus begleitete die Aufforderung Kuhles, die gegenwärtig bestehenden Möglichkeiten besser zu nutzen. So könne man bereits gemeinsam beten, Bibellesungen veranstalten, Seelsorge bei konfessionsverschiedenen Ehepaaren anbieten.

Landtagspräsident Erich Schneider (CDU) legte auf der Abschlußkundgebung ein für Politiker ungewöhnliches Bekenntnis ab: „Auch in der Politik gilt: bete und arbeite!" Denn, so der Politiker weiter, Beten, „die Zwiesprache mit Gott", sei „kein alter Zopf und auch nicht nur eine Angelegenheit für die kleinen Kinder, sondern für das Funktionieren eines demokratischen Staatswesens unendlich wichtig".

Landesbischof Hans von Keler betonte in seiner Schlußansprache, Geschichte sei „nicht nur Geschehenes, Geschichte ist Geschichtetes, also der Boden, auf dem wir stehen". Er erinnerte an das Beispiel eines „Freundes aus der DDR", der ihm erklärt hatte: „Früher stand unsere Bibel im Wohnzimmerschrank hinter Glas, heute ist sie auf den Frühstückstisch und in das Schlafzimmer gewandert, heute wird sie gelesen."

Die geknebelte Freiheit der Christen in Saudi-Arabien

Von JÜRGEN LIMINSKI

Von wachsender Willkür und Intoleranz gegenüber den 570 000 Christen in Saudi-Arabien spricht ein offizieller Bericht an den Vatikan, der auch dem Auswärtigen Amt in Bonn bekannt ist. Es handelt sich um eine Zusammenfassung von Augenzeugen- und Erlebnisberichten. In Saudi-Arabien leben etwa 500 000 Katholiken, die mehrheitlich aus Indien und von den Philippinen stammen. 130 000 kommen aus Europa, davon knapp 10 000 aus der Bundesrepublik Deutschland. Bei dem Rest von etwa 70 000 handelt es sich um protestantische Christen.

Im einzelnen schildert das Dokument die Beschränkungen, denen Christen in Saudi-Arabien unterworfen sind. Beispielsweise dürfen in dem südwestasiatischen Land keine christlichen Kirchen gebaut werden. Für die mehr als eine halbe Million christlichen Gläubigen stehen nur sechs katholische Geistliche zur Verfügung, zwei in Riad, vier an der Ostküste. Die zweitgrößte Stadt des Landes, Dschiddah, lebt, was die Christengemeinde betrifft, ohne jeden geistlichen Beistand.

Wie es in dem Dokument weiter heißt, dürfen die Priester das Land nur als Angestellte ausländischer Firmen betreten. So werden die vier katholischen Geistlichen an der Ostküste unter dem Personal der Ölgesellschaft Aramco geführt. Außerhalb des Lagers der Gesellschaft dürfen sie keine Gottesdienste abhalten. An den Gottesdiensten innerhalb des Lagers wiederum darf niemand teilnehmen, der nicht zur Aramco gehört.

Die beiden anderen katholischen Geistlichen sind bei einer französischen und einer italienischen Firma angestellt. *Sobald die saudiarabischen* Behörden von christlichen Gottesdiensten außerhalb des Lagers Kunde erhalten, schreiten sie ein. Die Priester werden dann verhört und mit Ausweisung bedroht. Sie lebten deshalb, wie das Dokument berichtet, in permanenter *Unsicherheit.*

„Heimlich und überaus vorsichtig bewegen sie sich im Land. Es ist eine Katakomben-Situation", sagt das Dokument. „Die Gläubigen können nur in kleinen Gruppen zu Gottesdiensten zusammenkommen. Nach zwei bis drei Jahren sind die Priester psychisch und physisch am Ende. Sie lesen im Schnitt 23 Messen pro Woche an weit voneinander entfernt liegenden Orten und oft zu Nachtzeiten. Etwa 2500 Personen nehmen insgesamt daran teil."

Gottesdienst im Lager der Ölgesellschaft

Besonders eindrucksvoll ist der Bericht über das Schicksal der Christen-Gemeinde in der Hafenstadt Dschiddah. Die Zahl der Christen dort wird auf mehrere zehntausend geschätzt. Im März 1977 konnte nach mühsamen Verhandlungen mit den saudiarabischen Behörden ein katholischer Priester in die Stadt entsandt werden. Man habe dies als „historisches Ereignis" betrachtet.

Wegen der wachsenden Zahl der Christen begab sich 1979 ein zweiter Priester nach Dschiddah. Die Gottesdienste wurden in den Lagern der Ölgesellschaften und in den Botschaften gefeiert. Die Geistlichen kümmerten sich aber auch um die in anderen Städten längs der Westküste verstreuten Christen.

Die Anteilnahme war so groß, daß die zwei Kapuziner-Patres Bartholomew Kestell (USA) und Jesse Gueco (Philippinen) im Mai 1982 die Gläubiger bitten mußten, nur noch jeden zweiten Sonntag dem Gottesdienst beizuwohnen, da die Räumlichkeiten nicht ausreichten und man kein Aufsehen erregen wolle. Im selben Monat forderte jedoch der Sohn des saudischen Verteidigungsministers Prinz Sultan von der amerikanischen Firma Raytheon, zu deren Personal Pater Kestell gehörte, die sofortige Entfernung des Priesters aus dem Lager Duarte, gestern ... und die Beendigung jeder religiösen Aktivität auch innerhalb des Firmengeländes. Dieselbe Forderung erging an die Firma Lockheed, die den philippinischen Pater und einen protestantischen Geistlichen beherbergte.

Den Firmen gelang es nicht, die Entscheidung rückgängig zu machen oder wenigstens die Erlaubnis zu erhalten, Gebets-Zusammenkünfte zu veranstalten. Bemühungen der amerikanischen, italienischen und britischen Botschafter scheiterten ebenfalls.

Pfarrer festgenommen und verhört

Nach Angaben des Berichts stellte sich dabei heraus, daß die Forderung, die Geistlichen nach Hause zu entlassen, nicht auf einer Entscheidung des saudiarabischen Prinzen, sondern auf einer Weisung von Innenminister Prinz Najef beruhte. Dieser erklärte dem amerikanischen Botschafter, die saudische Regierung lasse sich lieber vorwerfen, den Christen *die Religionsfreiheit* zu versagen, als daß sie bei den Moslems in den Verdacht geraten wolle, ihren Pflichten als Hüterin der heiligen Stätten des Islam nicht nachzukommen. Die Schlußfolgerung lautete: „Wer mit der Politik dieser Regierung nicht einverstanden ist, soll das Land verlassen."

Besonders betroffen sind auch die Protestanten. Weihnachten 1982 wurden der protestantische Pfarrer und seine Helfer in Untersuchungshaft genommen und verhört. Erst durch das Eingreifen der Botschafter Großbritanniens und der USA gelangten sie wieder auf freien Fuß, nachdem sie die Erklärung unterzeichnet hatten, künftig auf jede pastorale Aktivität zu verzichten. Ostern 1983 wurde *dem protestantischen Pfarrer* in Riad die Erlaubnis verweigert, einen Gottesdienst in der amerikanischen Schule abzuhalten. Die Wohnungen, in denen Protestanten zum Gebet zusammenkamen, wurden scharf kontrolliert.

Am 7. Mai des gleichen Jahres wurde der Geistliche abermals festgenommen und verhört. Die Behörden stellten zwar in Aussicht, daß für die Christen ein bestimmter Ort für ihre Versammlung vereinbart werden könne, ordneten aber zwei Tage später seine Abreise binnen 24 Stunden an. Die Frau des Pfarrers und fünf Familien, die sich um die Gottesdienste kümmerten, mußten ebenfalls das Land verlassen. Seitdem gibt es keine protestantischen Geistlichen mehr in Riad und in Dschiddah.

Angesichts dieser Verhältnisse stellt der Bericht an den Vatikan den islamisch-christlichen Dialog, von dem oft die Rede sei, in Frage. Ein solcher Dialog, heißt es, habe nur dann einen Sinn, wenn „beide Seiten einander achten und die Ausübung der jeweils anderen Religion wenigstens so weit zulassen, daß die Minimal-Gebote, die jede Religion von ihren Gläubigen fordert, erfüllbar sind". Diese Gegenseitigkeit sei „ein Gebot der Gerechtigkeit", das man auch den Muslims abverlangen müsse.

Niemand, so klagen die Autoren des Berichts an den Vatikan, auch kein Politiker, frage jedoch danach, ob die Christen in den islamischen Ländern über die gleichen Rechte und Möglichkeiten verfügten wie die Moslems in Europa. Kritik übt der Bericht auch an der Amtskirche. Diese unterstütze die Moslems in Europa, Amerika und Asien bei den Bemühungen, islamische Zentren und Moscheen zu errichten, fordere aber keine Gegenleistungen für die Christen in arabischen Ländern.

El Salvadors Präsident in Bonn eingetroffen

Co. Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dem Präsidenten der Republik El Salvador, José Napoleon Duarte, gestern wirtschaftliche Unterstützung durch die Bundesrepublik zugesagt. „Mein Land wird alles tun, was in seinen Kräften steht, um zu helfen." In einer für Salvador entscheidenden Zeit werde die Bundesregierung „konkrete Schritte für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit vorschlagen", versicherte Weizsäcker dem Gast, der gestern zu einem dreitägigen Besuch in Bonn eingetroffen war.

Die Bundesrepublik, so erklärte Weizsäcker bei einem Mittagessen für Duarte, setze sich für ein Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Mittelamerika ein. Das vorgesehene Außenministertreffen der EG mit den Staaten Amerikas könnte den Weg für mehr Konsultationen und engere Zusammenarbeit öffnen.

Der Präsident von El Salvador wird heute mit Bundeskanzler Helmut Kohl, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, und Vertretern des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) zusammentreffen. Morgen sind Gespräche mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sowie Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung vorgesehen.

Ägypten erhält neue Regierung

dpa, Kairo

Die ägyptische Regierung ist gestern zurückgetreten, um den Weg für die Bildung eines neuen Kabinetts freizumachen. Wie Informationsminister Safwat el-Sherif mitteilte, informiert der amtierende Ministerpräsident und Außenminister Kamal Hassan Ali den Staatspräsidenten Mubarak vom Rücktritt des Kabinetts. Hassan Ali war nach dem plötzlichen Tod von Ministerpräsident Fuad Mohieddin Anfang Juni zum amtierenden Regierungschef ernannt und später mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden.

„Khadhafi-Gegnern droht der Tod"

dpa, Kairo

In Libyen wird nach den Worten des im ägyptischen Exil lebenden libyschen Oppositionspolitikers Abdelhamid Bakkusch zur Zeit ein neuer Schlag gegen politische Gegner von Revolutionsführer Khadhafi vorbereitet. Bakkusch, Generalsekretär der „Organisation für die Befreiung Libyens", erklärte, Khadhafi plane eine Hinrichtungswelle und neue Anschläge gegen amerikanische und sudanesische Einrichtungen im Ausland. Der Tod drohe auch vielen Studenten, die jetzt zu „Sommerferien" nach Libyen zurückbeordert werden.

Bermuda-Dreieck: „Politische Gefahr"

rtr, Moskau

Der geplante Ausbau amerikanischer Militärstützpunkte auf den Bahamas würde nach Ansicht der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" das legendäre Bermuda-Dreieck im Atlantik zu einer echten Gefahrenzone machen. Während Romanschreiber sich über das mysteriöse Verschwinden von Schiffen und Flugzeugen ausließen, gehe von dem Gebiet eine politisch begründete Gefahr aus, schreibt das Blatt. Washington wolle das Bermuda-Dreieck zu einem wichtigen Teil seiner globalen Nuklearstrategie machen.

Bei Hamburgs Sozialdemokraten beginnt die Partnersuche

Ernüchterung nach Europawahl / Vielen Genossen graust vor dem „Börner-Modell"

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Das „Unternehmen Hamburg" – die Zielansprache, mit der Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) die Hansestadt zu neuen wirtschaftlichen *Ufern führen will – kommt nur* schwer in Gang. Die Stadtstaat-Regierung schiebt einen Stau überfälliger Entscheidungen vor sich her: das Mediengesetz, das umfassende Revirement im gelichteten Gremium der Staatsräte (Staatssekretäre), die *Verpflichtung eines Geschäftsführers* für eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die es nun endlich auch in der Industrie- und Handelsmetropole geben soll, und schließlich den Etatentwurf 1985. Wenn Dohnanyi diese Woche aus dem Urlaub zurückkehrt, ist er um sein Aufarbeitungs-Pensum nicht zu beneiden.

Die Fülle der Probleme wird jedoch von der Sorge überschattet, die seit genau vier Wochen bei der Verkündung des Europa-Wahlergebnisses die regierungsgewohnten hanseatischen Sozialdemokraten bedrängt: die Frage, ob Klaus von Dohnanyi und seine Mannschaft bei der Bürgerschaftswahl in gut zwei Jahren die absolute Mehrheit werden behaupten können. Führende SPD-Politiker haben da erhebliche Zweifel, denn für die Hamburger SPD war der Ausgang der Wahl zum europäischen Parlament mehr als enttäuschend: Die Partei mußte mit einem Rückgang um 10,2 Prozent bundesweit die stärksten Verluste einstecken, ihr Anteil sank von 52,2 auf 42 Prozent. Die CDU hatte gleichzeitig das Erfolgserlebnis. Sie schnitt mit einem Stimmenrückgang von minus 0,3 Prozent auf 36,6 Prozent im Bundesvergleich am besten ab.

Nun hält man bei den Sozialdemokraten – wie ein Mitglied der Fraktionsführung erklärte – „die Ära, in der absolute Mehrheiten erreicht werden, im Prinzip für vorüber – mit Ausnahme Bayerns". Auch prominente Vertreter der Union in Hamburg stimmen dieser Beurteilung zu. Doch was bedeutet diese Aussicht konkret für die Wahl 1986? *Ein Mann* aus dem Senatsgehege bekannte: „In der Partei und in der Fraktion hat der Denkprozeß über mögliche Koalitionen bereits eingesetzt."

Die Aussicht auf „Hamburger Verhältnisse" nach dem Muster von 1982 ist also durchaus begründet. *Damals* hatte die SPD bei der Wahl am 6. Juni nur 42,7 Prozent der Stimmen erreicht. Die Folge war eine fünf Monate dauernde, äußerst aufreibende



Kontaktaufnahme mit der Grün-Alternativen Liste – dann erkannte Bürgermeister Klaus von Dohnanyi die Aussichtslosigkeit dieser Bemühungen und drängte auf schleunige Neuwahlen. Am 19. Dezember bescherten ihm die Hamburger Wähler der Unbeweglichkeit und Entscheidungsarmut der Senats-Politik müde – eine absolute Mehrheit von 51,3 Prozent. Dieser Rückhalt ist seit der Europa-Abstimmung in Frage gestellt.

Vielen Sozialdemokraten graust vor dem „Börner-Modell". Von den gegenwärtig amtierenden acht GAL-Abgeordneten gelten nur zwei oder drei als mögliche Partner für eine Duldungs-Vereinbarung. Doch bis Jahresende – so hat der vor wenigen Tagen neu gewählte GAL-Fraktionsvorsitzende, Bernd Vetter, angekündigt – wird die ganze Mannschaft durch Rotation abgelöst sein. „Jetzt acht neue Figuren", stöhnt ein Mitglied der Regierungsfraktion, „das würde das Gespräch mit der GAL zusätzlich erschweren. Eine gewisse personelle Stabilität muß schon sein." Die SPD kann sich mit ihrem Denkprozeß noch Zeit lassen. *Zunächst steht dem Regierungslager* ein Wahlparteitag ins Haus. Die Delegierten, die bei den Organisationswahlen im November die Führung des Hamburger Landesverbandes bestimmen, werden 1986 auch über die Kandidatenliste für das Landesparlament entscheiden. Die Wahlen auf den unteren Ebenen lassen den Schluß zu, daß der Mitte-Rechts-Flügel sein bisher gehaltenes leichtes Übergewicht behaupten kann.

Bei der CDU-Opposition war man nach der Europa-Wahl seit der Niederlage vom Dezember 1982 „zum ersten Mal richtig glücklich", wie ein Mitglied der Fraktionsführung es ausdrückte. Nach der Schlappe des Bürgermeister-Kandidaten Walther Leisler Kiep steht für die Hamburger Christdemokraten fest: „Einen Import wird es nicht wieder geben." Damit steht der Name des CDU-Politikers fest, der in zwei Jahren den Rathaus-Regenten Klaus von Dohnanyi herausfordern wird. Er heißt Hartmut Perschau, seit drei Jahren Vorsitzender der CDU-Fraktion.

Die FDP ist bei diesen Überlegungen eine Größe, die kaum noch zählt: Acht Jahre steht sie 1986 außerhalb des Parlaments, und die Namen ihrer Führungspersonen sind in Vergessenheit versunken. Die Grün-Alternativen brauchen sich hingegen keine Sorgen zu machen. 6,8 Prozent lautete ihr Ergebnis 1982. Bei der Europa-Wahl verbuchten sie satte 12,7 Prozent. „In den nächsten acht Jahren", sinnierte ein Mann aus der SPD-Führungsspitze, „muß man mit den Grünen als fester politischer Größe rechnen."

„Die Reformpolitik ist aus den Fugen geraten"

Hochschullehrer: Den Standard des Abiturs anheben

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Gegen die Einführung von Eingangsprüfungen der Universitäten für Studenten als Ersatz für das Abitur und für die volle „Zulieferungsfunktion" der Schule hat sich der „Hochschulverband" in Bonn anläßlich der Vorlage von Umfrageergebnissen zum Thema „Studierfähigkeit der Studienanfänger" ausgesprochen. Sein Präsident, der Kölner Rechtswissenschaftler Professor Hartmut Schiedermair, erklärte dazu vor der Presse, nach den Auskünften von 1300 befragten Universitätslehrern gehe es nun darum, Korrekturen an einer „aus den Fugen geratenen Reformpolitik zu erreichen".

Vor dem Hintergrund, daß die Zahl der Studierenden auf annähernd eine Million angestiegen ist, und daß der Anteil der Studienanfänger in einzelnen Disziplinen auf über 50 Prozent angegeben wird, fordert der Hochschulverband in 15 Thesen unter anderem einen Standard des Abiturs, der von den Gymnasien und von der Universität gemeinsam festgelegt werden müsse. Die Öffnung des Hochschulzugangs entbinde die Universität nicht von der Verpflichtung, eine anspruchsvolle wissenschaftliche Ausbildung zu vermitteln. Diese Aufgabe könne die Hochschule nur erfüllen, wenn Studienanfänger über „entsprechende Fähigkeiten, Kenntnisse, Fertigkeiten und Arbeitshaltungen" verfügten. An ein Zurück zum Abitur mit fünf Prozent eines Altersjahrgangs sei aus sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht gedacht. Heute betrage diese Quote rund 19 Prozent.

Entgegen den „Unkenrufen" der letzten Zeit stellte der Erziehungswissenschaftler Professor Werner Heldmann aus Düsseldorf als Autor des Buches „Studierfähigkeit", das die Umfrageergebnisse dokumentiert, fest, es sei bei Studienanfängern kein Absinken der Lern- und Leistungsfähigkeit vorhanden. Es fehle nur die „Vertrautheit mit den elementarsten Arbeitshilfen und Techniken". In den Thesen heißt es, Schuld sei auch „die öffentliche Diskriminierung des Leistungsprinzips und der Arbeitstugenden".

Hanoi spannt Laos für Angriffe gegen die Thais ein

Drei Grenzdörfer als Schauplatz sowjetisch-vietnamesischer Strategie / Der Kambodscha-Konflikt weitet sich aus

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Drei Dörfer von Bergstämmen an der Thai-laotischen Grenze, 550 Kilometer nördlich von Bangkok, sind der neueste Schauplatz in der sowjetisch-vietnamesischen Lang-zeitstrategie, Südostasien in den Orbit des Kommunismus zu bringen. Der Streit begann im März, als Soldaten der laotischen Volksarmee über die grüne Grenze drangen und Truppen der Thais beschossen, die hier eine Straße bauen.

Bangkok hielt den Zwischenfall zunächst geheim, doch nachdem die Angriffe anhielten und die Laoten Anstalten machten, die drei Dörfer zu besetzen, entschieden sich die Thais zum Handeln. General Arthit, Oberbefehlshaber der königlich-thailändischen Streitkräfte, befahl einem Kontingent der ersten Kavallerie-Division, in Ban Klang, Ban Savang und Ban Mai Position zu beziehen (Ban heißt Dorf). Vorher hatten die Thais geprüft, ob die Dörfer auch wirklich ihnen gehörten. Eindeutig, so fanden sie, sei das für Klang und Savang. Im Falle von Mai könne es sein, daß einige der verstreut liegenden Hütten auf Territorium liege, das Laos gehöre. Doch darüber könne man sprechen. Von Verhandlungen aber wollen die Laoten nichts wissen. Solche Sturheit ist neu. Laoten und Thais sind blutsverwandt. Sie sprechen dieselbe Sprache und sind Buddhisten von der Schule des kleinen Wagen (Theravadha). Was die beiden Nachbarn voneinander trennt, ist ihr politisches System. Die Thais sind eine freiheitlich prowestliche Nation. Ein Königreich. Sie gehören zur nichtkommunistischen Gemeinschaft der Asean, der auch Indonesien, die Philippinen, Singapur, Malaysia und Brunei angehören.

Die Laoten sind seit Ende 1975 eine Volksrepublik unter der Vorherrschaft Hanois mit etwa 40 000 Mann Truppen und mehreren tausend Beratern im Land. Zu deren legitimer Präsenz hat Hanoi die Laoten schon 1976 einen Vertrag über ihre „speziellen Beziehungen" unterschreiben lassen. Trotz solcher Enge versuchte die Regierung in der laotischen Hauptstadt Vientiane, einen eigenen Weg zum Sozialismus und auf Distanz zu Hanoi zu gehen. Dabei half, daß die Laoten Hölzer und Strom nach Thailand verkaufen. Als landeingeschlossenes Land hängt Laos von dem Nachbarn ab, mit dem es am besten handeln kann. Und das sind die Thais.

Eine Öffnung nach Westen probte Vientiane auch mit anderen Ländern der freien Welt, so etwa den USA. All das aber lief den Plänen zuwider, die Hanoi für Laos hat. Seit Jahrzehnten arbeiten Hanois Strategen systematisch darauf hin, Laos und Kambodscha mit Vietnam zu verschmelzen, aus den drei Indochinaländern ein geeintes Indochina zu machen, mit einer Nation, einer Partei und einer Armee. Hat Hanoi dem laotischen Versuch eines eigenen Kurses jetzt den Riegel vorgeschoben?

Der thailändische Außenminister, Siddhi Sawetsila, nannte als einen ersten Hinweis, was sein vietnamesischer Kollege, Nguyen Co Thach, im März (als der Grenzstreit ausbrach) während eines Besuchs in Australien sagte: Eine Lösung des Kambodscha-Konflikts müsse auch die Sicherheit der Grenzen garantieren. Als nächstes fiel auf, daß in Vientiane eine Säuberungswelle stattfand, etwa 50 Kader, die als thaifreundlich galten, verloren ihren Posten.

Am meisten aber irritiert die Thais, daß hinter der vietnamesischen Konfliktpolitik die Schatten des Kreml zu sehen sind. Die Sowjets haben in den dünn besiedelten Dschungelbergen der laotischen Voksrepublik einen idealen Posten zur unbehinderten Beobachtung von China, speziell zur Beobachtung der chinesischen Südfront. Darin werden sie sich nicht stören lassen. Moskaus jüngste Indochina-Politik aber zielt auf mehr als nur Abwehr. Sie hebt darauf ab, die thailändische Konfliktfront von Kambodscha auf Laos zu erweitern und zugleich den Kambodscha-Konflikt zum Teil eines größeren Konfliktraums zu machen. Auf der einen Seite die drei Länder Indochinas, unterstützt von der Sowjetunion, auf der anderen Seite Thailand, das in den Worten Hanois und Moskaus mit den „chinesischen Reaktionären" und den „amerikanischen Imperialisten" kollaboriere.

Ihren ersten öffentlichen Niederschlag fand diese Politik in der Protestnote des laotischen Außenministeriums vom 13. Juni. Die Thais, so fordert Vientiane, müßten ihre Truppen unverzüglich und bedingungslos aus den drei Dörfern abziehen und Kompensation für alle Schäden zahlen. Denn die Dörfer gehörten Laos. Nur einen Tag später bekundete das Außenministerium in Hanoi die „volle Unterstützung Vietnams" für die laotische Position und attackierte Thailand.

Die Spur der Terroristen führt nach Iran und Syrien

Die Attentäter erhielten Geld und logistische Hilfe / Erkenntnisse westlicher Nachrichtendienste über die Anschläge in Beirut

Von ROLF TOPHOVEN

Das Ereignis löste vor allem in den USA traumatische Reaktionen aus: Am 23. Oktober letzten Jahres sprengten islamische Selbstmordkommandos in Beirut das Hauptquartier der US-Marineinfanteristen durch einen gewaltigen Sprengsatz in die Luft. 241 Marines starben. Am gleichen Tag wurde auch das Camp des französischen Kontingents der multinationalen Friedensstreitmacht gesprengt, 56 Paras starben.

Mit diesen Attentaten erreichte der internationale Terrorismus eine neue Dimension. Als Ergebnis erlitten die USA eine schwere Niederlage in diesem erbittert geführten unkonventionellen Krieg. Ein Gefühl der Ohnmacht und Verbitterung ergriff die stärkste Macht im westlichen Bündnis. Die Amerikaner nannten „Roß und Reiter" hinter diesem Anschlag. Das Weiße Haus sprach von „Staatsterrorismus", Syrien und Iran stünden hinter diesen Attentaten, sagte Verteidigungsminister Caspar Weinberger in Washington.

Der erwartete Gegenschlag gegen die Terrornester in Libanon blieb allerdings aus. Schlüssige Erkenntnisse über Hintermänner und Akteure des Bombenterrors gegen die Marines besaßen die Amerikaner nämlich zunächst noch nicht. In ohnmächtiger Wut ließ Washington das vor Beirut ankernde Schlachtschiff „New Yersey" seine gewaltigen 40-Zentimeter-Granaten auf Positionen der Drusenmilizen in der Bergregion des Schuf feuern. Schließlich zogen die Marines *mit* den *anderen Kontingenten* der internationalen Friedensstreitmacht aus Beirut ab. Der Terror – so schien es – *hatte* wieder einmal triumphiert.

Doch abseits der spektakulären Ereignisse „*puzzelten*" schon nahöstliche Geheimdienste, vor allem der israelische Mossad, die Franzosen und die CIA.

Inzwischen haben die Recherchen dieser Dienste, trotz immer noch vorhandener Grauzonen, ein weitgehend von klaren Konturen geprägtes „Gemälde" jener Vorgänge entstehen lassen, die am 23. Oktober letzten Jahres das Ende der militärischen US-Präsenz im Libanon einleiteten. Die Erkenntnisse der Geheimdienste stützen *die These der USA und Israels* von einem neuen staatlich gesponsorten Terrorismus.

Am Beginn der Selbstmordoperation wechselten 50 000 US-Dollar den Besitzer. Drei Tage vor der Explosion im Hauptquartier der Marines erhielt *ein libanesischer Finanzmakler* namens Hassan Hamiz einen Scheck über diese Summe. Eingelöst werden konnte er nur in bar und zwar in den Botschaten Irans, in Beirut oder in Damaskus. Wenige Tage nach dem Terrorakt vom 23. Oktober bat Hamiz zur Kasse. Der Scheck wurde in der iranischen Vertretung in der syrischen Hauptstadt ausbezahlt. Hamiz gilt in westlichen Geheimdienstkreisen als ein „Fixer" mit ausgezeichneten Kontakten, besonders zum Botschafter Irans in Damaskus, Ali Akbar Mohtashami. Die CIA identifizierte Mohtashami als eine Schlüsselfigur des nahöstlichen Terrorismus.

Der 50 000-Dollar-Scheck ist nach Geheimdienstquellen in den USA und Nahost eine wichtige Station bei der Finanzierung der Sprengstoffanschläge vom 23. Oktober. Diesem Attentat, durch eine gewaltige Bombenexplosionen, ging eine Serie von geheimen Transaktionen mit Codenamen, Treffen der Drahtzieher in Beirut, im ostlibanesischen Bekaa-Tal und in Damaskus voraus.

Am Ende stand der Terrorakt – ausgeführt von Männern, die als „Soldaten ihres Gottes" den eigenen Tod herbeisehnten; geplant von Kreisen, die auf den Terror als ein äußerst effektives Instrument politischer Kriegführung vertrauen.

Außer Hassan Hamiz haben die US-Dienste, Franzosen, Libanesen und Israelis bis heute dreizehn weitere Personen mit dem Bombenanschlag in Verbindung gebracht. Involviert waren unter anderem ein höherer Offizier des syrischen Geheimdienstes, ein früherer Sicherheitsoffizier der PLO, Mitglieder der von Syrien kontrollierten palästinensischen Untergrundorganisation „SAIKA", ein Verwandter des schiitischen Moslem-Führers im Bekaa-Tal, ein Führer der islamischen fundamentalistischen schiitischen Glaubensrichtung in Beirut sowie mehrere „Veteranen" anderer Terrorgruppen im Libanon.

Über die wichtigsten Männer, die das Attentat organisierten, gibt es folgende Erkenntnisse:

Bei dem syrischen Geheimdienstoffizier handelt es sich um Oberst*leutnant Diyab. Seine Spur führte am* Vorabend des Anschlags (21./22. Oktober) zu einem Geheimtreffen in die südlichen Vororte von Beirut, wo sich



Bei Anschlägen auf die US-Botschaft und die Kaserne der französischen Fallschirmjäger starben vor einem Jahr 297 Menschen FOTO: DPA

die Hochburgen der Schiiten befinden.

Israelische Nachrichtendienste haben als eine Schlüsselfigur der Operation den Palästinenser Nablan al Shaykh, einen früheren stellvertretenden Sicherheitsoffizier für die innere Sicherheit bei der PLO, identifiziert. Nablan al Shaykh arbeitete unter dem Codenamen Abu Kifah. Vor dem Abzug der PLO aus der libanesischen Metropole lag sein Aufgabenfeld an der „*Grünen Linie*" zwischen Ost- und West-Beirut in der Nähe des Museums.

Zwei weitere Mitglieder in der Vorbereitung des Terrorkomplotts waren Achmed al Halaq, ein Spezialist für Selbstmordunternehmungen und Bilal Hasan, ein Hauptmann des syrischen Geheimdienstes und ein Experte für Sprengstoffe.

Beide sind Mitglieder der von Syrien aufgebauten und streng kontrollierten PLO-Formation „SAIKA". Vor dem Anschlag gegen das Camp der Marines hielt sich Halaq in der Bekaa-Ebene auf, 30 Meilen östlich von Beirut im von Syrien beherrschten Teil dieser Region.

Israelische Sicherheitsdienste haben herausgefunden, daß Halaq und Bilal Hasan vor dem Anschlag die beiden palästinensischen Flüchtlingslager Sabra und Shatila aufgesucht haben, wo im Herbst 1982 ein Massaker christlicher Milizen an den palästinensischen Flüchtlingen verübt worden war. Grund für den Besuch der beiden SAIKA-Mitglieder waren wahrscheinlich die immer noch in diesem Camp sich befindenden Waffen und Sprengstoffe. Jüngste israelische Erkenntnisse besagen, daß der Sprengstoff, mit dem die Anschläge gegen die US-Marineinfanterie und die französischen Fallschirmjäger ausgeübt wurden, in Sabra und Shatila gelagert war.

Die Spuren zu den schiitischen Fundamentalisten führen zunächst zu Abu Haydar al Musawi. Er kommandiert das sogenannte „Hussein-Selbstmordkommando". Abu Haydar al Musawi ist ein Vetter von Hussein Musawi, dem Schiitenführer im syrisch besetzten Teil der Bekaa-Ebene. Mehrere Tage vor dem Bombenanschlag besuchte Abu Haydar Beirut. Dort war er an dem Ankauf der beiden Lastwagen beteiligt, auf denen der tonnenschwere Sprengstoff in die Bereitstellung gebracht wurde. Für den Anschlag selbst wurde ein gelbes Mercedes-Fahrzeug benutzt.

Der Schiitenführer Hussein Musawi im Bekaa-Tal wurde dann auch von Abu Haydar unmittelbar nach dem Attentat über den „Erfolg" unterrichtet. Auch Hassan Hamiz, der die 50 000 Dollar kassierte, unterhält enge Kontakte zum Lager Hussein Musawis im Bekaa-Tal. Obwohl dieser eine Beteiligung an dem Anschlag dementierte, pries er das Attentat und „verbeugte sich vor den Geistern der Märtyrer, die diese Operation ausführten".

Mohammed Hussein Fadlallah ist ein weiterer einflußreicher Schiitenführer aus Beirut, dessen Person in Verbindung mit dem Terrorakt vom Oktober letzten Jahres gebracht wird. Fadlallah ist der geistliche Führer der militanten Hezbollah („Partei Gottes"). Ihre wichtigsten Stützpunkte liegen in den südlichen Vororten Beiruts. Fadlallah unterhält enge Beziehungen zu Ayatollah Khomeini. In der diplomatischen Vertretung Irans in Beirut – sie wurde nach dem Attentat geschlossen und die Diplomaten ausgewiesen – ging Fadlallah ein und aus.

Drei Tage vor dem Terrorangriff, am 20. Oktober, traf sich der schiitische Geistliche Fadlallah mit dem palästinensischen Chefplaner Nablan al Shaykh in Damaskus, um Anschläge gegen die multinationalen Streitkräfte in Beirut zu besprechen. Ort der Besprechung: „Das Haus der sowjetisch-palästinensischen Freundschaft" in der syrischen Hauptstadt. Seit dem Bruch innerhalb der PLO dient dieses Gebäude den Rebellen gegen Arafat um Abu Mussa als Hauptquartier.

Auch Fadlallah leugnet jegliche Beteiligung an dem Bombenanschlag. Aber einige Wochen nach dem Attentat reiste er nach Teheran und wurde von höchsten Regierungskreisen empfangen. Mit dem Sprecher des iranischen Parlaments, Rafsandschani, erläuterte er unter anderem weitere Rekrutierungsmöglichkeiten für Selbstmordkommandos. Ziele sollten abermals Amererikaner und Franzosen der multinationalen Friedenstruppe sein, die zu jenem Zeitpunkt noch in Beirut stationiert waren. Fadlallah habe, so Erkenntnisse der CIA und des israelischen Geheimdienstes, in der Nacht des 22. Oktober, also am Vorabend des Attentats, entweder in seinem Haus oder in seiner Moschee, die beiden Selbstmörder, die sich mit der tödlichen Fracht in den Camps der Marines und Paras in die Luft sprengten, empfangen. Der schiitische Geistliche segnete die Terroristen und versprach ihnen einen Platz im Paradies.

Diese Erkenntnisse der Geheimdienste festigen zweifelsfrei die iranische „Connection" zu dem spektakulärsten Terrorakt unserer Tage. Die *deutlichste Spur zum Regime in Da*maskus hat nach US- und israelischen Erkenntnissen Oberstleutnant Diyab hinterlassen. Bei der Vorbereitung der Operation benutzte er als Code den Namen von Abu Nidal, eines der gefürchtetsten Terroristen in Nahost. Doch Abu Nidal hat keine Beziehung zum Attentat vom 23. Oktober. Offensichtlich wollte Diyab eine falsche Fährte legen. Höchste Geheimdienststellen in Nahost spielten außerdem wenige Tage vor dem Anschlag den Amerikanern in Beirut den Namen dieses syrischen Oberstleutnants zu. Ja, der Report enthielt sogar den exakten Hinweis auf das Datum des geplanten Bombenattentats. Aber diese Information war damals eine von mehr als hundert Warnungen, die die Marines erreichten. Und da die genaue Beschreibung des Angriffsobjektes fehlte, versickerte dieser Hinweis neben anderen in den Ablagen der US-Bürokratie in Beirut.

Nach Informationen der WELT kam der brisante, entscheidende Hinweis auf Angriffstag und einen der Hintermänner der Operation aus Kreisen der israelischen Geheimdienstes.

Die Welt erlebte am 23. Oktober letzten Jahres in Beirut eine Eskalation des Terrors – den Kamikaze-Terroristen. Dieser fühlt sich als „Soldat Gottes", der Koran liefert ihm die religiöse Rechtfertigung und völkerrechtlich anerkannte Staaten stellen ihm professionelles Personal, Planungsstäbe und logistische Infrastrukturen zur Verfügung.

Sinologen wollen Chinesisch als Gymnasialfach

dpa, Paderborn

Die chinesische Sprache soll nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Chinesischunterrichts (AFCH) als Wahlpflichtfach an deutschen Gymnasien gelehrt werden. Einen entsprechenden Appell richteten 50 Sinologen zum Abschluß einer Tagung von Chinesischlehrern am Montag in Paderborn an den Präsidenten der ständigen Kultusministerkonferenz in Bonn. Nach Angaben der AFCH lernen in der Bundesrepublik derzeit 1500 Schüler und Studenten Chinesisch. 21 Universitäten und acht Gymnasien – davon fünf in Bayern – bieten die chinesische Sprache mit unterschiedlichen Schwerpunkten an.

Die Wissenschaftler begründeten ihre Forderung mit der Situation in den USA und Frankreich. So werde an über 500 Highschools in den Vereinigten Staaten und 38 Schulen in Frankreich Chinesisch unterrichtet. Angesichts der guten und ausbaufähigen Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China werden nach Auffassung der AFCH in Zukunft mehr Übersetzer und Dolmetscher benötigt.

Arbeitslosengeld für Ältere länger

AP, Frankfurt

Erwerblos gewordene ältere Menschen sollen künftig länger als nur ein Jahr Arbeitslosengeld erhalten. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, kündigte gegenüber der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse" an, er werde schon bald eine entsprechende Empfehlung den Beschlußorganen der Nürnberger Behörde unterbreiten. Er halte es für sozial nicht gerechtfertigt, daß diejenigen, die 30 und mehr Jahre beschäfigt gewesen seien und hohe Versicherungsbeiträge erbracht hätten, bei Arbeitslosigkeit genauso behandelt würden wie solche, die nur wenige Jahre Beiträge gezahlt hätten.

Es sei „sehr wünschenswert, daß sich da in diesem Jahr noch etwas tut", sagte Franke. Man müsse zu einer „sozialen Entzerrung bei den Leistungsempfängern" kommen, damit diejenigen, „die länger Beiträge gezahlt haben, auch Anspruch auf verlängerte Leistungen von der Bundesanstalt haben".

Irak demonstriert vor allem militärische Stärke

Der Kampf am Schatt berührt die Existenz des Landes

LASZLO TRANKOVITS, Basra

Der irakische Soldat lenkt den sowjetischen Militärjeep geschickt über den holprigen Weg am Schatt el-Arab. Trotz der glühenden Sonne und Temperaturen von 48 Grad im Schatten sitzt seine Uniform ohne Fehl und Tadel. Nur sprechen will er nicht, über nichts. „Ich weiß nichts", lautet stereotyp seine Antwort, auch wenn es nur ums Wetter geht. Obwohl die vordersten Posten der Iraner und der Iraker südöstlich von Basra manchmal nur einige 100 Meter auseinander sind, liegen Welten zwischen beiden Seiten der Front.

Im Osten belegen restlos zerstörte Städte, unzählige Wracks demolierter irakischer Panzer und Kanonen, verlassene Schützengräben und die sporadischen, aber ständigen Einschläge der häufig wahllos schießenden irakischen Artillerie den Schrecken des Krieges. Westlichen Schätzungen zufolge harren über 500 000 Mann – Einheiten der Pasdaran, der Revolutionswächter, Soldaten der Armee und die Kriegsfreiwilligen – auf den Befehl von Ayatollah Khomeini zum Angriff.

Auf der irakischen Seite (mit etwa ebenfalls einer halben Million Soldaten) demonstrieren aufwendige, tiefgestaffelte Verteidigungswälle. Batterien von Abwehrgeschützen und Kanonen, moderne Raketen und ein Heer von neuen Panzern die Überlegenheit Iraks an Ausrüstung und Organisation. Der stellvertretende Kommandeur des dritten irakischen Armeekorps, Ismail Ibrahim, verweist nicht ohne Selbstgefälligkeit auf das Ausbleiben der seit Monaten erwarteten iranischen Großoffensiven. „Die Pasdaran wollen angreifen, aber die iranischen Offiziere wissen, daß sie ein Desaster erwartet", meint er.

Trotz aller strategischen und militärischen Vorteile zweifeln die Iraker nicht an der Kampfentschlossenheit der iranischen Mullahs. Aber dennoch scheint ein vorsichtiges Triumphgefühl bei den Truppen Bagdads aufzukommen. In der Tat spricht derzeit fast alles gegen den Feind. Riesige Waffenarsenale, große Munitionslager und Treibstoffdepots lagern zwischen den Palmenhainen des Deltas und den trostlosen Wüstenebenen entlang der Front. Stolz zeigen die Militärs ihre Betonwälle bei Kashib, vor denen im Sumpfgebiet Minenfelder und Stacheldrahthürden jeden Infanterieangriff unmöglich erscheinen lassen.

Der Kampf am Schatt el-Arab ist für Irak eine Existenzfrage. Hier an der Südfront haben beide Seiten ihre Truppen konzentriert. Da die Wirtschaftszentren Iraks und die Hauptstadt Bagdad nur 150 Kilometer von der iranischen Grenze entfernt liegen, „bedeutet ein Teilsieg Teherans im Süden das Ende des Regimes von Saddam Hussein", so ein europäischer Diplomat in Bagdad. Zentrale Bedeutung hat dabei die Verteidigung von Basra, der zweitgrößten irakischen Stadt nur wenige Kilometer hinter der Front. Entlang der Straßen der Millionenstadt sind Hunderttausende von Sandsäcken aufgetürmt.

„Wir haben keine Angst, wir sind Araber und wir sind im Recht und wir sind stark" – ob Lehrer, Dekorateur oder Nachtklubbesitzer, in Basra antworten alle Einwohner dem Ausländer gegenüber gleich. Alle scheinen eine Meinung zu haben, ebenso wie offenbar alle Iraker einen Mann lieben. Der Staatschef, der Parteivorsitzende, der Oberkommandierende der Streitkräfte, der Vorsitzende des Revolutionsrates Saddam Hussein ist im Lande allgegenwärtig, auf Millionen Bildern, Plakaten und Stellwänden ist er in jedem Geschäft, an jedem Haus. Kein Iraker, der im Gespräch mit dem Ausländer den Präsidenten nicht lobt und preist. „Angesichts der brutalen Hand des herrschenden Regimes und der totalen Kontrolle durch Spitzel und Sicherheitsdienste traut sich kein Iraker, auch nur einen Millimeter von der offiziellen Linie abzuweichen", meint ein westlicher Diplomat. (dpa)

Briefe an DIE ● WELT

„DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Mehr Klarheit

„Bonn will Ost-Berlin ein neues Paket schnüren" und „Moskau verlangt mehr Geld von DDR"; WELT vom 4. Juli

Im Juli des vergangenen Jahres wurde von den Koalitionspartnern der Regierung Kohl Rückendeckung an die Banken für einen Kredit an die „DDR" in Höhe von DM 1 Milliarde gegeben. Die Öffentlichkeit konnte annehmen, daß auf Gegenseitigkeit auch politische Vereinbarungen verbindlich getroffen wurden.

Am 4. Januar dieses Jahres warnte Günter Zehm in der WELT vor der Gewährung eines weiteren Milliarden-Kredits an die „DDR", weil für den ersten Kredit keine echte Verbesserung der Beziehungen an der Grenze und keine wesentlichen menschlichen Erleichterungen durchgesetzt wurden. So kann von Aufhebung des Schießbefehls, Entfernung aller Schießautomaten an den Grenzzäunen, Minderung bzw. Annullierung der Umtauschquoten, Öffnung der Grenze für Presseinformationen außer Geringfügigkeiten nicht die Rede sein.

Aus Manfred Schells Bericht geht hervor, daß „Raten und Zinsen (für den ersten Milliarden-Kredit) pünktlich zurückgezahlt werden"; von voller Rückzahlung ist nicht die Rede. Doch besteht Sicherheit durch Einbehalt von Zahlungen. Doch abgesehen von Letzterem wird das verstärkte Interesse Honeckers an einem weiteren Milliarden-Kredit dadurch verständlich, daß er als treuer Gefolgsmann des Kreml ohne Zweifel schon lange über die Forderung Moskaus nach mehr Geld Bescheid wußte. Moskau will einen höheren finanziellen Beitrag für die bereits erfolgte Stärkung der Kampfkraft und Aufrechterhaltung der Gefechtsbereitschaft seiner Streitkräfte in der „DDR". Naheliegend die Vermutung, daß Honecker deshalb dringlich auf einen weiteren Milliarden-Kredit der Bundesrepublik Deutschland erpicht ist.

Mehrere Hundert Familien und freigelassene Häftlinge sind nach dem ersten Kredit durch ihren Abschub glücklich geworden; dann riß der Faden wieder ab, die zurückbleibenden Mitbürger haben praktisch kaum etwas davon gehabt. Nun soll, wie es in dem Artikel heißt, im Gegenzug für den weiteren Milliardenkredit durch Ost-Berlin eine wenn auch nur geringfügige Zurücknahme des Zwangsumtauschs und Senkung des Alters von Frauen für Westreisen veranlaßt werden, das klingt reichlich schwächlich. Und daß nach ersten Konsultationen realistische Chancen bestehen sollen, daß die „DDR" in diesem Jahr 5000 Bewohnern die Ausreisegenehmigung erteilt, ist nichts Verbindliches und kann, wie der angekündigte Besuch Honeckers, jederzeit wegen „Verschlechterung der weltpolitischen Lage", die nicht auszuschließen ist, rückgängig gemacht werden.

Wann endlich wird der „DDR"-Führung klar gesagt, daß sie seit langem im Zugzwang steht und kein weiteres Geld erwarten kann, bevor nicht echt humanitäre Auswirkungen erfolgt sind? Klarheit des Verhandelns, Würde unserer Haltung und Deutlichkeit unserer Aussagen sind allein die Dinge, welche der Kreml verstanden hat und Honecker verstehen lernen muß.

In vorzüglicher Hochachtung
H. Schultz,
Grafenaschau

Wunschdenken

Nach Rückkehr von jahrzehntelanger beruflicher Tätigkeit in fast allen Regionen Afrikas, kann ich Ihre Bemühungen für eine wahrheitsgemäße Darstellung der Verhältnisse im südlichen Afrika nur begrüßen. In über zwei Jahrzehnten – den sogenannten Entwicklungsdekaden der UN – hat Wunschdenken für die afrikanischen Länder und Völker zu den bereits beginnenden Katastrophen geführt, die es früher nicht gab. Darüber hinaus nützt eine zerstörerische Hetzpropaganda niemanden, insbesondere denen nicht, denen man helfen zu wollen vorgibt.

Genauso wie die der EG assoziierten afrikanischen Staaten den Motor der EG-Staaten brauchen, um überhaupt an Entwicklung zu denken, so benötigen die Länder des südlichen Afrikas die Zusammenarbeit – bis zu mehr als 85 % des Handelsvolumens – mit dem Potential der Südafrikanischen Republik. Deren Verketzerung als Sündenbock ohne Rücksicht auf Realitäten, mag auf dem internationalen Parkett zwar als nötig angesehen werden, um die Fehlschläge der aus bürokratischer Ferne und ideologischem Opportunismus gesteuerten Entwicklungspolitik zu verschleiern, oder um gelegentlichen Beifall aus dem Lager der UN-Mehrheit der totalitären, diktatorischen und bankrotten Länder zu erhalten.

Vor Ort kann man nicht einsehen, wie eine Politik mit negativer Zielsetzung überhaupt von Nutzen sein kann. Im deutschen Interesse kann es auch nicht liegen, die für unsere Industrie unabdingliche Rohstoffversorgung, insbesondere an Nichteisenmetallen, zu gefährden wie auch die Rechte und den Schutz der Deutschen in Südwestafrika zu vergessen.

H. Bergmann,
Nice (Frankreich)

Wort des Tages

„Dank ist keine Erniedrigung, sondern ein Zeichen hellen Verstandes, welcher die Verhältnisse erkennt und ein Zeichen seines guten Gemütes, welches der Liebe fähig ist. Denn wer nicht danken kann, kann auch nicht lieben."

Jeremias Gotthelf: Schweizer Autor (1797–1854)

Personalien

GEBURTSTAGE

Der niedersächsische Minister des Inneren, Dr. **Egbert Möcklinghoff**, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Seit sechs Jahren ist er Minister und vertritt den Landkreis Hameln im niedersächsischen Landesparlament, aber das einstige CDU-Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen ist als Wochenendpendler Münsteraner geblieben. Seine fröhliche Gelassenheit macht ihn zu einem der beliebtesten Mitglieder des Kabinetts Albrecht.

*

Der in München lebende **Hans Heinrich Herwarth von Bittenfeld**, früherer Diplomat, Staatssekretär und Präsident des Goethe-Instituts, feierte seinen 80. Geburtstag. Bereits als 23jähriger trat der in Berlin geborene Sproß einer alten Augsburger Familie nach dem Jurastudium als Attaché in das Auswärtige Amt ein. 1930 wurde er dann der Botschaft in Paris und 1931 der in Moskau zugeteilt, wo er acht Jahre blieb. Nach 1945 war er zunächst Regierungsdirektor in der Bayerischen Staatskanzlei und 1949 Leiter des Protokollstabs im Bundeskanzleramt. Zwischen seinen Botschafterjahren von 1955 bis 1961 in London und von 1965 bis 1971 in Rom lag seine Zeit als Staatssekretär im Bundespräsidialamt. Von 1971 bis 1977 leitete er als Präsident das Goethe-Institut.

*

Der Vorsitzende des Kuratoriums des Bonner Städtebauinstituts, Bundesminister a. D. Dr. **Ewald Bucher**, feiert am Donnerstag seinen 70. Geburtstag. Der geborene und gelernte Schwabe ist zwar – soweit es von seinen Entscheidungen selbst abhing – seiner Heimat stets treu geblieben; in Politik und Wirtschaft ist er jedoch weit über sie hinausgewachsen. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg konnte er seine berufliche Ausbildung als Volljurist abschließen. Nach 1945 trat er als Rechtsanwalt und Syndikus in den Dienst der mittelständischen Wirtschaft, wurde gleichzeitig jedoch auch politisch aktiv. In der Lehre **Reinhold Maiers**, des großen Altliberalen aus Württemberg, gelang ihm 1953 der Sprung in den Bundestag, dem er dann vier Legislaturperioden angehörte. Unter den Bundeskanzlern **Adenauer** und **Erhard** war er Bundesminister der Justiz sowie für Wohnungswesen und Städtebau.

AUSZEICHNUNGEN

Dr. **Horst-Otto Steffe**, seit 1972 Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, erhielt das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Dr. Steffe war in den 50er Jahren enger Mitarbeiter von Professor **Mueller-Armack** in der Grundsatzabteilung des Wirtschaftsministeriums. Seit 1960 bekleidet er leitende Positionen in den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft.

*

Der technische Fernmeldeinspektor **Adam Knobel** vom Fernmeldeamt 1 in Frankfurt am Main hat das Bundesverdienstkreuz am Bande erhalten. Knobel wurde damit für die hervorragenden Leistungen bei der Gründung und bei dem Aufbau der Auslandskopfvermittlungsstelle geehrt.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den deutschen Steyler-Missionar **Michael Meier** zum Erzbischof-Koadjutor in Mount Hagen/Papua-Neuguinea ernannt. Der aus Wolfshausen aus der Diözese Regensburg stammende Missionar war bisher Generalvikar, erzbischöflicher Konsultor und Pfarrer in Mount Hagen.

Der Inhaber und Leiter des Karl Heinrich Möseler-Verlags Wolfenbüttel und Zürich, **Karl Heinz Möseler**, ist verstorben. 1912 in Hildesheim geboren, von Kindheit an mit Musik beschäftigt und darin gründlich ausgebildet, übernahm er 1947 den damaligen Georg Kallmeyer Verlag Wolfenbüttel und baute ihn zu einem der bedeutendsten deutschen Musikverlage aus.

Ein bißchen wie die frühen Beatles: Die Rockgruppe „Münchner Freiheit"

Primanerträume zu Omas Geburtstag

„Münchner Freiheit"? Nordlichter assoziieren, so sie nicht vom Fach sind, wohl zuerst irgend etwas mit Halbwelt und roten Laternen, derweil vor dem geistigen Auge der Bayern erst einmal das weiß-blaue Schild zu einer U-Bahnstation im Münchner Stadtteil Schwabing aufleuchtet.

Unsere „Münchner Freiheit" ist ein anständiger Amüsierbetrieb und keine geographische Bezeichnung, sondern der Name einer inzwischen fünfköpfigen Rockgruppe, deren Urzelle vor Weihnachten 1981 aus dem Trommler Günter Stolz, dem Sologitarristen Aron Strobel, dem Bassisten Freddie Erdmann und dem in musikalischen Schlachten erprobten Keyboarder, Sänger und Rhythmusgitarristen Stefan Zauner bestand. Zauner hatte ab 1972, er war 20, in Basel Bildende Kunst studiert und sich dann als Maler versucht. Doch stärker als die Liebe zu Strich und Farbe war die Herausforderung der Musik, der er ab 1975 in der bekannten Kultgruppe Amon Düül begegnete, einer „Pop-Band", wie die „Süddeutsche" immerhin schrieb, „die den Vergleich mit Pink Floyd oder Andy Warhols Velvet Underground nicht ... zu scheuen braucht".

Gereicht hat der Anspruch dem Göttinger wohl nicht, spielte er doch schon 1976 und 1977 zwei Langspielplatten unter eigenem Namen ein, „Narziß" und „Prism & Views". Das Kleeblatt Zauner, Strobel & Co jedenfalls hatte bis 1981 ein Konzept erarbeitet, das ihnen als der ideale Keil in die Münchner Marktlücke erschien: Deutsches zu singen zu einer Musik, an der sich die Geister schieden, als das Debütalbum der „Freiheit" auf *den Markt kam, die LP „Umsteiger"*. Zauner hätte lieber gleich deutsche Schlager machen und nicht so tun sollen, als liefere er deutschen Rock,

Musikladen – ARD, 20.15 Uhr

schimpfte der „International Musician", dem die Rock-Zeitung „Musiker" gleich noch assistierte: „Diese Musik könnt ihr ruhig Eurer Oma zum Geburtstag schenken".

Der Bayerische Rundfunk hörte *das anders, führte die Platte zur „LP* der Woche" und konnte die Single „Baby Blue" in seiner Hitparade plazieren. Die Gruppe – Rennie Hatzke hatte Stolz am Schlagzeug ersetzt – ließ sich von den ersten, zarten Hoffnungsstrahlen des Erfolgs nicht einlullen, machte das Jahr 1982 zum Sabbatical, *testete neue Songs „live"* und *verbannte aus dem Repertoire*, was vor Publikum nicht standhielt. Eine eigene Linie war gefunden, befanden die Musiker und ihre Plattenfirma ebenso, ihr Streit-Wert freilich war für die Fachkritik noch immer beachtlich. „Oberflächlich und banal" wurden sie von der einen Seite *gescholten, während die andere, wie* das Fachblatt „Musik Express" ihre Musik „schön trivial" nannte, „erstaunlich phantasievoll", in ihr „Liebeslyrik, Wortspiele, Primanerträume" *erkannte und sich insgesamt* „ein bißchen an die frühen Beatles" erinnert fühlte.

Immerhin hatte sich der zweiten Longplay „Licht", deren Spuren in München aufgenommen worden waren, in Berlin der „*Mixer-König*" Udo Arndt angenommen, um ihr den letzten Schliff zu verpassen – derselbe *feinohrige* Experte, der auch dem deutschen Wunder-Kind Nena die Klänge sortierte.

Inzwischen hat die Gruppe sich vom Quartett zum Quintett gemausert, den Bassisten Erdmann durch Michael Kunzi ersetzt und Alex Grünwald an den Keyboards plaziert, so daß Zauner sich wieder ganz auf seinen Gesang und seine Rhythmusgitarre konzentrieren kann.

Erst das Früchtchen des Revirements ist die „Freiheit"-Single „Oh Baby", mit der nun auch diese Gruppe den guten, alten fünfziger Jahren ihre Reverenz erweist.

BERNHARD KESSEL

KRITIK

Heilsbringer aus der Retorte

Ein Jesus, der nicht sprechen darf – das ist Giovanni, in Art und Erscheinung ganz Nachfahre einer friedfertigen Hippie-Generation. Wo andere schreien, rät er zur Sanftmut, *wo geprügelt wird, regiert sein Lächeln*. Der lockenköpfige Giovanni, gespielt von Beppe Grillo, ist Hauptfigur in Luigi Comencinis Filmkomödie **Keine Zeit für Wunder** (ARD).

Vom geschäftstüchtigen Orden der Faustini wird er angeheuert, um auf Plakaten vor den Comic-Strips das Leben Jesu zu verkaufen. Eine Werbekampagne nach allen Regeln der Marketingstrategie wird entfesselt. „Jesus ist unter uns" – allerdings ein Jesus, der nicht sprechen darf. Was als medienträchtiger Heilsbringer aus der religiösen Retorte gestrickt war, entwickelt sich zur Laus im Pelz des technokratischen Würdenträgers, die arg zu zwicken beginnt.

Giovanni bringt mit unverfälschter Nächstenliebe die strategische Dekadenz seiner Auftraggeber in Verdrückung. Er verschenkt sein Geld an eine Fixerin, spielt mit verwahrlosten Kindern und kümmert sich um die freudlose Terroristin Francesca (Maria Schneider): ein Träumer, der auf den harten Pflastern der Großstadt laufend Gutes tut. Am Ende wird er in ein Sanatorium abgeschoben.

Comencini steigert seine Komödie mit Einfallsreichtum und treffsicheren Pointen stellenweise zur beißenden Satire, die den Zuschauer allerdings ein wenig ratlos zurückläßt. Mit dem Griff in ein kleines Horrorkabinett zeichnet er das Bild einer Amtskirche, die sich an ihre eigentliche Bestimmung schlicht nicht mehr erinnert. Das Bild bleibt undifferenziert und zu weit entfernt, um wirklich zeitkritisch zu sein. Allemal hat sein Held Giovanni viel Gefühl auf seiner Seite: Ein liebenswerter Zeitgenosse, der nicht Jesus sein mochte.

WOLFGANG WISCHMEYER

Ein Nicholson für kleine Leute

Beim Major Kottan scheiden sich bekanntlich die Geister, als ginge es um Höchstes oder Tiefstes. Die einen können Peter Vogel nicht vergessen, den anderen ist dieses österreichische Panoptikum von Freaks und Karikaturen, von Verfremdungseffekten und Beiseitesprüchen ein noch größerer Dorn im Auge als der Haufen lebensfroher Beamter in Fritz Eckardts arbeitsscheuem „Tatort"-Revier.

Kottan ermittelt nun sechsmal im ZDF, und der Auftakt hat gleich in sonderlichsten Farben die ganze Palette angerührt, die es zu betrachten gilt. Lukas Resetarits als Adolf Kottan und seine Crew samt dem reichlich meschuggenen Chef Kurt Weinzierl blödeln wieder munter drauflos, singen (hanebüchen!) vom Chef gedichtete Polizeilieder für den Drei-Mann-Chor, heilen den ständig gegen den Polizeipräsidenten renitenten Getränkeautomaten mit Mull und Pflaster und klären nebenbei eine Geschichte um Mord auf dem Tennisplatz, Waffenschmuggel und Bankeinbruch, die lediglich hierfür dazu sein scheint, dem verrückten Polizistenverein eine Plattform für seinen fidelen Hirnriß zu bieten.

Wie gesagt, der Job ist Nebensache. Kottan, zeitweilig so eine Art „Chinatown"-Nicholson für kleine Leute, schmettert wieder seine Oldies-Playbacks, seine Polizisten knabbern Styropor-Torten, es wird berauschend gepöbelt und munter geflachst.

So etwas gibt es eben nur in Wien; und wer das nicht mag, ist selber schuld.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD | ZDF | III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Wie der Vater, so der Sohn
Französischer Spielfilm (1963)
Regie: Yves Robert
11.35 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen
12.10 Arme Welt – Reiche Welt
Vom Glück der Bescheidenheit
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.25 Klamottenkiste
16.40 Da schau her!
17.10 Kleine Geschichten aus dem Zoo
Besuch bei einer alten Freundin
17.20 Tour de France
18. Etappe: Alpe d'Huez–La Plagne (Ausschnitte)
Reporter: Jürgen Emig
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Musikladen
TV-Discotheque International
Neben den Gruppen Tramps, Rhonda, Belle & The Devotion, Valerie Claire und Sheila E. präsentieren Manfred Sexauer und seine hübsche Assistentin Christine Rothig heute die Romantic-Rocker Spandau Ballet, die Synthesizer-Popper Duran-Duran und die Band Münchner Freiheit.
21.00 Report
Die „Auschwitz-Lüge" – Ist das Anti-Nazismusgesetz nötig? / Hilfe für Äthiopien – Was wurde aus den Spenden der „Report"-Zuschauer? / Am Arbeitsplatz mißhandelt – Gastarbeiterfamilie geht freiwillig
Moderation: Franz Alt
21.45 Dallas
Die Schlacht der Rivalinnen
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Nicaragua – Fünf Jahre „Revolu*tion der Poeten" / Türkei – Kultur*szene Istanbul / Peter Ustinov über seinen Spielfilm nach dem Roman des türkischen Autors Jasar Kemal / USA: Die Gewerkschaften und ihre Lieder
Moderation: Hansjürgen Rosenbauer
23.45 Tagesschau

ZDF

16.30 Mosaik
Ausflug in die Pußta / Laufach (Spessart) – Dorf auf Eisen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Stefan Waggershausen
17.50 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Lehmanns
Der Meisterkoch
Obwohl Karl bekanntermaßen überhaupt nicht kochen kann, *übernimmt er den Job des Kochs* in Heinzens Kneipe an der Ecke. *Erwartungsgemäß* gerät sein erstes Menü zur Katastrophe, nicht einmal der Hund rührt die Speise an.
19.00 heute
19.30 Ich liebe Dich, Juli
Ein Film von Karl-Heinz Deickert nach einer Idee von R. W. Schnell
21.15 WISO
Umweltfreundliches Auto – Sau*bere Lösung gesucht, wie soll sich* der Autokäufer verhalten? / Tip: Verbraucherfreundliches Urteil – Mehr Geld von der Autoversicherung / Hintergrund: Milliardenhilfe für die Bauern
Moderation: F. Ost
21.45 heute-journal
22.05 Moritz, lieber Moritz
Hark Bohms Spielfilm aus dem Jahre 1978 erzählt die Geschichte vom 15jährigen Moritz, der als *sensibler Schüler vom Mathema*tiklehrer gequält, von den Klassenkameraden verlacht, von der Mutter nicht verstanden und vom Vater mißachtet wird.
23.35 Es muß nicht immer Kaviar sein
Shakespeare läßt grüßen
Regie: Thomas Engel
0.35 heute

Probleme mit Eltern, Freunden und Lehrern: Der 15jährige Moritz (Michael Kebschull) (Moritz, lieber Moritz – ZDF, 22.05 Uhr).
FOTO: RÖHNERT

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Sesamstraße
18.30 Aus der Klamottenkiste
Larry Semon in:
Larry und die Spione und Larry, der Gangsterschreck
19.00 Rockpalast
Paul Brady and Band
Aufzeichnung eines Konzerts in der Hamburger Markthalle vom Dezember 1983

WEST/NORD/HESSEN
Gemeinschaftsprogramm:
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR
3. Folge: Der Thüringer Wald
Was ist aus Deutschlands Armenhaus geworden?
Film von Eckhard Graczyk
21.00 Herr Hesselbach und das Mündel
21.55 Mit Doktorhut auf Medaillenjagd
Wissenschaftler rüsten für Los Angeles
Film von Pierre Kandorfer
22.40 Alle lieben Bob (5)
Ein Mädchen aus Frankreich
23.05 Satz für Satz
Werner Schneyder und das Christoph-Pauli-Trio aus dem Comoedienhaus in Wilhelmsbad
0.20 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
18.45 Musik – Gymnastik – Plauderei
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Herpes – harmlose Bläschen oder gefährlicher Virus?
20.15 Im Reich der schönen Lau
Erforschung der Höhle im Blautopf
21.00 Gefangene des Stroms
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Joseph Cotten u. a.
Regie: Henry Hathaway
22.25 Mit vollem Bauch dem Hunger entgegen
23.10 Nachrichten

BAYERN
18.15 Ein Paar wird Eltern
18.45 Rundschau
19.00 Ist Mama nicht fabelhaft?
Deutscher Spielfilm (1958)
Mit Luise Ullrich u. a.
20.25 Die Shadoks
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
Hilfe bei Akne
21.30 Rundschau
21.45 Versuch einer Aussöhnung
München feiert Lion Feuchtwanger und Oskar Maria Graf
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

Ford, die Frustration und Bellofs Schweigen

Was ihnen in diesem Sommer widerfahre, *sei schon über die* Maßen deprimierend: Keine Fahrfehler, keine Erfolge – eine sonderbare Formel. Beim 1000-Kilometer-Rennen am Sonntag auf dem *Nürburgring* kamen die beiden Ford-Fahrer Klaus Ludwig und Klaus Niedzwiedz nur zweieinhalb Runden weit, dann war die nagelneue Gelenkwelle gebrochen. Aus.

Der Frust sitzt mittlerweile tief, auch wenn es sich die Akteure nicht anmerken lassen. Denn Ford, das war in den letzten elf Jahren eine konstante Größe im deutschen Motorsport. Sechsmal deutscher Rennsportmeister, mehr schaffte kein anderes Werk. Und über Klaus Ludwigs Triumphfahrten im Jahre 1981 *spricht* man in der *Branche noch* heute. Doch lang, lang ist's her ...

Heute fährt Ludwig hauptsächlich in Amerika, in der sogenannten IMSA-Serie. Sieben Rennen, sieben Ausfälle. Man kann so etwas notwendige Erfahrenswerte innerhalb eines Entwicklungsprogramms nennen, man muß aber nicht. Als Ludwig in Europa – mit *Genehmigung des Konzerns* – fremd ging, gewann er auf einem privaten Jöst-Porsche die 24 Stunden von Le Mans, das klassisch*ste aller klassischen Langstrecken*rennen. Die Konkurrenz als Rettungsanker für gestreßte Ford-Piloten?

Teamkollege Klaus Niedzwiedz versucht *derweil in Europa* den Schaden in Grenzen zu halten. Am Norisring zum Beispiel so: Sechzig Runden lang kämpfte Niedzwiedz mit dem nur 520 PS starken Saugmotor hinter Stefan Bellofs Turbo-Porsche. Drei Sekunden trennten die beiden nur voneinander, bis sich ein Lager festfraß und nicht mehr gekuppelt werden konnte. Wo? Am Ford-Zackspeed von Niedzwiedz natürlich, nicht an Bellofs Porsche.

Der Frust sitzt tief, nicht nur bei den Ford-Fahrern Ludwig und Niedzwiedz, auch bei anderen professionellen Lenkraddrehern aus deutschen Landen. Manfred Winkelhock, der erfolglose Grand-Prix-Pilot von ATS, *wurde auf einem privaten* Kremer-Porsche beim 1000-km-Rennen auf dem Nürburgring Fünfter. Irgend etwas sei mit dem Auto nicht ganz in Ordnung, hatte er während des Trainings moniert, doch die Mechaniker fanden partout nichts. Schlußfolgerung: Wenn Winkelhock nicht schneller sei, dann liege das ausschließlich an ihm. Schließlich kurve da die mannsgewordene Frustration durch die Eifel.

Das war sicher nicht nur hämischer Boxenklatsch. Locker und souverän tritt er auf, doch wie's da drinnen ausschaut, das zeigen nur noch die Rundenzeiten. Winkelhock beutelt es seit zwei Jahren in der Formel 1. Seine Ausfallquote ist hoch, seine *Fahrfehler gering*.

Der Frust sitzt tief, oder er frißt sich langsam ins sensible Gemüt – je nach Ausgangslage. Stefan Bellof, der Sieger des 1000-Kilometer-Rennens, ist überaus ernst und still geworden. Hat er Angst vor unangenehmen Fragen? Vielleicht vor solchen? Warum ist der Tyrrell-Cosworth, *ausgerüstet mit einem* herkömmlichen Saugmotor, den Turbo-Aggregaten in der Formel 1 kaum unterlegen? Als Fußnote dazu etwas Boxentratsch: *Beim internationalen Verband in Paris habe man* den Tyrrell-Leuten klipp und klar gesagt, daß nun endlich mal Schluß zu sein habe mit den genialen aber verbotenen Manipulationen, von denen die heimliche Gewichtsmogelei am Auto nur eine unter anderen sei. Schwamm drüber, aber damit neige sich Bellofs Erfolgskurve fürs erste mal dem Ende zu.

Sicher mag aus solchen Erzählungen auch der pure Neid sprechen und zweifellos hat so mancher eine *klammheimliche Freude* verspürt, als ausgerechnet Le-Mans-Sieger Klaus Ludwig seinen Partner Klaus Niedzwiedz gar nicht erst ablösen konnte, weil der Ford-Zackspeed schneller im Eimer war, als man sich als Konkurrent erhoffen durfte.

Es wäre durchaus vorstellbar, im nächsten Jahr zwei weniger frustrierten Ford-Piloten zu begegnen. Nämlich dann, wenn ein 2,1-Liter-Turbo mit rund 750 PS in einem neuen Rennsportwagen sie dorthin katapultieren würde, wo sie einst ihren Platz hatten: An der Spitze des Feldes.

KLAUS BLUME

STAND ● PUNKT

TENNIS / Interview mit Bettina Bunge

„Ein Attest ist schon auf dem Wege zum Verband"

DW, **Bonn**

Gestern begann in Sao Paulo das Turnier um den Federation-Cup der Tennis-Damen. Die deutsche Mannschaft muß ohne ihre besten Spielerinnen auskommen, die wegen Verletzung abgesagt hatten. Der Deutsch-Amerikanerin Bettina Bunge wurde vorgeworfen, sie würde ihre Verletzung nur vortäuschen. In einem Interview nimmt sie zu den Vorwürfen Stellung.

Frage: In einigen Boulevardzeitungen wird Günter Sanders, der Sportdirektor des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), zitiert: „Die Bunge hat doch in Wimbledon so stark gespielt. Da war von einer *Verletzung nichts zu sehen."* Und zu der Verletzung hieß es: „Der Arzt, der dies festgestellt haben will, blieb im Dunkeln."

Bunge: Verletzungen kann man wohl auch nicht sehen, wenigstens nicht an der Schulter. Bei Eva Pfaff wäre es einfacher gewesen, denn ihr Knie war schon in Wimbledon sehr dick. Der Arzt heißt im übrigen Marvin Silverberg, praktiziert in Miami, hat Tendonitis festgestellt und mir fürs erste Trainingsverbot erteilt. Das Attest ist per Einschreiben und Eilboten nach Hannover unterwegs, damit niemand mehr so etwas schreiben kann.

Frage: Im letzten Jahr mußten Sie im Endspiel des Federation Cup gegen Hanna Mandlikova aufgeben. Damals waren Sie gesundheitlich schon nicht mehr ganz auf dem Posten, haben nur wenigen davon erzählt und sich damit einige Kritik eingehandelt. Waren Sie in Wimbledon ähnlich verschlossen?

Bunge: Ich habe nach Zürich ein vererbtes Ohrenleiden operativ beheben lassen, weil es nicht mehr anders ging. Ich rede nicht mit jedem über so etwas. Dann kam die Sache mit der Schulter. Wenn ich in Wimbledon nach der Niederlage gegen Steffi Graf etwas von der Schulter gesagt hätte, dann hätten wir's wieder gehabt: „Die Bunge sucht eine Ausrede." Außerdem, Pause macht man als Profi auch nicht zum Vergnügen, denn so etwas kostet bares Geld.

Frage: In den Zeitungsartikeln werden *die deutschen* Damen als „krank im Kopf" und „geldgierig" bezeichnet. Zitiert wird dabei der ehemalige Bundestrainer Klaus Hofsäss, der das inzwischen dementiert hat. Stimmt das?

Bunge: Krank im Kopf war wenigstens bei mir im letzten Jahr richtig, wegen der Ohrensache. Mit Hofsäss haben wir uns immer gut verstanden. So etwas hat er nie gesagt. Und geldgierig? Ich habe den DTB-Vertrag nie gesehen. Die Bedingungen sollen aber nicht gerade toll gewesen sein, hat mir mein Vater erzählt. Dennoch habe ich mich auf die ganze Sache gefreut. Aber auf eigene Kosten und ohne Ärger ist das sinnvoller.

Frage: Von Ihnen gibt es also kein „Nie wieder für Deutschland"?

Bunge: Natürlich nicht.

NACHRICHTEN

Sieg im Nationenpreis

Hickstead (dpa) – Deutschland gewann beim internationalen Reitturnier in Hickstead den Preis der Nationen. In der Besetzung Peter Luther, Franke Sloothaak, Ulrich Meyer zu Bexten und Paul Schockemöhle siegte die deutsche Equipe mit acht Fehlerpunkten vor Frankreich (8,5).

Nachfolger für Sloothaak

Mühlen (sid) – Der Österreicher Thomas Frühmann wird in Zukunft die Turnierpferde von Alwin Schockemöhle reiten. Frühmann wird damit Nachfolger von Franke Sloothaak, der bis Ende des vergangenen Jahres für den Stall von Alwin Schockemöhle ritt.

Traben: Wewering vorn

Recklinghausen (sid) – Weltrekordler Heinz Wewering gewann beim Trabrennen um die Trophäe der Dreijährigen in Recklinghausen die erste Abteilung im Sulky von Castan. Die zweite Abteilung entschied Siegfried Jahn mit Volturno für sich.

Unfall: Nagel hatte Glück

Dortmund (dpa) – Hochspringer Gerd Nagel hatte Glück bei einem Autounfall. Als sein Wagen auf der Autobahn bei Dortmund von der Straße abkam und sich überschlug, erlitt der Frankfurter lediglich einige Prellungen.

Hessen-Pokal an Cauthen

Frankfurt/Krefeld (kgö) – US-Jokkey Steve Cauthen gewann auf der Galopprennbahn in Frankfurt mit Hot Touch den Hessen-Pokal. In Krefeld siegte Jockey Peter Alafi mit Las Vegas im Goebels-Rennen.

Tennis: CSSR weiter

Prag (sid) – Im Viertelfinale des Davispokals kam die CSSR in Prag gegen Frankreich zu einem 3:2-Sieg und trifft nun im Halbfinale auf Schweden. Der zweite Endspielteilnehmer wird zwischen den USA und Australien ermittelt.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: Bayern München – SpVgg Unterhaching 4:2, Holstein Kiel – Hamburger SV 0:4, Karlsruher SC – Nationalmannschaft China 2:1, FC Wehr – *Bayer Uerdingen 0:7*, Hüsten 09 – Borussia Dortmund 1:4, FC Niederrieden – Kickers Offenbach 0:6, Blau-Weiß 90 Berlin – Schwabach 5:2.

MOTORSPORT

1000-km-Rennen auf dem Nürburgring, 4. Lauf zur Langstrecken-WM, 2. Lauf zur Rennsport-DM, von 220 auf 207 Runden (940,194 km) verkürzt: 1. Bellof/Bell (Deutschland/England) 6:00:43,59 Std. (156,383 km/Std.), 2. Boutsen/Hobbs (Belgien/England) beide Porsche 6:00:59,27, 3. Nannini/Patrese/Barilla (Italien) Lancia, 1 Runde zurück, 4. Danner/Palmer/Lammers (Deutschland/England/Niederlande) 2, 5. Winkelhock/Surer (Deutschland/Schweiz) 3, 6. Larrauri/Sigala (Argentinien/Italien) 4, 7. Mass/Ickx (Deutschland/Belgien) alle Porsche, 6. – Stand der Fahrer-WM: 1. Bellof, Bell je 41 Punkte, 3. Mass, Ickx je 39, 5. Pescarolo (Frankreich) Porsche 38, 6. Ludwig (Deutschland) Porsche/Ford 35. – Stand der Marken-WM: 1. Porsche 80 Punkte, 2. Lancia 25, 3. Rondeau 9.

RADSPORT

71. Tour de France, 16. Etappe, Bergzeitfahren über 22 km von Les Echelles nach la Ruchere-en-Chartreuse: 1. Fignon (Frankreich) 42:11,15 Min., 2. Herrera (Kolumbien) 25,17 Sek. zur., 3. Delgado (Spanien) 32,57, 4. Hinault (Frankreich) 33,38, ... 73. Dietzen (Deutschland) 4:31 Min. – Gesamtwertung: 1. Barteau (Frankreich) 74:38:14 Std., 2. Fignon 6:29 Min. zur., 3. Hinault 9:15, 4. Anderson (Australien) 11:03, ... 93. Dietzen 1:01:18 Std.

LEICHTATHLETIK

Sportfest in Ost-Berlin, Männer: 400 m: 1. Schönlebe 45,01 Sek. (Junioren-Europarekord), Kugelstoßen: 1. Beyer 21,60 m, Speerwurf: 1. Hohn 97,12 m, 2. Michel 85,70. – Frauen: 100 m: 1. Göhr 10,99 Sek., 4 x 100 m: 1. „DDR"-Auswahl (Gladisch, Koch, Auerswald, Göhr) 42,23 Sek., Weitsprung: 1. Daute 7,18 m, Kugelstoßen: 1. Briesenick 21,85 m, 2. Knorscheidt 20,90, Diskuswurf: 1. Beyer 72,28 m, Speerwurf: 1. Felke (alle „DDR") 72,02 m.

SCHWIMMEN

DM im Kunst- und Turmspringen in Hannover, letzter Tag, Herren, Zehn-Meter-Turm: 1. Dörr (Gelnhausen) 629,65 Punkte, 2. Killat (München) 588,50, 3. Meyer (Aachen) 562,40. – *Kombinationswertung: 1. Dörr 1283,10* Punkte, 2. Killat 1261,30, 3. Meyer 1158,05.

GEWINNZAHLEN

Toto, Rennquintett, Rennen A: 5, 14, 11, Rennen B: 33, 30, 27 (ohne Gewähr).

OLYMPIA / Teuerster Posten: Die Sicherheit



Zwölf Tage vor der Eröff*nungsfeier der Olympischen* Spiele am 28. Juli stürmten gestern Tausende Taxi-Fahrer, Hotelportiers, Getränkehändler und Angestellte der städtischen Institutionen das Berverly-Center mitten in Los Angeles. Das Organisationskomitee (LAOOC) hatte zu einer Riesenfete eingeladen, die in sechs Monaten vorbereitet wurde. Sie sollte für die vielen Helfer ein Dankeschön *und eine Ermunterung für den* strapaziösen Endspurt sein.

„Los Angeles ist der sicherste Platz"

sid, **Los Angeles**

Die Sicherheit der Sportler ist seit dem Terror-Anschlag bei Olympia 1972 in München ein fester Bestandteil der größten Sportveranstaltungen geworden. In Los Angeles ist das nicht anders: Ein Geschwader von 77 Hubschraubern *steht* bereit, um den Schutz aus der Luft zu gewährleisten, 17 000 Sicherheitskräfte des Organisations-Komitees halten an allen Olympia-Stätten Wache, städtische Polizei patrouilliert in Autos und auf Motorrädern um die mit hohen Zäunen eingekreisten olympischen Dörfer. Und im Hintergrund arbeiten der amerikanische Geheimdienst CIA und 700 Beamte der Bundespolizei FBI.

Die Olympia-Organisatoren haben sich diesen Schutz auch einiges kosten lassen. Mit umgerechnet rund 280 Millionen Mark ist der Schutz aller Teilnehmer mit 20 Prozent der größte Posten bei den Gesamtausgaben von rund *1,4 Milliarden Mark*. Peter Ueberroth, Chef des Organisations-Komitees (LAOOC), stellte fest: „Der Schutz der Sportler und Betreuer sowie der Offiziellen war eine vorrangige Aufgabe." Noch in der letzten Woche wurde Ueberroth aufgeschreckt, als die Nationalen Olympischen Komitees aus Südkorea, *Simbabwe und Malaysia Drohbriefe* erhalten hatten. Angeblich kündigte darin der Geheimbund Ku-Klux-Klan Anschläge auf die Sportler dieser Länder an.

Gerade in der Sicherheitsfrage sind die Amerikaner gebrannte Kinder. Die UdSSR und der Ostblock hatten immer wieder vor ihrem Boykott-Beschluß Garantien für den Schutz ihrer Delegationen verlangt, die aber das LAOOC als private Organisation gar nicht geben konnte. „Daß die Sowjets *nicht kommen, steigert die Terroris*mus-Gefahr enorm", meinte Philip W. Little, Chef einer großen privaten Sicherheitsfirma in Los Angeles. Little: „Wir rechnen damit, daß wir noch eine Menge Aufträge bekommen."

Tatsächlich sehen manche Experten die Gefahr eines Terror-Anschlages wie in München durch den Boykott gesteigert, weil die UdSSR auf befreundete Länder keinen Druck mehr ausübt, Olympia im Schweben zu lassen. In einem offiziellen Papier wurden die amerikanischen Zollbeamten deswegen angehalten, Einreisende aus terroristischen Ländern wie Kuba, Syrien, Libyen oder Südjemen besonderes Augenmerk zu schenken.

Für den Schutz der olympischen Dörfer sorgt das Organisations-Komitee selbst. In Kurzkursen wurden 17 000 meist junge Frauen und Männer ausgebildet. Uniformiert, aber unbewaffnet bewachen sie nun die olympischen Stätten. Edgar L. Best, Sicherheits-Beauftragter des LAOOC, meint: „Mit einem Sprechfunkgerät können sie in kritischen Situationen die Polizisten herbeirufen." Der ehemalige FBI-Mann *aber beteuert immer wieder: „Los* Angeles ist der sicherste Platz der USA."

Fast 27 Millionen Mark zahlt das LAOOC an die Polizei für Eskortierung der Sportler-Busse und Streifenfahrten. Die Polizei nimmt die Arbeit sehr genau, so daß Olympia-Generalmanager Harry L. Usher meinte: „Die rüsten für den dritten Weltkrieg."

Deutsche Sportler im Olympia-Dorf

Nachdem bereits drei Funktionäre das deutsche Quartier auf dem Gelände der University of California (USC) bezogen hatten, sind nun auch die ersten Sportler in Los Angeles eingetroffen. Fünf Militaryreiter, die zuvor ihre Pferde in der Quarantäne abgeliefert hatten, können sich über Platzmangel im Olympia-Dorf nicht beklagen. Insgesamt 300 Zweibett-Zimmer in den obersten Etagen des achtstökkigen Brinkrant-Turms sind für die deutsche Olympia-Mannschaft reserviert.

Voller wird es in den Unterkünften erst, wenn der Chef de Mission, Heinz Fallak, am Donnerstag mit weiteren 100 deutschen Teilnehmern anreist. Walter Tröger, Generalsekretär des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für Deutschland, zeigte sich mit der Unterbringung zufrieden: „Wir haben bei manchen Olympischen Spielen nicht so gut gewohnt."

Schon vor einem Jahr konnten sich die Deutschen ihr Quartier aussuchen. Nach Aussage von Olympia-Attache Rex Masten entschied man sich für den Brinkrant-Turm, weil auf jeder Etage große Aufenthaltsräume *zur Verfügung stehen. Worauf nicht* alles geachtet werden muß.

3000 deutsche Fans erwartet

Während der Olympischen Spiele werden etwa 2000 bis 3000 deutsche Schlachtenbummler Los Angeles besuchen. Damit rechnet das deutsche Konsulat in der Olympia-Stadt nach einer Umfrage bei den Reisebüros und Fluggesellschaften. Für hilfesuchende Fans, die Geld, Paß oder Flugschein verlieren sollten, richtet das Konsulat extra ein Sonderbüro ein.

„*Es wird sicher häufiger als in der* Vergangenheit vorkommen, daß das Konsulat in der Olympia-Stadt den Besuchern helfen muß", erklärte der stellvertretende Konsul, Dieter Koepke. Eine vom Organisationskomitee eingerichtete Betreuung und Beratung für die Besucher wie bei bisherigen Spielen gebe es nicht. „Die Olympia-Touristen sind in sehr starkem Maße auf sich selbst gestellt", sagte Koepke.

Der Konsul rät jedem Besucher, zur normalen Krankenversicherung eine Zusatzversicherung *abzuschließen*. Die Arztkosten seien in den USA sehr hoch. Zudem gibt er den Tip, kein Bargeld, sondern Dollar-Traveller-Schecks mitzunehmen. Ausländisches Geld *sei in* Amerika unbekannt und kaum zu wechseln.

Frau Thatcher unterliegt im Fall Chaltenham

DW. London

Die Regierung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher ist mit dem von ihr verfügten Verbot der Gewerkschaftszugehörigkeit im Abhörzentrum Cheltenham vor Gericht gescheitert. Die Richter erklärten die im Januar verfügte Anordnung als „ungültig und unwirksam".

Richter Iain Glidewell gab der Eingabe des Rates der Gewerkschaften der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (CCSU) ohne Einschränkung statt. Mit dem Verbot war allen Mitarbeitern des Kommunikations-Hauptquartiers der Regierung (GCHO) in Cheltenham und der übrigen geheimdienstlichen Abhörstellen die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft untersagt worden. Die Regierung hatte die dort Beschäftigten ultimativ aufgefordert, gegen eine Entschädigung von 1000 Pfund aus der Gewerkschaft auszuscheiden, oder auf eine Stelle außerhalb des Geheimbereichs zu wechseln. Die Regierung in London wird vermutlich Berufung einlegen. Cheltenham ist eine der modernsten und leistungsfähigsten Abhöranlagen des Westens. Sie wird von Großbritannien und den USA gemeinsam genutzt.

Rafsanjani fährt nicht nach Mekka

Berichte über Kontakte zwischen Iran und Golf-Staaten

DW./dpa/AFP, Teheran/Kuwait

Der iranische Parlamentspräsident Rafsanjani hat nach einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP eine Einladung Saudi-Arabiens zu einer Wallfahrt nach Mekka abgelehnt. Kurz zuvor hatte der iranische Rundfunk gemeldet, Rafsanjani habe die Einladung dankend angenommen. Damit scheinen sich Zeitungsmeldungen aus der Golf-Region, daß es zu Kontakten zwischen Teheran und Riad über eine mögliche Beilegung des iranisch-irakischen Krieges gekommen sei, vorläufig nicht zu bewahrheiten.

Die Golfstaaten haben Bagdad bislang mit rund 100 Milliarden Mark im Krieg gegen Teheran unterstützt. Rafsanjani gilt als Exponent einer friedlichen Beilegung des Golfkrieges. Das Dementi Rafsanjanis deutet darauf hin, daß sich der Parlamentspräsident mit seinem Verständigungskurs in der persischen Führung nicht gegenüber denjenigen Kräften durchsetzen konnte, die eine militärische Entscheidung im Krieg gegen Irak suchen.

Die kuwaitische Zeitung „Asyassah" hatte berichtet, daß in Teheran entschieden worden sei, Vertreter in die nichtkriegführenden Golfstaaten zu entsenden, um über Wege zur Beendigung des Krieges mit Irak zu sprechen. Zeitungen in den Vereinigten Arabischen Emiraten vermuten, daß der Besuch Rafsanjanis in Saudi-Arabien zu einem Abbau der Spannungen am Golf führen werde.

Kuwait hat unterdessen den sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko zu einem Besuch eingeladen. Die Visite Gromykos in dem Ölscheichtum wäre der erste Besuch eines *sowjetischen Außenministers* in diesem Staat. Der Besuch soll nach Informationen aus Kuwait im September stattfinden. Die Ankündigung der Reise Gromykos durch den amtierenden kuwaitischen Außenminister kam nur kurz nach dem Aufenthalt des kuwaitischen Verteidigungsministers in der Sowjetunion. Bei diesem Besuch in der vorigen Woche würden größere sowjetische Waffenlieferungen an das Scheichtum vereinbart. Zuvor hatte sich Kuwait in den Vereinigten Staaten vergeblich um die Lieferung von Stinger-Luftabwehrraketen bemüht.

Seite 2: Die Geier kreisen
Seite 8: Militärische Stärke

Stoiber: Auch aus der CDU kommt der Wunsch nach Strauß in Bonn

WELT-Gespräch mit dem früheren CSU-Generalsekretär / Für „Schulterschluß"

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Sorgen der CSU über die Entwicklung in Bonn seit der Bundestagswahl konkretisieren sich auf zwei Felder: Das Ansehen der Bundesregierung sinke, weil „viele gute Leistungen extrem schlecht verkauft werden" und dadurch beim Wähler das Gefühl entstehe, die in die „Wende" gesetzten Erwartungen würden nicht erfüllt. Und: „Das Bewußtsein ist gewachsen, daß die FDP möglicherweise keine konstante Größe *mehr ist.*" *Das erklärte der frühere* CSU-Generalsekretär und Staatssekretär in der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, bei einem Besuch in der Redaktion der WELT. Für die Zukunft sieht Stoiber in den Themen Umweltschutz und Deutschlandpolitik zwei politische Felder, in denen vor allem die Jugend sich emotional zu engagieren bereit sei.

Ob der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß gleichsam als ‚Nothelfer' nach Bonn gehen werde, mochte Stoiber in dem Gespräch vor den Beratungen des Vorstands seiner Partei („eine ganze normale Sitzung") gestern in München nicht sagen. Falsch sei in jedem Falle die immer wieder in den Medien auftauchende Bewertung, Strauß „habe nichts anderes im Sinn und sein innigster Wunsch sei, Außenminister und Vizekanzler zu werden". Seine persönlichen Wünsche gingen „sicher nicht in diese Richtung." Vielmehr „ist neben den Forderungen der CSU allerdings der wachsende Wunsch auch aus maßgeblichen Kreisen der CDU festzustellen, Strauß solle seine politische Potenz ins Bundeskabinett einbringen". Von Bedeutung sei in jedem Fall die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Spitzen der Koalitionsparteien. Notwendig sei eine „Intensivierung der Zweiergespräche" zwischen Strauß und dem CDU-Vorsitzenden Bundeskanzler Helmut Kohl.

Stoiber ließ in dem Gespräch keinen Zweifel daran, daß die CSU die Koalition mit den Freidemokraten fortsetzen wolle. Wer anderes unterstelle, unterschätze den „Realitätssinn" seiner Partei. Allerdings müsse man sich mit Blick auf die Bundestagswahl 1987 darauf einstellen, daß „die FDP ihr Feld nicht in Ordnung bringt". Zwar solle im Frühjahr nach den Planungen der FDP-Spitze sowohl die Personaldiskussion um den rücktrittswilligen Parteichef Genscher enden als auch die programmatische Aussage der Partei neu gefaßt werden. Er sei „allerdings sehr skeptisch", ob das auch gelingen werde. Man müsse deshalb „als Alternative B" zur Fortsetzung der Dreier-Koalition von CDU, CSU und FDP für die nächste Bundestagswahl überlegen, wie die beiden Unionsparteien zusammen „stärker als Rot und Grün" werden können. „Das verlangt einen abslout engen Schulterschluß von CDU und CSU". Stoiber sprach ausdrücklich davon, daß man „stärker als SPD und Grüne zusammen" werden müßte und nicht von der „absoluten Mehrheit", die dann die FDP auch bei Rückkehr in den Bundestag aus der Regierung fernhalten würde.

Den Ansatz seiner Kritik an der Bonner Politik machte Stoiber in einem Vergleich deutlich.

Während die von der CSU gestellte Bayerische Staatsregierung ein „ungebrochen hohes Ansehen" in der Bevölkerung des Freistaats genieße, werde die Autorität der Bundesregierung jetzt „erstaunlich niedrig" bewertet. Noch vor einem Jahr sei die CSU und die Staatsregierung immer wieder wegen der vielzitierten „Querschüsse aus München" kritisiert worden; heute werde seine Partei gleichsam dazu aufgefordert. Immer wieder werde er bei Gesprächen vor Ort, im Wahlkreis mit der Frage konfrontiert: Wo bleibt die geistig-moralische Erneuerung? Was hat die Wende gebracht? Im immer noch stark ländlich geprägten Bayern habe beispielsweise die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung zum Teil verheerende Folgen. Wäre heute Bundestagswahl, könne das „weit über fünf Prozent" an Wählerstimmen kosten. Auch auf anderen Feldern mangele es an der richtigen Selbstdarstellung *oder auch an Entscheidungsfreudigkeit* in Bonn.

In der Sachpolitik, zuletzt zum Beispiel in der Familienpolitik, sei „viel auf den Weg gebracht" worden. Allerdings werde das nicht in der Öffentlichkeit umgesetzt. Zur Verwirrung und zur Verärgerung traditioneller Unions-Wähler trügen die Zeichen von Entschlußlosigkeit bei. So sei es unverständlich, warum die Abgas-Frage beim Auto in den Herbst hineinverschoben worden sei. Die Sache müsse „jetzt" entschieden werden. Stoiber nannte eine ganze Fehler-Liste aus der Vergangenheit, die von der Informationspolitik beim Zustandekommen des ersten Milliarden-Kredits an die „DDR" über die Diskussion um Erhöhungen im Rahmen der Steuerreform, das Amnestiegesetz („dies hat bleibenden Schaden angerichtet") bis zur Frage reichte, ob das unvermindert eingehaltene Tempo der Haushaltssanierung auch angesichts von Meldungen noch politisch vermittelbar sei, daß uns in den nächsten fünf Jahren Bundesbank-Gewinne von 60 bis 80 Milliarden Mark ins Haus stünden.

Als „emotionales Feld" künftiger politischer Diskussion nannte Stoiber in dem Gespräch mit der WELT das „deutsche Sonderproblem". Uns fehle in allen Auseinandersetzungen „das Gefühl, eine Schicksalsgemeinschaft zu sein", wie es für Franzosen, Engländer und Italiener selbstverständlich sei. „Die Frage der deutschen Identität wird an Bedeutung gewinnen", stellte Stoiber fest. Das könne in einem oder in zehn Jahren sein. Vor allem die jüngere Generation, die heute 15 oder 16jährigen seien an diesem Thema immer stärker interessiert.

Um gegen den „grünen Neutralismus" Front zu machen, komme es für die bürgerlichen Parteien darauf an, mit ihrer konkreten Politik klarzumachen, daß die Menschen in der „DDR" – nicht die Funktionäre – „da drüben keine Kommunisten, sondern in erster Linie Deutsche sind." Die Deutsche Frage dürfe nicht auf die Bundesrepublik Deutschland reduziert werden. Es sei eine „geschichtliche Leistung" von Franz Josef Strauß, daß er „trotz der Verständnisprobleme" in den eigenen Reihen die Weichen für eine solche Deutschland-Politik gestellt habe. Die wirtschaftliche Verflechtung mit der „DDR" könne langfristig dazu beitragen, die Abhängigkeit Ost-Berlins vom Comecon zu lockern und die „DDR" stärker an die Bundesrepublik zu binden.

„Saubere" Autos: FDP sucht jetzt Geschlossenheit

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten zeigten sich gestern bemüht, in der Auseinandersetzung um die Einführung umweltfreundlicher Autos und von bleifreiem Benzin Geschlossenheit zu demonstrieren. Das zeigte sich gestern auf einer *FDP-Präsidiumssitzung*, nachdem sich zuvor führende Freie Demokraten für unterschiedliche Wege zum Erreichen dieses Ziels ausgesprochen hatten. So hatte sich Wirtschaftsminister Martin Bangemann gegen einen Alleingang der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der EG gewandt, während der FDP-Abgeordnete Klaus-Jürgen Hoffie „notfalls" einen solchen Schritt befürwortet hatte. Unterschiedliche Meinungen hatte es auch darüber gegeben, wie Autofahrer zum Kauf abgasarmer Fahrzeuge bewegt werden könnten.

Gestern bekräftigte das Präsidium in Bonn ausdrücklich seine Forderung nach der Einführung solcher Autos und von bleifreiem Benzin zum 1. Januar 1986. Die notwendigen Rahmenbedingungen und technischen Vorgaben sollten vom Bundeskabinett *im September entschieden* werden. Bis dahin soll Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) die erforderlichen Vorlagen erarbeiten. Denn einerseits könnten schon wegen des Tempolimits in den USA die dort gültigen Abgaswerte nicht einfach übernommen werden.

An die EG-Staaten und die Brüsseler Kommission wurde appelliert, sich nicht länger den deutschen Plänen, die wegen der Lage der Bundesrepublik eine besondere Dringlichkeit hätten, zu widersetzen. Wenn allerdings eine europäische Regelung nicht zustande käme, seien zusätzliche, insbesondere marktwirtschaftliche Kaufanreize unverzichtbar. So wurde angeregt, die Kfz-Steuer zu kapitalisieren und diese dem Käufer beim Erwerb für einen mehrjährigen Zeitraum in einer Summe zu erstatten. Abgelehnt wurden, wie von Zimmermann angeregt, Barzuschüsse beim Kauf oder eine Kfz-Steuerbefreiung für mehrere Jahre. Angeregt wurde weiter, die Steuern für bleifreies Benzin und herkömmlichen Treibstoff so zu spreizen, daß umweltbewußte Autofahrer dann spürbar finanziell entlastet werden.

Papandreou spricht mit General Rogers

AP, Athen

Der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, General Bernhard Rogers, ist zu Gesprächen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Papandreou in Athen eingetroffen. Im Mittelpunkt *der Gespräche dürften nach griechischen* Angaben die gespannten Beziehungen Griechenlands zur NATO stehen. Griechenland verweigert wegen eines Streits mit der Türkei über den militärischen Status der ostägäischen Insel Lemnos die Teilnahme an NATO-Manövern. Am Mittwoch hatte Papandreou eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Athen, Monteagle Stearns, über die jüngste Verstimmung zwischen den USA und Griechenland geführt. Athen wirft der US-Regierung vor, sie wolle den Weiterverkauf gebrauchter amerikanischer Flugzeuge von Norwegen an Griechenland verhindern.

Freisprüche in Warschau

dpa, Warschau

Das Bezirksgericht in Warschau hat zwei Polizisten freigesprochen, die wegen des Todes des Abiturienten Grzegorz Przemyk im Mai 1983 angeklagt waren. Gleichzeitig wurden die beiden Sanitäter Michal Wysocki und Jacek Szyzdek zu zweieinhalb beziehungsweise zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah als erwiesen an, daß sie bei dem Transport des Schülers von der Polizeiwache zum Notarzt Gewalt anwandten.

Damit hätten sie ihn schweren Gefahren für sein Leben und seine Gesundheit ausgesetzt. Die Schläge auf den Bauch, durch die der Schüler schwere innere Verletzungen erlitt, lastete das Gericht ihnen nicht an. Den mitangeklagten Ärzten hielten die Richter vor, eine falsche Diagnose gestellt zu haben.

RAF-Wohnung entdeckt

DW. Karlsruhe

Aufgrund eines Hinweises konnte am Wochenende in Karlsruhe ein Ein-Zimmer-Apartment ausgehoben werden, das mutmaßlichen RAF-Terroristen offenbar als konspirative *Wohnung diente. Die Wohnung in der* Bahnhofstraße 1, etwa einen Kilometer vom Bundesgerichtshof, dem Sitz des Generalbundesanwaltes, entfernt, war von der mutmaßlichen Terroristin Christa Eckes angemietet und Anfang Juni dieses Jahres bezogen worden. In dem Apartment hatte sich Stefan Frey aufgehalten. Frau Eckes und Stefan Frey waren am 2. Juli 1984 in Frankfurt festgenommen worden. In dem Apartment konnten ein Buchtext der RAF, ein Waffenreinigungsgerät, mehrere schriftliche Unterlagen sowie ein Gerät zum Auf*finden von Funkfrequenzen sicherge*stellt werden.

Nicht korrekt?

dos. – So ungeheuerlich der Vorgang ist, den der Konkursverwalter der Mainzer Baumaschinen-Holding IBH, Wolfgang Petereit, jetzt an die Öffentlichkeit gebracht hat – der Tatbestand an sich kommt wenig überraschend. Die Unregelmäßigkeiten, die er im Rahmen von Kapitalerhöhungen erkannt hat, dürften als logische Fortsetzung dessen betrachtet werden, was bislang schon an Täuschungsmanövern und Manipulationen zu Tage gefördert wurde.

Der in Untersuchungshaft sitzende IBH-Chef Horst-Dieter Esch hat allem Anschein nach beträchtliche Energien darauf verwandt, die tatsächliche Situation seiner Firmengruppe über Jahre hinweg zu verschleiern. Esch verstand es aber auch, als IBH-Aktionäre Unternehmen zu gewinnen, die zu den ersten Adressen zählen und vor allem deshalb Vertrauen einflößten.

Eben diese Adressen – General Motors und die britischen Firmen Babcock und Powel Duffryn – haben sich nach der Überzeugung Petereits bei der IBH-Kapitalerhöhung nicht korrekt verhalten. Statt der ausgewiesenen Bareinlage sei eine verdeckte Sacheinlage erfolgt; das Bargeld – so der Vorwurf – floß umgehend zurück. Der Konkursverwalter glaubt, für seine Anschuldigung griffiges Beweismaterial zu haben, und will, weil einmal mehr nur zum Schein etwas realisiert wurde, klagen. Die IBH-Gläubiger werden dies mit Interesse verfolgen. Sie sollten ihre Erwartungen allerdings nicht allzu hoch hängen. General Motors zumindest reagierte überaus kühl und verweist auf eigene Ansprüche gegenüber IBH.

Ernüchterung

fu (London) – Mehr als ernüchternd für die Regierung Thatcher ist das Ergebnis einer Umfrage, die im Gefolge der jüngsten Pfund-Schwäche sowie vor dem Hintergrund der Arbeitskämpfe im britischen Kohlebergbau und in den Häfen des Landes durchgeführt wurde. Wenn 50 Prozent der befragten Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer britischer Unternehmen antworten, ihr Vertrauen in die Regierung sei seit dem Wahlsieg im letzten Jahr gefallen, dann kann das nur heißen, daß sie die Führungsqualitäten der Premierministerin anzweifeln. Dies verstärkt sich noch, weil die Mehrheit der Direktoren befürchtet, der jüngste künftige Zinsanstieg würde der Wirtschaft des Landes Schaden (52 Prozent) oder sogar erheblichen Schaden zufügen (14 Prozent). Dagegen gehen 50 Prozent davon aus, daß der Schaden für ihr eigenes Unternehmen nur marginal sei, und lediglich 33 Prozent befürchten einen Schaden (neun Prozent einen erheblichen Schaden) für ihr Unternehmen. Wie es aussieht, setzen die britischen Vorstände auf ihre eigenen Fähigkeiten.

Kritik an den Demokraten

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Auf ihrem Parteikonvent in San Francisco verabschieden die Demokraten ein Wirtschaftsprogramm, das mit stark liberaler Feder geschrieben ist und zu einem drastischen Kurswechsel in den USA führen würde, falls ihr Kandidat am 20. Januar ins Weiße Haus einzieht. Es verspricht eine Rückkehr zu teuren Sozialgeschenken, Steuerkorrekturen zu Lasten der Reichen sowie staatliche Industrieförderung hinter höheren Handelsschranken.

An der Wall Street hat die WELT mehreren Bankern, Brokern und Devisenhändlern die Frage gestellt, wie die Reaktion auf einen demokratischen Präsidenten, der Walter Mondale heißt und schon als Vizepräsident unter Jimmy Carter die Marktgesetze zu verbiegen versuchte, sein würde. Ihre Antwort: Die Aktienkurse stürzen wie ein Stein; die enorme Inflationsgefahr erhöht das Währungsrisiko derart, daß Ausländer Kapital wieder abziehen. Der Dollar gerät ins Trudeln.

Allgemein wird befürchtet, daß die riesigen Haushaltsdefizite bei einer noch größeren demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhaus und einer spendierfreudigen Administration noch zunehmen werden. Die Aussicht auf eine Beschneidung der Steuervorteile für Unternehmen, die ihnen unter Präsident Reagan 1981 zugestanden wurden, und die wieder galoppierende Steuerprogression torpediere, so heißt es, die Spar- und Investitionsbereitschaft. Gerechnet wird mit einer Fülle neuer staatlicher Vorschriften, die zuletzt nur noch mühsam von den Republikanern abgebaut werden konnten.

Obwohl besonders in den USA Wahlplattformen politischen Zwängen unterliegen und nicht unbedingt wörtlich zu nehmen sind, ist an radikalen Weichenstellungen der Demokraten nicht zu zweifeln. Das schon deswegen, weil ihre Philosophie in vielen Bereichen der Reaganschen diametral entgegengesetzt ist. Es sieht zum Beispiel so aus, daß unter Mondale ein Teil der 25prozentigen Einkommensteuerkürzung, vermutlich zehn Prozent, ebenso zurückgenommen würde wie die 1985 beginnende Indexierung der Einkommensteuer. Nämlich nur so ließe sich die Aufblähung der Bundesausgaben finanzieren.

Zu denken geben Sätze wie diese: „Wir wollen wieder einen steigenden Lebensstandard"; „Jedem Amerikaner bieten wir einen sicheren und produktiven Arbeitsplatz" und „Unser Ziel ist die Kooperation, gestützt von Handels-, Steuer- und Finanzregulationen". Als ob die implizierten Politiken Amerika Ende der 70er Jahre nicht in eine Krise getrieben hätten, die erst im dritten Reagan-Jahr beendet worden ist. Im Klartext bedeutet dies neue Umverteilungs- und Beschäftigungsprogramme.

Ausländer müssen davon ausgehen, daß eine demokratische Administration zusammen mit einem protektionistischer gestimmten Kongreß die Altindustrien mit noch höheren Schutzmauern umgibt. Sie werden ausdrücklich als lebenswichtig für die USA bezeichnet.

Gefordert wird eine „gesunde US-Automobilindustrie". An die Adresse Japans und Europas gerichtet heißt es: „Es ist ein gesundes Prinzip im internationalen Handel, daß ausländische Autohersteller, die in Amerika umfangreiche Verkäufe tätigen, hier auch investieren und dort Arbeitsplätze schaffen, wo ihre Märkte sind." Es ist mithin verfrüht, die sogenannte „Local Content Bill" für tot zu erklären.

Die Demokraten verurteilen aufs schärfste Präsident Reagans Wirtschaftspolitik. Ihm wird sogar vorgeworfen, die Exporte zu besteuern und die Importe zu subventionieren. An der Dollarschraube soll also in jedem Fall gedreht werden. Das amerikanische Steuersystem wird insgesamt als zu komplex und unfair beschrieben. Diese „ungesunde Politik, die große Unternehmen und die Reichen bevorzugt", soll ebenfalls revidiert werden.

Dem „nicht zu tolerierenden Haushaltsdefizit" wollen die Demokraten durch Überprüfung des Verteidungsetats, die Schaffung eines adäquaten und fairen Abgabensystems sowie durch Eindämmung der explodierenden Gesundheitskosten und „anderer unnötiger Ausgaben" zu Leibe rükken. Konkrete Vorschläge fehlen; abgelehnt wird der von Reagan empfohlene Verfassungszusatz, der den Kongreß zum Haushaltsausgleich verpflichten würde. Mit Sicherheit würde der militärische Bereich am stärksten beschnitten.

EG-KOMMISSION / Bericht zu den mittelfristigen Aussichten der Mitgliedsländer

Europa läuft Gefahr, gegenüber den USA und Japan Boden zu verlieren

WILHELM HADLER, Brüssel

Ziemlich düster stellen sich nach Meinung der EG-Kommission die mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten Europas dar: In einem Bericht an den Ministerrat schreibt die Brüsseler Behörde, zwar schwäche sich die seit Mitte der siebziger Jahre anhaltende Wirtschaftskrise in letzter Zeit ab, die Gemeinschaft laufe jedoch Gefahr, in den verbleibenden Jahren dieses Jahrzehnts erneut eine relative Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Position zu erfahren.

Während in den Vereinigten Staaten ein kräftiger Aufschwung im Gang sei, der mit einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit einhergehe und während Japan ein Wachstum aufweise, das ihm die Beibehaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus ermögliche, gebe die europäische Entwicklung nach wie vor Anlaß zu Besorgnissen.

Als Gründe nennt die Kommission eine „übermäßige Verkrustung" der Märkte und der wirtschaftlichen Strukturen, hohe Produktionskosten, unzureichende produktive Investitionen, eine Verlangsamung der Produktivitätsfortschritte, Verzögerungen in der Entwicklung neuer Technologien, eine wenig effiziente Nutzung der Forschungsergebnisse sowie „wenig aufgeschlossene Verhaltensweisen gegenüber dem Wandel" und eine „zuweilen falsche Ausrichtung" der Wirtschaftspolitiken.

Eine Umkehrung dieser Tendenzen erfordert nach ihrer Ansicht sowohl besser integrierte europäische Märkte wie eine verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer. Selbst bei einer größeren wirtschaftlichen Konvergenz könnte allerdings die Beschäftigungslage ernst bleiben. Unerläßliche Grundlage für die Umstrukturierung der Wirtschaft sei eine bessere „Nutzung des europäischen Raumes". Die Unternehmen müßten „auf diese unerläßliche Öffnung bauen können", um Kosteneinsparungen bei der Produktion, den Investitionen, der Forschung und dem Vertrieb erzielen sowie die technologische Entwicklung beschleunigen zu können. Ebenso gelte es, durch eine Integration der Finanzmärkte eine rationellere Nutzung der Spar- und Finanzierungskapazität der Gemeinschaft sicherzustellen.

Das Fehlen einer wirklichen Währungseinheit in der EG – eine im amerikanischen und japanischen Raum erfüllte Bedingung – hindere die europäischen Unternehmen erheblich bei ihren Bemühungen, den auf zahlreichen Gebieten bestehenden Rückstand aufzuholen, meint die Kommission. Der Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) sei der „vorrangige Weg", um diesem grundlegenden Erfordernis der Einheit nachzukommen.

Die wirtschaftspolitischen Auffassungen haben sich nach dem Eindruck der Kommission in den einzelnen Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren tendenziell angenähert: „Die Stabilität und insbesondere das außenwirtschaftliche Gleichgewicht sind zu vorrangigen Zielen geworden, deren Verwirklichung als Vorbedingung für jegliche Verbesserung der Beschäftigung angesehen wird."

Trotzdem müsse sich die Wirtschaftspolitik bemühen, „das Streben nach wirtschaftlicher Effizienz mit einem besseren wirtschaftlichen Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt zu vereinbaren", heißt es in dem Dokument. Eine verstärkte Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, eine gewisse Änderung der relativen Entlohnung, der Produktionsfaktoren, ein gegenüber der Vergangenheit größerer Anreiz zur Verwirklichung von Erweiterungsinvestitionen seien unerläßliche Voraussetzungen dafür, daß „Wachstum zu einer Schaffung von Arbeitsplätzen führt".

Letztlich werde allerdings die öffentliche Hand voraussichtlich geeignete Maßnahmen prüfen und (unter Beachtung der Wettbewerbszwänge) treffen, um die Arbeitszeit zu Gunsten der Beschäftigung zu ändern. „Auf jeden Fall wird die wirtschaftliche Umstrukturierung gesellschaftlich nur dann akzeptabel sein, wenn durch flankierende Maßnahmen dafür gesorgt wird, daß ihre Auswirkungen unter humanem Aspekt gemildert werden und die notwendigen Umstellungen nicht zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit führen."

OST-WEST-HANDEL

Auch Personal-Computer kommen auf Embargo-Liste

WILHELM FURLER, London

Nach langem Hin und Her haben sich die Mitgliedsländer des Koordinierungsausschusses für Ost-West-Handel (Cocom) jetzt auch über den letzten Konfliktbereich ihrer Embargo-Liste geeinigt. Wie ein Sprecher des Ministeriums für Handel und Industrie in London gegenüber der WELT erklärte, schließt die Cocom-Liste für Waren, deren Ausfuhr in den Ostblock verboten oder beschränkt ist, künftig auch Computer einschließlich leistungsstärkerer Personal-Computer, Computer-Software und computerisierte Telekommunikations-Systeme ein.

Angaben der Londoner Tageszeitung „Financial Times" zufolge zeigten sich die Vertreter der USA, die intensiv für härtere Kontrollen gefochten haben, mit dem in Paris erzielten Kompromiß durchaus zufrieden. Der Sprecher des britischen Handels- und Industrieministeriums nannte ihn einen „Sieg der Vernunft".

Nach der Vereinbarung werden die 14 westlichen Mitgliedsländer des Cocom-Gremiums alles daran setzen, Computer bis herab zu Personal-Computern mittlerer bis großer Leistungsstärke sowie deren Software nicht in die Hände des Ostblocks gelangen zu lassen. Gleiches gilt für hochtechnologische Telefon-Zentralen und -Ausrüstungen.

Dem Cocom-Embargo-Gremium gehören Japan und alle NATO-Länder mit Ausnahme Islands an. Während der vergangenen zwei Jahre ist die Liste der Export-Kontrollen, mit der verhindert werden soll, daß militärisch einsetzbare Technologie vom Westen in den Ostblock gelangt, völlig neu überarbeitet worden. Dabei waren Computer und Computer-Software besonders umstritten.

Letztlich konnten die USA ihre Partnerländer aber überzeugen, daß auch die im Westen überall erhältlichen Personal-Computer im höheren Leistungsbereich (etwa vom Typ „Apple 2") für militärische Zwecke durchaus verwendbar sind. So setzen die USA selbst den Apple-Computer für die Steuerung nuklearer Flugkörper ein. Erstmals erscheinen nach dem Pariser Kompromiß auch Computer-Software sowie hochtechnologische Telekommunikations-Ausrüstungen auf der Cocom-Liste.

Großbritannien und Frankreich haben sich bislang am stärksten gegen die von den USA angestrebte Ausweitung der Cocom-Liste auf kleine Computer einschließlich Software sowie Telekommunikations-Anlagen gesträubt. So hat Frankreich erst vor kurzem eine komplette Zentrale für das Leningrader Telefonnetz geliefert. Und British Telecom verhandelt gegenwärtig mit Bulgarien über die Lieferung des neuen, Computer-gesteuerten Telefon-Systems „X". Letztlich konnte sich Washington weitgehend mit seiner Auffassung durchsetzen, daß auch in hochtechnologischen Telefon-Computern militärisches Potential steckt.

AUF EIN WORT



„Mit dem eigenen Auto auf gut ausgebauten Straßen schnell und sicher ans Ziel kommen, das möchte jeder. Doch Straßenbau? – Nein, danke!"

Peter Schumacher, Präsident des Bundesverbandes Steine und Erden.
FOTO: DALLARIN

Reges Interesse an Privatisierung

VWD, Bonn

Immer mehr Privatunternehmen wollen öffentliche Leistungen in eigene Regie übernehmen. In der jüngsten Ausgabe der DIHT-Privatisierungsbörse sind 70 Betriebe neu aufgenommen worden, die bisher von der öffentlichen Hand erbrachte Aufgaben anbieten wollen. Insgesamt gibt es 170 Nachfragen an der Börse, denen allerdings nur fünf öffentliche Angebote gegenüberstehen. Angesichts dieses regen Interesses der Privatunternehmen fordert der Deutsche Idustrie- und Handelstag (DIHT) die öffentliche Hand, besonders die Kommunen auf, endlich ihre Abwehr gegenüber der Privatisierung aufzugeben. Die Nachfragen an der DIHT-Börse konzentrieren sich auf die Bereiche „Gebäude- und sonstige Reinigung", „Abfallbeseitigung", Garten- und Landschaftsbau" und „Grünflächenpflege" sowie „Druckerei".

ZINSEN

Sparkassen weisen Vorwürfe der Notenbank zurück

rtr, Bonn

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat am Montag Kritik aus der Deutschen Bundesbank am Spareckzins von unverändert drei Prozent zurückgewiesen und seinerseits die Geldpolitik der Bundesbank als „irritierend" beschrieben.

Angesichts der derzeitigen Konjunkturlage könnte eine generelle Zinserhöhung die Wirtschaftsentwicklung beeinträchtigen, wie der Verband weiter erklärt. Deshalb habe die Diskonterhöhung der Bundesbank auf 4,5 von vier Prozent überrascht. Die Bundesbank habe die Anhebung bei gleichzeitiger Erhöhung der Rediskontkontingente damit begründet, daß sie zur technischen Umstellung der Geldpolitik dienten.

Wenn damit der Diskont allein marktnäher gestaltet werden sollte, dann sei dieser Schritt „durchaus akzeptabel", erklärt der Verband. Eine solche Neuordnung der Notenbanksätze müßte aber „situationsgerecht im Rahmen einer restriktiven Geldpolitik, nicht aber in einer wieder etwas labiler gewordenen Konjunktursituation wie gegenwärtig" vorgenommen werden, kritisieren die Sparkassen. Immerhin sei damit die Gefahr verbunden, daß eine solche Maßnahme als „Zinsanhebungssignal" verstanden wird. „Offenbar war dies aber die Hoffnung einiger Vertreter der Bundesbank, denn sonst wäre die Kritik an der Höhe der Sparzinsen nicht verständlich", heißt es weiter.

Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger hatte Anfang Juli erklärt, der Abstand des Zinses für Sparkonten mit gesetzlicher Kündigungsfrist zu den sonstigen Sätzen sei selten so hoch gewesen wie zur Zeit.

TEXTILINDUSTRIE

Dem Export kommt künftig eine Schlüsselrolle zu

HANNA GIESKES, Bonn

„Der deutschen Textilindustrie ist es gelungen, sich von der Talsohle zu lösen." Das ist das Fazit einer Branchenuntersuchung der Commerzbank. Zwar seien die Chancen für einen länger anhaltenden Aufschwung noch vorsichtig zu beurteilen, jedoch erscheine ein durchschnittliches reales Wachstum von ein bis 1,2 Prozent in den Jahren 1984 bis 1988 „durchaus realisierbar", heißt es weiter.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres registrierte die Branche einen Auftragszuwachs von 9,5 Prozent. Dabei stiegen die Bestellungen aus dem Ausland um 21,8 Prozent, während die Inlandsaufträge um 5,7 Prozent zunahmen. So trägt vor allem das Ausland die Hoffnungen dieses Wirtschaftszweiges: Dem Export komme in Zukunft eine Schlüsselrolle zu, prophezeit die Commerzbank. Die Produktion sei ebenfalls gestiegen, heißt es weiter. Bereits im zweiten Quartal 1983 verwandelte sich das bisherige Minus in ein mageres Plus von 0,6 Prozent; im vierten Quartal 1983 lag der Zuwachs bei drei Prozent, und in den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden rund fünf Prozent mehr gefertigt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Die Belebung habe fast alle Bereiche des Textilgewerbes erfaßt, berichtet die Commerzbank. Möbel- und Dekorationsstoffe profitierten von der Konjunktur im Wohnungsbau, Teppiche und beschichtete Gewebe von der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen.

Trotz hoher Lohnkosten bleibe die Branche wettbewerbsfähig, heißt es weiter. Ausschlaggebend dafür seien der hohe Automatisierungsgrad und das technische Know-how der deutschen Textilindustrie.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Beheizungen für Neubauwohnungen

Beheizungsarten – alle Neubauwohnungen = 1000

	Gas	Öl	Strom
Schleswig-Holstein	575	285	67
Hamburg	785	69	45
Niedersachsen	694	199	41
Bremen	805	130	10
Nordrhein-Westfalen	695	160	84
Hessen	577	324	54
Rheinland-Pfalz	553	366	55
Baden-Württemberg	460	333	102
Bayern	306	546	36
Saarland	454	270	88
Berlin (West)	162	599	50
Bundesgebiet (einschl. West-Berlin)	504	341	66

imu 84 0718 — Berichtsjahr 1982 — Quelle: Energie + Technik

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Entwicklung im privaten Energieverbrauch – insbesondere in der Wohnungsbeheizung – gewandelt. Bautechnische Maßnahmen zum Wärmeschutz, sparsame Heizungstechniken und der Trend weg vom Öl veränderten die Struktur der Energiebedarfsdeckung. Der Verbrauch an leichtem Heizöl sank um rund 22 Prozent, der *Anteil ölbeheizter Wohnungen ging von 57 Prozent auf 48 Prozent zurück.* Strom und Fernwärme behielten das gleiche Gewicht. QUELLE: IMU

Autoimporteure: Nicht vom Streik profitiert

Frankfurt (dpa/VWD) – Die ausländischen Autoproduzenten haben *nach Darstellung des Verbandes der* Importeure von Kraftfahrzeugen (VDIK) nicht von dem Arbeitskampf in der deutschen Metallindustrie profitiert. „Die Verunsicherung potentieller Autokäufer wegen der wirtschaftlichen Folgen des Streiks, aber auch wegen der Unklarheit über die künftigen Abgasvorschriften haben Kaufzurückhaltung ausgelöst, die auch Importeure zu spüren bekamen", schreibt der Verband in einer in Frankfurt veröffentlichten Pressemitteilung. Nach Überzeugung des VDIK ist es keinem ausländischen Autoanbieter gelungen, während des Streiks in der Bundesrepublik wesentlich mehr Autos als normalerweise zu verkaufen.

Kuwait: Öl für 221 Jahre

Manama (VWD) – Zwischen zwölf und 221 Jahre werden die Ölländer am Arabischen Golf bei Beibehaltung der derzeitigen Förderraten über Ölvorräte verfügen. Das geht aus einer Studie hervor, die von der Organisation Arabischer erdölexportierender Länder (OAPEC) in Manama vorgelegt wurde. Danach verfügt Saudi-Arabien über Erdölreserven von schätzungsweise 165,3 Mrd. Barrel, die bei Aufrechterhaltung des derzeitigen Fördervolumens für rund 68 Jahre reichen würden. Die Reserven Kuwaits werden mit 67,1 Mrd. Barrel veranschlagt, was einer Reichweite von 221 Jahren entspräche. Am Ende der Liste steht Bahrain mit zwölf Mill. Barrel bzw. zwölf Jahren.

Rubel-Kurs geändert

Frankfurt (VWD) – Die Staatsbank der UdSSR hat nach Mitteilung der Dresdner Bank mit Wirkung vom 16. Juli den Kurs des Rubels gegenüber der DM auf 28,93 Rubel für 100 Mark neu festgelegt. Der seit dem 1. Juli 1984 gültige Kurs lautete 29,10 Rubel für 100 Mark. Das neue Kursverhältnis Rubel/DM stellt sich auf 3,4566 (bisher 3,4365) Mark.

Dollar schwächer

Frankfurt (rtr) – Der US-Dollar ist am Montag an den europäischen Devisenmärkten weiter zurückgefallen. Beim Fixing an der Frankfurter Devisenbörse wurde der Mittelkurs mit 2,8204 DM festgestellt, über zwei Pfennig schwächer als am Freitag mit 2,8434 DM. Die Bundesbank gab Händlern zufolge zum Spitzenausgleich 4,4 (33,8) Mill. Dollar an den Markt ab. Das Gold präsentierte sich zum Wochenanfang deutlich erholt. Beim ersten Londoner Fixing wurden für die Feinunze 352,25 Dollar nach 345,00 Dollar beim Nachmittagsfixing am Freitag bezahlt.

Reale Umsatzeinbuße

Berlin (AP) – Mit einem nominal um zwei Prozent gestiegenen Umsatz von 15,3 Mrd. Mark hat der Berliner Einzelhandel das Geschäftsjahr 1983 abgeschlossen. Real bedeute das Ergebnis allerdings eine Umsatzeinbuße von einem halben Prozent, berichtete der Vorsitzende des Gesamtverbandes des Berliner Einzelhandels, Andreas Howaldt. Damit habe der Einzelhandel in der geteilten Stadt seit 1979 keinen realen Umsatzzuwachs mehr erreichen können. Für 1984 rechnet Howaldt mit einem ausgeglichenen Wirtschaftsjahr oder mit einem realen Minus von bis zu 0,5 Prozent.

Neues Messe-Gesicht

Frankfurt (dpa/VWD) – Ein verändertes Gesicht wird die 73. Internationale Frankfurter Herbstmesse vom 25. bis 29. August 1984 zeigen. Die Produktangebote der acht Fachmessen werden nach Angaben der Messeleitung nach der Nachfrageverwandtschaft neu geordnet und zum Teil neu positioniert. Rund 3400 Anbieter stellen Konsumgüter für den gehobenen Bedarf aus 56 Ländern vor. Erwartet werden Facheinkäufer aus fast 80 Ländern.

Gebrauchtwagen billiger

Stuttgart (dpa/VWD) – Nachgebende Preise sind bei Gebrauchtwagen fast aller Hubraumklassen zu beobachten, obwohl die Besitzumschreibungen im Vergleich zum Vorjahr eine deutlich steigende Tendenz zeigen. Dies berichtet die Deutsche Automobil Treuhand GmbH (DAT), Stuttgart, in ihrem jüngsten Marktreport. Eine Ausnahme im Preistrend der Gebrauchtwagen stellt nach wie vor die „Einsteigerklasse" bis 1300 ccm Hubraum dar, in der die Preise stabil geblieben seien.

DEVISEN

Die landesweiten Streiks drücken auf den Pfundkurs

WILHELM FURLER, London

Der Wert des britischen Pfundes konnte sich insbesondere gegenüber den kontinentaleuropäischen Währungen trotz der jüngsten zweimaligen Zinsanhebungen um insgesamt 2,75 Prozent immer noch nicht stabilisieren. Hier kommen insbesondere Befürchtungen über eine Eskalation des landesweiten Hafenarbeiter-Streiks und über eine Fortsetzung der Kampfmaßnahmen im Kohlebergbau bis möglicherweise in den Winter hinein zum Ausdruck.

Gleich zu Beginn des Montag-Handels kam es an den Devisenmärkten zu deutlichen Kursverbesserungen der kontinentalen Währungen gegenüber dem Pfund Sterling. Der handelsgewichtete Index des Pfundes gegenüber einem Währungskorb gab zunächst um 0,4 Prozent auf 77,8 Punkte nach, erholte sich im Verlauf des Tages aber auf 78 Punkte. Am Freitag hatte er bei 78,2 Punkten geschlossen.

Schwäche zeigte das Pfund insbesondere gegenüber der D-Mark. Im Vergleich zu Freitag schwächte sich die Parität zunächst von 3,7513 DM um nahezu drei Pfennige ab, bevor sich der Kurs bei 3,7538 DM einpendelte. In Frankfurt fiel der Pfundkurs von 3,7410 auf 3,7310 DM. Lediglich gegenüber dem unter gewissen Vorkaufsdruck geratenen Dollar (Gewinnmitnahmen) blieb die britische Währung unverändert.

Schon häufen sich in der Londoner City die Mutmaßungen, daß eine weitere Zinserhöhung unumgänglich sein werde. Immerhin hat sich der handelsgewichtete Wert des Pfundes seit Anfang 1981 um rund 25 Prozent verringert.

WOHNUNGSMARKT / In den Ballungsräumen gehen die Mieten teilweise zurück

Preisrutsch bei Häusern in München

dpa/VWD, Eschborn

Die Mieten in den Ballungsräumen der Bundesrepublik zeigen zur Zeit keine eindeutige Tendenz. Während sich in Hamburg und München besonders starke Rückgänge zeigten, blieben die Mietpreise in Stuttgart und Frankfurt relativ stabil. Dies ergibt der VWD-Immobilienspiegel, der in Zusammenarbeit mit Maklern in fünf Großstädten zusammengestellt wurde.

In Hamburg ist von der Mieterseite aus gesehen der Markt ausgeglichen, während die Vermieter bereits ein Überangebot registrieren. Bei einer Warmmiete über 1000 DM wird die Vermietung einer Drei-Zimmer-Wohnung schon schwieriger. Die Drei-Zimmer-Wohnung mit 80 qm, Bad und Zentralheizung sei zwischen 6,50 und 10,00 DM/qm zu haben. Auch an dem seit jeher als teuer geltenden Münchener Markt geraten die Mieten ins Rutschen. Bei Neuvermietungen wird im Vorjahresvergleich ein Nachgeben der Mieten um rund zehn Prozent registriert. Wenn bisher 15 DM/qm als Äußerstes galt, was Mieter noch zu zahlen bereit waren, so sind es derzeit nur noch etwa 13,50 DM. Bei Häusern gehen die Mieten „enorm zurück". Über 1200 DM Nettomiete (Drei-Zimmer-Wohnung mit 80 qm) gibt es ein reichliches Angebot. Unter 1000 DM wird es allerdings in München knapp.

Das große und reichhaltige Mietraumangebot in Düsseldorf hat zu einer tendenziellen Zurücknahme der Forderungen bei Neuvermietungen geführt. In guten Wohnlagen ist Wohnraum je nach Ausstattung zwischen zehn und zwölf DM pro qm angeboten. Für ältere Wohnungen außerhalb ausgesprochen bevorzugter Lagen werden Mieten zwischen sechs und acht DM pro qm genannt. Im Großraum Frankfurt wird die Marktlage bei Mietwohnungen von Maklerfirmen seit Monaten bei wenig veränderten Mietpreisen und recht lebhaftem Vermittlungsgeschäft als recht ausgeglichen bezeichnet. Die Mietpreise haben je nach Ausstattung und Wohnlage eine breite Skala zwischen zehn und 20 DM pro qm, der echte Querschnitt sei aber eher bei etwa elf bis zwölf DM anzusiedeln. Stark gefragt sind vor allem Ein- bis Dreizimmerwohnungen.

In Stuttgart gibt es ein gutes Angebot an Mietwohnungen, dem eine stabile Nachfrage gegenübersteht. Die Quadratmeterpreise haben sich binnen Jahresfrist kaum verändert. Die derzeitige Spanne reicht von etwa fünf DM in Altbauten mit Kohleofenheizung und oftmals ohne Bad bis zu 12/14 DM für moderne, sehr komfortabel ausgestattete Wohnungen in sehr guten Stuttgarter Wohnlagen. Der Schwerpunkt für „normale" Wohnungen dürfte unverändert bei zehn DM/qm liegen.

ITALIEN / Werkzeugmaschinen-Nachfrage deutet auf steigende Investitionen hin

Branche hat Rezession überwunden

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die italienische Nachfrage nach Werkzeugmaschinen, untrügliches Anzeichen für eine Belebung der Investitionen, steigt seit Anfang dieses Jahres nach einer mehr als drei Jahre gedauerten Rezessions- und Stagnationsphase wieder an. In den ersten drei Monaten zogen die Inlandsaufträge gegenüber der Vergleichszeit um 49 Prozent an, die aus dem Ausland sogar um 79 Prozent. Trotzdem lagen damit die Ordereingänge noch immer unter den Resultaten der Zeit vor der Krise.

Zu der starken Nachfragebelebung auf dem Binnenmarkt trug außer der verbesserten Konjunktur auch das im Dezember vorigen Jahres in Kraft getretene Fördergesetz bei, das beim Maschinenkauf Zuschüsse aus Staatsmitteln vorsieht. Insgesamt hat der Staat für diese Fördermittel 185 Mrd. Lire (rund 300 Mill. DM) zur Verfügung gestellt, womit eine Investitionssumme von insgesamt 750 Mrd. Lire mobilisiert werden soll. Das entspricht rund 80 Prozent des Absatzes von Werkzeugmaschinen in Italien im vergangenen Jahr.

Im Jahre 1983 setzten die italienischen Werkzeugmaschinenunternehmen 1575 Mrd. Lire um, 15 Mrd. Lire mehr als im Jahr vorher. Inflationsbereinigt trat eine Abnahme von 4,8 Prozent ein. In der Branche sind derzeit etwa 400 Unternehmen mit zusammen 30 800 Beschäftigten tätig. Nach Umsatz und Produktionsvolumen stehen die italienischen Werkzeugmaschinenproduzenten weltweit an fünfter Stelle. Übertroffen wird die Branche nur von Japan, den USA, der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Ebenfalls auf Platz fünf der Weltrangliste steht sie im Export. In diesem Fall wird sie nur von der westdeutschen Konkurrenz, Japan, der Schweiz und der „DDR" übertroffen.

Im Jahre 1983 exportierte Italien Werkzeugmaschinen im Wert von 900 Mrd. Lire, 20 Mrd. Lire oder 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Real trat dagegen eine Verminderung von 4,4 Prozent ein. Im Jahr vorher hatte real eine Abnahme von 13 Prozent stattgefunden. Da die Importe um 2,2 Prozent auf 276 Mrd. Lire, real um 8,5 Prozent, zurückgingen, erhöhte sich der Aktivsaldo im italienischen Außenhandel von Werkzeugmaschinen, der schon im Vorjahr zugenommen hatte, weiter von 598 auf 624 Mrd. Lire. Größter Absatzmarkt waren die Länder der Gemeinschaft mit zusammen 33,1 Prozent, 2,8 Prozentpunkten mehr als im Vorjahr. An zweiter Stelle stand der Ostblock mit etwas über 14 Prozent (davon UdSSR 11 Prozent).

Auf dem Inlandsmarkt ging der Absatz von Werkzeugmaschinen um 1,1 Prozent auf 951 Mrd. Lire zurück, preisbereinigt um 6,5 Prozent. Die Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr ist unverkennbar: Im Jahre 1982 war eine Abnahme von 19 und 25,7 Prozent eingetreten. 1984 wird von Branchenexperten mit einer leichten Zunahme gerechnet. Sie dürfte aber ausreichen, um die Preiserhöhungen durchzusetzen, die in den vergangenen zwei Jahren wegen der schlechten Konjunktur nicht möglich waren. 1983 stiegen die Preise für italienische Werkzeugmaschinen durchschnittlich um fünf bis sechs Prozent, bei einer Inflationsrate von beinahe 15 Prozent.

USA / Pharmakonzern zahlt Millionen Schadenersatz

Hohe Prozeßkosten gespart

rtr, Cincinnati

Die Pharma-Tochter des US-Chemiekonzerns Dow Chemicals Co, Merrell Dow Pharmaceuticals Inc, will den durch ihr Arzneimittel Bendectin geschädigten Personen 120 Millionen Dollar zahlen. Ein Sprecher der Gesellschaft sagte, man habe sich im Rahmen eines außergerichtlichen Vergleichs bereiterklärt, einen Fonds über 120 Millionen Dollar zu bilden. Mit den Anwälten der Kläger, die Bendectin für Geburtsschäden verantwortlich machen, sei somit ein ökonomischer Weg gefunden, die gerichtliche Kontroverse um das inzwischen vom Markt gezogene Arzneimittel in Form von mehr als 700 Klagen zu beenden.

Auf der Basis des außerordentlichen Vergleichs wird Merrell Dow die 120 Millionen Dollar innerhalb von 20 Jahren in einen gerichtlich überwachten Fonds zahlen, aus dem Schadensersatzansprüche und Gerichtskosten befriedigt werden. Die erste Rate von 40 Millionen Dollar wird Merrell Dow in etwa einem Monat in den Fonds einzahlen müssen. Bendectin als Mittel gegen Übelkeit und Erbrechen während der Schwangerschaft war nach Angaben der Gesellschaft in mehr als 33 Millionen Fällen angewendet worden. Die ersten Klagen darüber, daß das Medikament Geburtsschäden verursacht habe, waren im Jahre 1977 erhoben worden.

Der Präsident des Pharmaunternehmens, David Sharrock, sagte, er halte Bendectin weiterhin für unbedenklich. Man habe sich auf den Vergleich eingelassen, weil man nicht riesige Prozeß- und Personalkosten für ein Produkt verkraften wolle, das gar nicht mehr hergestellt werde.

Nach einem Bericht der britischen Tageszeitung „Guardian" vom Montag lehnt Merrell Dow einen entsprechenden außergerichtlichen Vergleich für Europa ab. Unter Berufung auf einen für Merrell Dow in Großbritannien arbeitenden medizinischen Direktor schreibt die Zeitung, Merrell Dow werde sich in Europa gegen alle Bendectin-Schadensansprüche, die bereits geltend gemacht worden sind oder noch werden, zur Wehr setzen. In Großbritannien wollten 70 Elternpaare Schadensanspruch gegen Merrell Dow stellen.

MERIDIEN-HOTELS / Rund 84 Prozent des Umsatzes werden im Ausland erzielt

Starköche im Dienste des Exports

JOACHIM SCHAUFUSS, New York

Die französische Lebenskunst in alle Welt zu tragen und dem Export nutzbar zu machen, hatte sich die zur staatlichen Air France gehörende Hotelgesellschaft Meridien schon bei ihrer Gründung vor elfeinhalb Jahren zum Ziele gesetzt. Sie stützt sich dabei in letzter Zeit immer mehr auf ihre Luxusrestaurants, deren fünf besten inzwischen von Frankreichs berühmtesten, mit drei Michelin-Sternen ausgezeichneten Köchen regelmäßig betreut werden. Von Paul Bocuse, der in Rio den Reigen eröffnete, bis zu Alain Senderens, der seit zwei Jahren das „Maurice" in New York betreut.

Die fünfte Inspektionsreise des Küchenchefs und Eigentümers des berühmten Pariser Schlemmerrestaurants L'Archestrate brachte nicht nur gastronomische Höhepunkte. Sie diente auch der Bilanzziehung: Das erst 1981 eröffnete „Maurice" wird heute von der örtlichen Fachpresse überwiegend als das beste Restaurant New Yorks bezeichnet. Es gehört allerdings auch zu den teuersten.

Zwischen 50 und 100 Dollar zuzüglich 20 Prozent Bedienung sind für ein abgerundetes Menü auszugeben, wenn man sich mit kalifornischem Wein begnügt. Viele Amerikaner trinken allerdings immer noch Wasser oder Kaffee zum Hummer mit Vanillesoßenbutter. Auch das Meridien-Parker-Hotel, zu dem das „Maurice" gehört, verlangt gepfefferte Preise: für ein Single 135 bis 195 Dollar die Nacht. Aber hier wie dort ist man fast immer voll belegt.

„Wir sind von allen 43 Meridien-Hotels mit Abstand das rentabelste", versichert Hotel- und Restaurantdirektor Robert Bergé. Den wichtigsten Grund seines Geschäftserfolgs sieht er in den sich verfeinernden amerikanischen Lebensgewohnheiten. Dazu käme allerdings auch ein gewisser Snob-Appeal der reichen New Yorker, die für alle Neuheiten besonders aufgeschlossen sind. Dies gilt insbesondere für die „nouvelle cuisine" von Alain Senderens.

Für die Meridien-Restaurants Starköche unter Vertrag zu nehmen, war Bergés Idee, als er noch das Hotel in Rio leitete. Für ihn kann ein Hotelier kein reiner Geschäftsmann sein. „Ich fühle mich hier als Botschafter Frankreichs – und wie Sie sehen, zahlt sich das für meine Gesellschaft finanziell aus." So betrachtet wäre dann Alain Senderens als französischer Gesandter zu bezeichnen. Jedenfalls tragen die beiden Herren zusammen mit ihren Kollegen in den drei anderen US-Hotels dazu bei, daß Dollar nach Frankreich fließen.

Schon im letzten Jahr hatte die Meridien-Gruppe 84 Prozent ihres Umsatzes von 2,75 Milliarden Franc im Ausland erzielt. Diese Quote wird weiter steigen, wenn dort in den nächsten drei Jahren 15 neue Hotels eröffnet werden. Die französische Hotellerie und Gastronomie entwickelt sich damit immer mehr zu einem wichtigen Exporteur und zwar nicht zuletzt dank seiner großen Küchenchefs.

ÖSTERREICH / Fremdenverkehr beklagt Stornierungen

Deutsche Gäste bleiben aus

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Aktion Gratisurlaub für einige Hundert deutsche Ferienkinder streikgeschädigter Familien, die jetzt vom österreichischen Vizekanzler und Handelsminister Norbert Steger persönlich in Frankfurt gestartet wurde, dokumentiert deutlich, wieviel den Österreichern an den Deutschen liegt. Mit gutem Grund. Denn die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft dürfte durch die Streiks in Deutschland härter betroffen worden sein als ursprünglich angenommen. Für die Herbergen in den österreichischen Ferienzentren brachte der Juli-Beginn jedenfalls eine herbe Enttäuschung. Sicherlich hat auch schlechtes Wetter mitgespielt – aber da wie dort melden Hotels Stornos von bereits fix gebuchten Urlauben, die mit den wochenlangen Streiks begründet wurden. Gäste aus einkommensschwächeren Schichten hatten da offensichtlich gleichermaßen reagiert wie betroffene Unternehmer.

Hinzu ist allerdings noch eine Ferienregelung gekommen, die aus dem Raum Deutschland/Beneluxländer anstelle der 22 Millionen potentieller Urlauber wie im Vorjahr diesmal zu Juli-Beginn nur 5,3 Millionen auf den Marsch in die Ferien schickte.

Die Entwicklung gibt den Fremdenverkehrsverantwortlichen zu denken. Denn immerhin blieben die Deutschen auch schon im Mai und Juni aus. Und der Deutsche ist nun einmal nach wie vor der wichtigste Urlaubsgast in Österreich: 70 Prozent der Ausländernächtigungen gehen auf sein Konto. Die Deutschen machen damit noch mehr Ferien-Umsatz als die Österreicher selbst. Und obwohl einschlägige Untersuchungen Österreich nach wie vor als beliebtestes Urlaubsziel der Deutschen erhoben hatten und die Deutschen zwischen Boden- und Neusiedlersee mehr Urlaubsmark zurücklassen als in Italien, macht sich in Österreich inzwischen Sorge breit. Schon 1982 und 1983 gingen die Nächtigungen deutscher Urlauber um 4,9 bzw. 3,6 Prozent zurück. Diesmal wird eine Fortsetzung dieses Trends mit einem Minus zwischen ein und zwei Prozent befürchtet, vielleicht auch mehr.

Westag & Getalit: Wieder mit Gewinn

hdt. Rheda

Die im Vorjahr eingesetzte konjunkturelle Erholung hat die Lage der Westag & Getalit AG, Rheda-Wiedenbrück, erheblich verbessert. Der Hersteller von Holz- und Kunststoff-Elementen für die Bauwirtschaft und die Möbelindustrie konnte 1983 seinen Umsatz um 8,7 Prozent auf 118,8 (109,3) Mill. DM steigern. Beachtlich ist hierbei vor allem die mit 25 Prozent ausgewiesene Zuwachsrate im Export, dessen Anteil am Gesamtumsatz damit fast 16 Prozent erreichte.

Der Konzernumsatz erhöhte sich um 7,9 Prozent auf 134,8 (125,0) Mill. DM, da auch die Tochtergesellschaften Sperrholz Koch GmbH, Coesfeld, und C. Trenker GmbH, Hannover, positive Ergebnisse aufwiesen. Diese flossen der Muttergesellschaft zu, die insgesamt einen Jahresüberschuß von 0,97 Mill. DM erzielte und somit den 0,95-Mill.-DM-Fehlbetrag des Vorjahres ausgleichen konnte.

Die Verbesserung der Situation setzte sich im ersten Quartal 1984 fort, ab April war jedoch eine rückläufige Tendenz erkennbar. Planmäßig ausgebaut wird der Weg in neue Anwendungsbereiche wie den Fahrzeugbau und die Landwirtschaft. Insgesamt sind hierfür Investitionen in Höhe von 6,8 (1983: 3,6) Mill. DM vorgesehen. Die Zahl der Mitarbeiter betrug zu Jahresbeginn 912 (913).

WILH. WERHAHN / Probleme im Einzelhandel

Nur im Bankgeschäft besser

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Betriebsergebnisse der konsolidierten Unternehmen seien 1983 insgesamt „befriedigend" ausgefallen. Der (verschwiegene) Rohertrag habe sich abermals besser entwickelt als der bei 11 251 (11 640) Beschäftigten und 395 (385) Mill. DM Personalaufwand um nur noch 1 (3,5) Prozent auf 3,24 Mrd. DM gesteigerte Umsatz. Gewachsen sei jedoch, auch im (thesaurierten) Ertrag, das Bankgeschäft zumal durch mehr Langfrist-Kredite und Wechselgeschäfte ferner durch mehr Leasing- und Mietkaufverträge. In der Summe der bankfremden Zweigniederlassungen seien Umsatz und Ertrag zurückgegangen.

Das ist, mit der schon traditionellen Kargheit in Befolgung des Publizitätsgesetzes praktisch schon alles Wesentliche, was die Neusser Werhahn-Familie zur Lage ihres Imperiums mitteilt. Unter dem Dach der als Bank geführten Obergesellschaft Wilh. Werhahn KG waren nunmehr 57 (51) Inlandsbeteiligungen konsolidiert, über deren Gesamtertrag, Investitionskraft und ähnlich Wichtiges mehr dieser nach dem Formblatt für Kreditinstitute erstellte „Konzernabschluß" nichts aussagt.

Getreu dem Gesetz sind jedoch wenigstens zwei Ertrags-Details zu erkennen. Die nicht konsolidierten Beteiligungen brachten auf 17,4 (17,1) Mill. DM verbesserte Erträge oder 32,2 (29,9) Prozent ihres (zum Teil durch Abschreibungen) auf 54 (57) Mill. DM verminderten Buchwertes. Dahinter stecken (unter anderem) wesentliche Beteiligungen am Strabag-Baukonzern, an der Wicküler-Brauerei und an der Holding Heinrich Industrie- und Handels AG.

Das zweite Detail: Aus offenbar immer noch ausreichend guter Ertragskraft hat der Konzern sein Eigenkapitalkonto um 15,3 (14) auf 289 Mill. DM aufgestockt. Einschließlich sonstiger Eigenmittelpositionen stellt sich das Eigenkapital nun auf 385 (357) Mill. DM oder 21,8 (20,6) Prozent der Bilanzsumme.

Probleme hat die Holding offensichtlich mit ihrem Einzelhandelsbereich (Meierei C. Bolle, Schade & Füllgrabe, Schätzlein, Stocks), für den auch aus 1983 unter Hinweis auf „Anpassungsmaßnahmen" von unbefriedigender Ertragslage berichtet wird. Besser als 1982 lief nur der Baustoff-Bereich (Produktion und Handel) sowie „wiederum zufriedenstellend" das Solinger J. A. Henckels Zwillingswerk AG. Im Großhandel mit Düngemitteln, landwirtschaftlichem Bedarf und Brennstoffen gingen Umsatz und Ertrag zurück. Auch die Mühlenbetriebe mußten Umsatzeinbußen mit verschlechtertem Ertrag hinnehmen.

NAMEN

Henning Oestergaard, Generaldirektor von Mecobenzon und Vorsitzender des dänischen pharmazeutischen Großhandelsverbandes, wurde zum Präsidenten des Groupement International de La Répartition Pharmaceutique (G. I. R. P.) gewählt. Er löst Dr. **Jürgen Brink** ab, der als Vorsitzender die Interessen des europäischen Großhandels im Weltverband IFPW vertritt.

Heinz Läder, Hamburg, und **Joachim Grosse**, Kelsterbach, erhielten bei der Air Haniel GmbH, Kelsterbach, Handlungsvollmacht.

Dr. **Josef Königbauer**, Vorstandsmitglied der Bayerischen Landesbank-Girozentrale, München, tritt am 31. Juli in den Ruhestand.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bamberg: GERA Ges. f. Kraftwerksanlagen, Planung u. Montage mbH, Kleinsendelbach; **Berlin-Charlottenburg:** Commodus Sanierungs- u. Innenausbau GmbH; Thate Marketing GmbH; **Frankfurt/M.:** Grzanna GmbH; **Krefeld:** Roos Filter Media GmbH, Rheinhafen; **Moers:** Joachim Ney, Kaufmann; **Oldenburg:** Klaus Rieger & Partner OHG; K + R Bau- u. Baubetreuungs-Ges. mbH; **Wilhelmshaven:** Feinbackwaren Ursula Margott GmbH; **Wuppertal:** Nachl. d. Erna Adele Heyden geb. Dierks; Knut Scheurell Bauunternehmung GmbH, Velbert 1; **Zweibrücken:** Herbert Lang, Kottweiler-Schwanden.

Vergleich beantragt: Springe: Jörg Schlosser, Tischler.

DEUTSCHE WINTERTHUR / Sachversicherung erzielte technischen Überschuß

Das laufende Jahr begann recht gut

DANKWARD SEITZ, München

Eine unverändert gute Entwicklung des Versicherungsgeschäfts verzeichnet die deutsche Tochter der Schweizer Winterthur-Gruppe wie die gesamte Branche im bisherigen Jahresverlauf. Nach Angaben von Helmut Braun, Generaldirektor der vier Münchner Winterthur-Gesellschaften, stiegen die Beitragseinnahmen in den ersten fünf Monaten 1984 gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 10 Prozent. Zudem seien bisher keine größeren Schäden gemeldet worden.

Schon im Geschäftsjahr 1983 brachte die allgemeine Konjunkturbelebung der Gruppe eine Steigerung ihrer Prämieneinnahmen um 7,3 (6,1) Prozent auf 545,7 Mill. DM. In der Sachsparte, die von der Winterthur Schweizerische Versicherungs-Gesellschaft betrieben wird, wurden mit 330,5 Mill. DM diesmal 5,6 (4,7 nach 6,2) Prozent mehr Beiträge eingenommen. Auf das selbstabgeschlossene Geschäft entfielen davon 321,8 (305,8) Mill. DM. Der Schadenaufwand (netto) verminderte sich um 3,9 Prozent auf 200,5 Mill. DM trotz einer Zunahme der Schäden um 1,9 Prozent auf 115 603 Fälle. Die Schadenquote reduzierte sich auf 64,4 (70,7) Prozent.

Der guten Entwicklung in den HUK-Zweigen ist es nach Braun zu verdanken, daß die versicherungstechnische Rechnung vor Schwankungsrückstellungen mit einem Überschuß von 15,3 Mill. DM gegenüber 5,3 Mill. DM Verlust im Vorjahr schließt. Die Sachversicherung blieb, obwohl sie sich „kräftig verbesserte", in der Verlustzone. Ein Überschuß von 3,5 (minus 8,3) Mill. DM verblieb auch noch nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung. Die Durchschnittsverzinsung der auf 668,8 (621,1) Mill. DM gestiegenen Kapitalanlagen gab er mit 7,3 (7,6) Prozent an.

Bei der Winterthur Lebensversicherungs-Gesellschaft lag das Neugeschäft mi 1,33 Mrd. DM um 10,6 Prozent über dem Vorjahr. Der Versicherungsbestand erreichte rund 5,7 Mrd. DM (plus 6,6 Prozent). Die Beitragseinnahmen stiegen um 9,6 Prozent auf 200 Mill. DM. Die Stornoquote blieb mit 5,0 (6,1) Prozent „deutlich" unter dem Branchenwert (5,6 Prozent).

Daß der „gute Überschuß des Vorjahres erneut kräftig gesteigert" werden konnte, ist nach Braun auf das gute Ergebnis zurückzuführen, das mit den auf 1,45 (1,29) Mrd. DM aufgestockten Kapitalanlagen erzielt wurde. Für Beitragsrückerstattungen wurden 90,1 Mill. DM (plus 21,4 Prozent) aufgewandt. Nach Entnahme von 52,8 Mill. DM (plus 17,6 Pozent) verbleiben 239,0 Mill. DM.

„Recht erfreulich" hat sich auch in ihrem zweiten Geschäftsjahr die Winterthur Rechtschutzversicherung entwickelt. Mit rund 4,3 Mill. DM erzielte sie eine um 27 Prozent höhrere Beitragseinnahme, schloß aber wegen der Aufbauphase noch mit einem Verlust ab. Einen „geringeren, aber befriedigenden" Jahresüberschuß erzielte die Winterthur-Garantie. Sie steigerte ihre Beitragseinnahmen um 9,9 Prozent auf 11 Mill. DM.

ADOLFF / Sonderschichten in fast allen Sparten

Auf Expansion umgeschaltet

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei der J. F. Adolff AG, Backnang, einem der führenden Spinnereiunternehmen, ist die Beschäftigungslage derzeit so günstig, daß mit Ausnahme der Teppichgarnsparte alle anderen Sparten mit Sonderschichten und Überstunden arbeiten. Zur Jahresmitte 1984 lag der Umsatz um 10,2 Prozent und der Auftragsbestand um 26,8 Prozent über den entsprechenden Vorjahreszahlen. Nicht abschätzbar sind für den Vorstandsvorsitzenden Kurt-Joachim Kase die negativen Einflüsse der Streiks, des stagnierenden Umsatzes im Textileinzelhandel und der rückläufigen Baukonjunktur. Er rechnet dennoch mit einem Umsatzwachstum von 6 bis 8 Prozent im ganzen Jahr 1984.

Nach Jahren der Konsolidierung hatte das Unternehmen im Jahre 1983 auf einen „zukunftsorientiert-expansiven Kurs" (Kase) umgeschaltet. Der Umsatz wurde um 3,8 Prozent auf 156,9 Mill. DM gesteigert. Der Auftragseingang lag mit 23 Prozent im Plus, die Produktion wuchs um 9,6 und der Versand um 7,3 Prozent. Die Exportquote ging auf 20 (24,3) Prozent zurück.

Deutlich verbessert habe sich das Betriebsergebnis. Mit den Maßstäben des Kapitalmarktes verglichen sei eine angemessene Eigenkapitalverzinsung erzielt worden. Der Jahresüberschuß von 2,2 (0,7) Mill. DM wurde den Reserven zugeführt. Die Ergebnisrechnung ist merklich beeinflußt von der Übertragung nicht betriebsnotwendigen Vermögens an die Agru-Vermögensverwaltungs-GmbH & Co. Grundstücksverwaltungs-KG, Stuttgart, die zu Adolff gehört.

Aus dieser Transaktion stammen 11 Mill. DM Gewinne aus Anlageabgängen. In Sachanlagen wurden 12,3 (3,9) Mill. DM investiert, abgeschrieben wurden 5 (3,2) Mill. DM. Das mit insgesamt 20 Mill. DM eingeplante Investitionsprogramm 1983/84 sieht Schwerpunkte im Kunststoff-Sektor und in der Teppichgarnsparte vor. Die Beschäftigtenzahl liegt bei fast 1200 Mitarbeitern und soll im laufenden Jahr konstant bleiben.

TRIUMPH INTERNATIONAL / Verbesserte Erträge

Die Schlankheitskur beendet

DANKWARD SEITZ, München

Nach einem jahrelangen Schrumpfungs- und Konsolidierungskurs glaubt Geschäftsführer Wolfgang Spiesshofer, für die Triumph International Gruppe Deutschland nun eine „betriebswirtschaftlich vernünftige Struktur und eine Basis für die Wettbewerbsfähigkeit in den kommenden Jahren" gefunden zu haben. Mit der Konzentration der Produktion auf die beiden Standorte Heubach und Regensburg dürfte auch der Personalabbau auf 2975 (3400) Mitarbeiter abgeschlossen sein. *1980 hatte der* führende deutsche Mieder- und Wäschekonzern noch rund 3800 Beschäftigte in zwölf Betrieben in der Bundesrepublik.

*Erste Erfolge dieser Strukturmaß*nahmen sieht Spiesshofer darin, daß es 1983 trotz veränderter Verbrauchernachfrage gelungen ist, im Produktbereich Mieder/Tagwäsche ein Umsatzplus von 4,5 Prozent auf 247,7 Mill. DM zu realisieren. Im Bereich Wäsche/Freizeit/Sport/Frottier belastete die negative Marktentwicklung für Frottier-Waren, so daß letztendlich *nur* ein geringes Plus von 0,5 Prozent auf 88,9 Mill. DM verblieb. Insgesamt erhöhte sich der Umsatz der Triumph International Deutschland um 3,6 Prozent auf 339,6 Mill. DM.

In der Ertragsrechnung hat sich diese Entwicklung und die Kapazitätsanpassung in einer deutlichen Verbesserung niedergeschlagen. Der Teilkonzernabschluß der Triumph *International Holding GmbH weist* einen Jahresüberschuß für 1983 von 4,5 Mill. DM aus nach einem Minus von 3,4 Mill. DM im Vorjahr. Allerdings war 1982 noch mit 6,2 Mill. DM für Sozialpläne belastet.

Zur klareren Aufgliederung und Straffung des gesamten Konzerns hat die deutsche Gruppe 1983 ihre bis dahin 100prozentige Beteiligung an der Triumph International KH Ltd., Hongkong, an die Obergesellschaft, die schweizerische Triumph International Spiesshofer & Braun, Zurzach, abgetreten. In der Teilkonzernbilanz schlug sich dies in einem Finanzanlage-Abgang von 53,1 Mill. DM nieder. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich dadurch auf 42,9 (31,0) Prozent.

Weltweit kam der Triumph-Konzern, der keinen Abschluß vorlegt, nach Angaben von Spiesshofer auf einen konsolidierten Nettoumsatz von 1,19 (1,12) Mrd. DM und einen Jahresüberschuß von 30,5 (23,4) Mill. DM. Die europäische Gruppe steuerte dazu einen Umsatz von 511,6 (478,1) Mill. DM bei. Die Zahl der Mitarbeiter belief sich fast unverändert auf 19 500, wovon in Europa rund 5900 (6100) Personen beschäftigt werden.

Die gute Geschäftsentwicklung hat nach Angaben von Spiesshofer auch im ersten Halbjahr 1984 angehalten, auch wenn dies wegen der Auswirkungen der Streiks nicht ganz planmäßig gelaufen ist. Aufgrund des recht guten Auftragsbestandes könne man aber zuversichtlich sein, in Umsatz und Ertrag besser abzuschneiden als 1983, *zumal* man jetzt nicht mehr *mit* Kurzarbeit und Anpassungsmaßnahmen belastet sei.

RHEINMETALL / Erste Erfolge der neuen Struktur – Lust zu Kapitalerhöhung

Vorwärts mit drei gesunden Beinen

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Fast viermal so groß wie vor vier Jahren ist bei dem von der Rheinmetall Berlin AG, Düsseldorf/Berlin, geführten Konzern 1983 der Weltumsatz ausgefallen. Als erstes „Normaljahr" in der neuen, durch Angliederung der Gruppen Jagenberg AG (Maschinenbau) und WMF-Württembergische Metallwarenfabrik AG (Gebrauchsgüter) entscheidend veränderten Konzernstruktur wertet Holding-Vorstandsvorsitzender Hans L. Hockel den zur Hauptversammlung am 22. *August vorgelegten Abschluß.*

Für die etwa 3500 Eigentümer von 90 Mill. DM Holding-Aktienkapital (78 Prozent Röchling-Familiengruppe, circa 10 Prozent der „Wehrtechnik-Konkurrent" Diehl-Gruppe) ist das zugleich ein erster Erfolgsbeweis aus der in wenigen Jahren grundlegend gewandelten Struktur des zuvor hauptsächlich von der Wehrtechnik lebenden Konzerns. Mit 7,50 (6) DM *erhalten sie die in der Nachkriegszeit* höchste Dividende. Zudem wird ihnen ein Abschluß präsentiert, bei dem das meiste des Ertragsfortschritts in die innere Stärkung des Konzerns geht, insbesondere durch Aufstockung der „anderen Rückstellungen" um 73,8 (9,8) Mill. auf 296 Mill. DM.

Alle drei Konzernbereiche haben, versichert der Vorstand, zum beachtlichen Ertragsanstieg beigetragen: Voran und immer noch überproportional zu ihren 37 (35) Prozent Umsatzanteil die Wehrtechnik, danach der Maschinenbau mit konstanten 38 Prozent Umsatzanteil. Fühlbare Entlastung brachte der Ertragsrechnung außerdem der durch Strukturbereinigung wieder positive Abschluß des Gelsenkirchener Handelshauses Eisen und Metall AG (Rheinmetall-Anteil ein Drittel von 36 Mill. DM Aktienkapital), nachdem hier der Konzern im Vorjahr 18,4 Mill. DM Verlustübernahme und 14,6 Mill. DM Totalabschreibung dieser Aktien nur durch Buchgewinne aus Beteiligungsverkauf decken konnte. Diese „Finanzbeteiligung" wurde im Frühjahr 1984 mit natürlich hohem (aber noch verschwiegenem) Buchgewinn *an den Hoesch-Konzern verkauft.*

Auch unabhängig von diesem Sonderertrag sieht der Vorstand die Ertragsentwicklung bei „leichtem" Umsatzanstieg positiv. Dies auch trotz Umsatzausfalls von 40 Mill. DM, den das streikbetroffene WMF-Geschäft erlitt und höchstens zum Teil wieder aufzuholen hofft. Auch mit einer kräftigen Erhöhung des Holding-Kapitals, für die man sich vor Jahresfrist *die gesetzliche Höchstgrenze* von 45 Mill. DM genehmigen ließ, wird intensiv geliebäugelt. Das könnte noch 1984 Realität werden, wenngleich der Vorstand dazu etwas sibyllinisch einerseits auf das Abwarten einer „günstigen Börsenlage" und andererseits darauf verweist, daß man auch angesichts der nun auf 197 (121) Mill. DM angeschwollenen flüssigen Mittel mit frischer Eigenkapitalzufuhr keine Eile habe.

Für „keine Eile" spricht auch der 1983 beträchtlich auf 17,9 (43,3) Mill. DM oder nur noch 0,7 (1,8) Prozent der Konzern-Gesamtleistung verringerte Zinsaufwandsaldo. Hingegen könnte der Anteil der 259 (247) Mill. DM Eigenmittel von 15,9 (16,1) Prozent an der um 429 (418) Mill. DM Kundenanzahlungen (hauptsächlich in der Wehrtechnik) gekürzten Bilanzsumme durchaus eine Aufbesserung vertragen. Dies auch unter dem Aspekt, daß mit Vorrangziel weiterer Strukturbesserung (vor allem Betriebsstättenkonzentration in der Jagenberg-Gruppe) die Sachinvestitionen des Konzerns nun kräftig steigen und bereits 1984 bei 120 Mill. DM liegen sollen.

Auslastungsprobleme hat der Konzern *derzeit nur* in seiner Wehrtechnik (3500 Beschäftigte). Glanzstück ist hier die „Waffensystem"-Fertigung (die weltweit begehrte 120-mm-Glattrohrkanone nebst Munition) für den Panzer Leopard 2. Dagegen bestehen im Bereich Maschinenwaffen nebst Munition unverändert „erhebliche" Beschäftigungssorgen. Der Vorstand hofft jedoch, daß der 1983 noch mit einer Minusrate von 3,9 (9,9) Prozent *fortgesetzte* Personalabbau 1984 milder ausfallen werde.

Rheinmetall [1])	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	2537	+ 6,9
Auslandsanteil (%)	40,8	(35,4)
Auftragseingang	2462	+ 5,9
Auftragsbestand	1715	- 3,8
Beschäftigte	14 886	- 3,9
Personalaufwand	790	+ 1,4
Sachinvestitionen	98	- 5,7
Abschreibungen	97	+ 5,2
Cash-flow [2])	185	+ 38,7
Nettoergebnis [3])	45,2	+192,0
Jahresüberschuß	35,7	+252,8
dto. bei Holding	18,6	+ 72,3
dav. Ausschüttung	13,5	+ 25,0

[1])Weltabschluß. [2])Nach Steuern und vor Ausschüttung. [3])Nach DVFA-Formel 25,10 (8,59) DM je Aktie ohne Zurechnung der Konzernfremden zustehenden Anteile.

KARSTADT-HV / „Auch unter den Streiks gelitten"

Kein Grund zum Pessimismus

J. GEHLHOFF, Essen

„Auch wir haben unter den Streiks gelitten." Walter Deuss als Vorstandssprecher von Europas größtem Warenhauskonzern, der Essener Karstadt AG, belegte dies auf der Hauptversammlung (700 Teilnehmer, 82,7 Prozent von 360 Mill. DM Aktienkapital) vor allem mit folgenden Hinweisen: Die Karstadt-Warenhäuser lagen im ersten Halbjahr 1984 mit ihrem Umsatz um 1,3 Prozent unter Vorjahresstand. Die Touristik-Tochter NUR erlitt Rückschläge von 5,5 Prozent bei den Buchungen und 5,8 Prozent beim Umsatz. Nur die nun mit 14 Mill. DM Gesamtaufwand restlos eingegliederte Neckermann-Versandtochter behauptet sich mit 4 Prozent Umsatzplus im engeren Versandbereich auch im Vergleich zum gesamten Versandhandel „noch recht günstig".

Deuss' Analyse zu dieser insgesamt und durch Preisdruck auch für Handelsmarge und Betriebsergebnis ungünstigen Entwicklung: Auch das für den Textilienabsatz miserable Wetter war natürlich schuld. Vor allem aber lag es an den vielfältigen Streikfolgen, – von der Drucker-Blockade in der ausreichenden Streuung von Werbemitteln bis zur generellen Eintrübung des Konsumklimas mit stark erhöhtem Vorsorgesparen. Bei der NUR habe zudem die von vielen Unternehmen vereinbarte Verrechnung der Streiktage mit Urlaubsansprüchen „eine Welle von Stornierungen bereits gebuchter Reisen" ausgelöst.

Verhalten bleibt die Deuss-Prognose für den Rest des Jahres auch nach der „deutlichen Belebung des Geschäfts", die der Konzern seit dem Streik-Ende verzeichnet. Zwar stütze das die Hoffnung, daß die streikbe*dingte Verstimmung* der Verbraucher keinen grundsätzlichen Umschwung des Konsumklimas einleiten werde. Aber insgesamt und auch für die nächsten Jahre müsse man „mit eher stagnierendem Markt" rechnen. Karstadt stelle sich auch im Vertriebskonzept auf diese erwartete Lage ein und habe, mit „gebotener Zurückhaltung für 1984", keinen Grund zum Pessimismus.

In der Diskussion mit fünf Aktionärssprechern erntete der Vorstand zwar Lob zum glänzenden Abschluß 1983, aber auch massive Kritik an dem mit nun 7 (6) DM Dividende als zu bescheiden empfund*enen* Ausschüttungsplus. Kritik auch an der mit einer Relation von 3:1 als zu großzügig bekrittelten Abfindungsaktion für die restlichen Aktionäre der Versandtochter, für die Karstadt nach Auskunft von Deuss bisher insgesamt 493 Mill. DM aufgewandt („aber schließlich auch Aktivposten erworben") hat. Schutzgemeinschaftssprecher Martius: „Wenn Sie *sich schon bei dieser Abfindung als* königliche Kaufleute gebärden, dann hätten Sie's auch bei unserer Dividende tun sollen." Die Dotierung der ohnehin weit überdurchschnittlichen Rücklagen aus dem 1983er Gewinn verteidigte Deuss auch mit dem Hinweis auf die im Vergleich zum Aktienkapital weit größeren Rücklagen bei großen Handelshäusern in USA und England. Trotz Dividendenkritik wurden Vorstand und Aufsichtsrat fast einstimmig entlastet.

KÖRTING / Auftragseingang steigt wieder

„Erfreuliche Belebung"

D. SCHMIDT, Hannover

Die in den Bereichen Heiz- und Prozeßwärmetechnik sowie Strahlpumpen und Vakuumtechnik tätige Körting Hannover AG erkennt nach den stagnierenden Geschäften im Jahre 1983 wieder Auftriebstendenzen. Wie der Vorstand im jetzt vorgelegten Geschäftsbericht schreibt, sei eine „erfreuliche Marktbelebung im In- und Ausland" bei allen Produktgruppen zu verzeichnen. *Der* Auftragseingang erhöhte sich in den ersten sechs Monaten 1984 insgesamt um 14 Prozent auf 34,2 Mill. DM und führte zu einer Stabilisierung der Beschäftigung. Der Umsatz nahm gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 8 Prozent auf 31,5 Mill. DM zu.

Die Entwicklung im Geschäftsjahr 1983 war geprägt von der Umsatzsteigerung des Geschäftsbereichs Heiz- und Prozeßwärmetechnik um 4 Prozent auf 34,2 (32,8) Mill. DM und einem Rückgang bei Strahlpumpen/Vakuumtechnik um 6 Prozent auf 24,4 (26) Mill. DM. Der Jahresüberschuß wird mit 1,12 (1,23) Mill. DM ausgewiesen. Davon gingen 0,4 (0,52) Mill. DM in die freie Rücklage. Das im Berichtsjahr um 1 Mill. DM auf 9 Mill. *DM aus Gesellschaftsmitteln* aufgestockte Grundkapital wird wieder mit einer Dividende von 7 Prozent (4,8 Mill. DM Stammaktien) beziehungsweise 9 Prozent (4,2 Mill. DM Vor*zugsaktien) bedient. Körting inve*stierte im Berichtsjahr 0,8 (0,94) Mill. DM; die Abschreibungen erreichten 0,82 (0,63) Mill. DM.

Weiter verbessert hat sich die Bi*lanzstruktur. Das Eigenkapital* deckt das Anlage- und Umlaufvermögen zu 47,6 (45,7) Prozent. Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital übersteigen das Anlagevermögen (3 Mill. DM) und die Vorräte (7,7 Mill. DM) um 53 Prozent. Körting beschäftigt 428 Mitarbeiter.

MILCHWERKE WESTFALEN / Wachstum hält an

EG-Regelung macht Sorgen

HEINZ HILDEBRANDT, Herford

Um 8 Prozent auf 483 (447) Mill. DM konnten die Milchwerke Westfalen eG, Herford, ihren Umsatz 1983 steigern. Vor dem Hintergrund der verschärften Wettbewerbslage wird diese Entwicklung als durchaus zufriedenstellend bezeichnet. Da das Unternehmen einen beachtlichen Teil der angelieferten Milch zu Spezialprodukten verarbeitet, konnten sogar noch 3 Mill. kg Milch über die angelieferten 416 Mill. kg hinaus angekauft werden.

Bei allen Produktgruppen gab es Zuwächse, trotz sinkender Geburtenzahlen auch bei der Humana-Kindernahrung. Die Milchwerke haben mit diesem *Artikel* einen Marktanteil von 12 Prozent und sind damit drittgrößter Anbieter in der Bundesrepublik nach Milupa und Nestlé. Die Milchwerke *als größtes Milchwirtschafts*unternehmen Westfalens, 1979 aus 39 Betrieben entstanden, setzen ihren *Konzentrationsprozeß weiter fort.* 1984 wird nur noch in den beiden Werken Bochum und Herford produziert. In den Ausbau des letzteren geht der größte Teil der diesjährigen Investition in Höhe von 12 Mill. DM.

Im laufenden Jahr hielt der positive Umsatztrend an, die Gesamtumsätze im 1. Halbjahr lagen um 15 Prozent über der Vergleichszahl des Vorjahres. Die inzwischen eingeführte EG-Garantiemengenregelung wird jedoch zu einem Rückgang der Milchanlieferungen um 8 bis 10 Prozent führen, was laut Hans-Günther Saal*feld, geschäftsführendem Vorstands*mitglied, „nicht nur ein schwerwiegender Einschnitt in die Struktur der Erzeugerbetriebe bedeutet, sondern auch zu einer schlechteren Ausla*stung der Betriebsanlagen führt und* der Rentabilität schadet."

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Südzucker: Wieder 10 DM

Mannheim (VWD) – Die Süddeutsche Zucker-AG, Mannheim, schlägt für das Geschäftsjahr 1983/84 (28. 2.) wieder 10 DM Dividende je 50-DM-Aktie auf 85,8 Mill. DM Grundkapital vor. Hauptversammlung ist am 12. Oktober. Christoph *Kirsch, bisher stellvertretend,* wurde zum Ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Auftrag aus Dänemark

München (sz.) – Nach ausgiebigen Tests hat das dänische Militär bei der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, 650 Allradwagen mit einer Nutzlast von 3 t aus der Gemeinschaftsreihe MAN-VW bestellt. Die Lieferung der Fahrzeuge im Wert von etwa 40 Mill. DM soll in der Zeit von 1985 bis 1989 erfolgen.

Toyota dementiert

Tokio (VWD) – Toyota Motor Corp. hat Presseberichte über angebliche Pläne für ein Joint Venture mit Re*nault dementiert. Wie die japanische* Nachrichtenagentur Kyodo unter Berufung auf gut informierte Industriekreise meldete, soll Renault Toyota ein Gemeinschaftsprojekt vorgeschlagen haben, das in der ersten Stufe technische Hilfe Toyotas bei der Modernisierung der Renault-Produktion und in einem späteren Stadium die Gemeinschaftsproduktion von Toyota-Modellen in Frankreich vorsehe.

200 Neueinstellungen

Obertshausen (dpa/VWD) – Bei der Ymos AG, Obertshausen, dem nach eigenen Angaben führenden Zulieferer der europäischen Automobil-, Hausgeräte- und Sanitärarmaturen-Industrie wird aufgrund neuer Großaufträge (unter anderem von Audi) bis zum 30. Juni nächsten Jahres ein Umsatzanstieg um rund 20 Prozent auf deutlich über 500 Mill. DM erwartet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr (30. 6.) verzeichnete das Unterneh*men trotz streikbedingter Einbußen* von schätzungsweise 40 Mill. DM noch einen Umsatzanstieg um 35 Mill. auf rund 435 (1982/83: 399) Mill. DM. Ymos werde wahrscheinlich 200 neue Arbeitskräfte einstellen. Derzeit beschäftigt das Unternehmen rund 5000 Mitarbeiter.

Kapazitätsabbau geplant

Essen (dpa/VWD) – Der Anlagenbauer Krupp Polysius AG, Beckum, rechnet in absehbarer Zeit mit Rationalisierungen und Kapazitätseinschränkungen, die mit einer weiteren Belegschaftsanpassung verbunden sein werde. Wie die Muttergesellschaft Fried. Krupp GmbH in Essen mitteilte, hat die Gesellschaft 1983 zusammen mit ihren acht Auslandstöchtern ihre Stellung trotz der ungünstigen Situation im internationalen Anlagenbau sowie ihren Marktanteil bei Zementanlagen halten können. Der Umsatz der Gruppe ging *1983 auf 700 (800) Mill. DM* zurück. Für 1984 wird wieder mit einem Anstieg gerechnet. Am Jahresende belief sich der Auftragsbestand auf 3 (3,3) Mrd. DM. Die Gesamtbeleg*schaft in der Gruppe nahm um sechs* Prozent auf 2700 ab. An die Konzern-Obergesellschaft Fried. Krupp GmbH wurde ein Gewinn von 4,4 Millionen DM abgeführt.

Fusion: Maserati-Innocenti

Mailand (dpa/VWD) – Maserati, berühmter Hersteller von Luxussportwagen in Modena, und das Automobilunternehmen Nuova Innocenti in Mailand fusionieren. Dies haben die Aktionäre der beiden italienischen Firmen beschlossen. Beide Hersteller arbeiten schon seit drei Jahren eng zusammen. Mehrheitsaktionär von Nuova Innocenti ist die vom Italo-Argentinier Alejandro de Tomaso kontrollierte Firma Benelli mit 76 Prozent des Kapitals. Weitere 17 beziehungsweise sieben Prozent liegen bei der staatlichen Auffang- und Sanierungsgesellschaft Gepi und BL (früher British Leyland). An Maserati ist Gepi dagegen mit 82,5 Prozent betei*ligt, während die Firma Benelli 17,5* Prozent hält.

DKV / Rekordergebnis durch Kostenbewußtsein – Dennoch: Die Ausgaben steigen wieder

Beitragssenkungen und hohe Rückerstattung

HARALD POSNY, Köln

Nach einer Stagnation in der Ausgabenentwicklung für das Gesundheitswesen im vergangenen Jahr steht für 1984 wieder ein erheblicher Wiederanstieg zu erwarten. Georg Timmer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kranken-Versicherung AG (DKV), Köln, sieht den Tiefpunkt der Kostenentwicklung seit Spätherbst 1983 erreicht. Dieses Jahr (Timmer: „Eines der erfreulichsten in der 57jährigen Geschichte des Unternehmens") wies „völlig überraschend" bislang einmalige, auch in absoluten Beträgen rückläufige Aufwendungen aus, zu dessen Erklärung Timmer ein Bündel von branchen- und unternehmenstypischen *Erklärungen* parat hatte: allgemeine Verhaltensänderung, konjunkturelle Einflüsse, neue Gebührenordnung für Ärzte, stärkere Inanspruchnahme von Selbstbehalt-Tarifen und traditionelle Beitragsrückerstattung „in klingender Münze".

Nach dieser Entwicklung scheint die größte europäische private Krankenversicherung gar nicht besonders erstaunt, daß im 1. Quartal 1984 die Ausgaben um 2,2 Prozent, in den ersten 5 Monaten sogar um 5 Prozent und damit wieder stärker gewachsen sind, als die Beitragseinnahmen (plus 4,3 Prozent). Übers Jahr wird der Prämienanstieg wie 1983 gering sein, eine Folge der seit langen Jahren erstmals vorgenommenen Beitragssenkung in wichtigen Tarifen sowie weitgehender Beitragsstabilität. Je nachdem wie rasch das Bundesaufsichtsamt entscheidet, rechnet Timmer für 1984 mit einem Beitragsanstieg um 2 bis 4 Prozent.

Das mit 189 (133) Mill. DM blendende Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft und die Vermögenserträge haben zusammen mit den trotz höherer Produktion moderat gestiegenen *Kosten des Versicherers* einen Rekord-Bruttoüberschuß von fast 348 (282) Mill. DM beschert. Nach Vorwegzuweisung von 18 Mill. DM an die freien Rücklagen werden aus den verbliebenen rund 330 Mill. DM 94,5 (92,6) Prozent den Rückstellungen für Beitragsrückerstattung zugeführt, mit weiteren 10 Mill. DM werden die Rücklagen (Vorjahr insgesamt 26 Mill. DM) dotiert, und 3,8 (3,6) Mill. *DM werden wieder als 15 Prozent Di*vidende auf das eingezahlte Kapital von 25 Mill. DM (von Allianz, Münchener Rück und Hamburg-Mannheimer) ausgeschüttet. 2 (1) Mill. DM werden auf das nominale Aktienkapital eingezahlt. Ende nächsten Monats wird erstmals nach 10 Jahren wieder das Grundkapital an das wachsende Geschäftsvolumen angepaßt, und zwar von 30 auf 44 Mill. DM erhöht.

Aber neben den Aktionären können sich auch viele der rund 3,41 Mill. (plus 63 000) DKV-Tarifversicherten freuen. Einmal erhalten Versicherte, die eine Krankheitskosten-Vollversicherung haben, eine Beitragsrückerstattung in bar von 1 bis 5 Monatsbeiträgen. Das sind bis zu 42 Prozent der Beiträge. DKV-Aufwand dafür: 100 Mill. DM. Diese Barausschüttung ist auch für die nächsten Jahre gesichert. Außerdem werden – wie bereits 1978 – die über 65 Jahre alten langjährigen Vollversicherten auf Dauer einen altersabhängigen „Treuebonus" von 5 bis 10 Prozent der laufenden Beiträge erhalten. DKV-Aufwand dafür: 70 Mill. DM. Für die Milderung oder das Aufschieben von künftigen notwendigen Prämienanpassungen sind weitere 170 Mill. DM reserviert, insgesamt also 340 Mill. DM. Seit dem 1. Januar 1984 sind in den Kranken-Tagegeldtarifen die Beiträge um 30, bei Beihilfe-Tarifen um maximal 30 Prozent gesenkt worden. In diversen ambulanten und zahnärztlichen Tarifen sind Beitragssenkungen zwischen ein und zehn Prozent vorbehaltlich amtlicher Genehmigung vorgesehen. Nutznießer sind rund 52 Prozent aller Vollkostenversicherten. Auch das wird die DKV nochmals 31 Mill. DM kosten.

DKV		1983	± %
Beiträge (Mill. DM)		2130	+ 4,6
Aufw. f. Vers. Fälle		1389	- 0,7
Vers.-Leistung [1])		1987	+ 4,4
Aufw. f. Beitr. Rückerst.		326	+ 24,7
Rückst. f. Beitr. Rückerst.		589	+ 37,3
Kapitalanlagen [2])		3945	+ 14,7
Kapitalerträge [3])		286	+ 10,1
in % d. verd. Beitr.	1983	1982	1981
Schadenquote [4])	65,9	69,3	72,9
Leistungsquote [5])	93,3	93,5	91,2
Kostenquote [6])	14,7	14,3	14,6
Überschußquote [7])	16,3	13,8	9,2

[1])Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2])oh. Depotford.; [3])netto; Durchschnittsrendite: 7,7 (8,0) Prozent; [4])Aufw. f. Vers. Fälle u. erfolgsunabh. Beitr. Rückerst.; [5])Vers.-Leistung; [6])Abschluß- u. Verw. Kosten; [7])Bruttoüberschuß.

Aktien leicht erholt

Großchemietitel aus Renditegründen gesucht

DW.– Die leichte Kursbesserung am Freitag an der New Yorker Börse sowie die anhaltende Entspannung bei den US-Bonds führten bei den deutschen Aktien zu einer Stimmungsbesserung. Wenn diese sich nur in geringen Kurssteigerungen niederschlug lag das an der nach wie vor geringen Kaufbereitschaft der Anleger, die offensichtlich den Schock des langen Streiks noch nicht vollständig überwunden haben. Anhaltender Beliebtheit erfreuten sich die Titel der Großchemie wegen der vergleichsweise guten Renditen.

Bei den Autoaktien blieben auch am Montag die vielfach vorausgesagten nachhaltigen Kursbesserungen noch aus. Deutlich gestiegen sind lediglich die Porsche-Vorzugsaktien. Am Bankenmarkt war die Reaktion auf den Abschluß des Umschuldungsabkommens mit Polen gering. Das Polen-Risiko ist längst hinter den Gefahren zurückgetreten, die den Banken von einigen lateinamerikanischen Ländern drohen. Im Bereich der Elektrowerte haben die Meinungskäufe sogenannter Rationalisierungswerte, zu denen PKI, SEL aber Siemens gerechnet werden, weitgehend ihren Abschluß gefunden. In Einzelfällen kommt es hier bereits wieder zu Gewinnmitnahmen. Die begonnene Pegulan-Kapitalerhöhung bereitete am ersten Tag keinerlei Schwierigkeiten. Die Bezugsrechte wurden auf Basis der rechnerischen Parität gehandelt.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten sich um 7 DM auf 190 DM, RHEAG zogen um 5 DM auf 492 DM an und Aachener Münchener Bet. stiegen um 6 DM auf 917 DM. Dyckerhoff St. sanken um 4 DM auf 183 DM, Kochs Adler verminderten sich um 3 DM auf 367 DM und Leffers gaben um 6 DM auf 224 DM nach.

Frankfurt: Farbenkonzerne waren behauptet, freundlich Hoechst mit 255 DM plus 10 DM, Cassela mit 426 DM plus 6 DM und Flachglas mit 242 DM plus 9 DM. Bei den Maschinen- und Metallwerten wurden Rheinmetall bei Plusankündigung auf 305 DM plus 22 DM erhöht und Buderus auf 415 DM plus 10 DM.

Hamburg: Phoenix Gummi wurden mit 113,50 DM plus 2 DM gehandelt. HEW begannen mit 86,50 DM und schwächten sich danach auf 85 DM minus 1 DM ab. Dagegen konnten sich NWK Vz. bei 164,50 DM unverändert behaupten.

München: Agrob St. befestigten sich um 2,50 DM auf 205 DM, Dekkel zogen um 4,90 DM auf 129 DM an und Dywidag erhöhten sich um 3 DM auf 175 DM. Kolbermoor schwächten sich um 10 DM auf 770 DM ab, Otto Stumpf AG fielen um 2,50 DM auf 120 DM und Triumph-Adler um 5 DM auf 392 DM.

Berlin: Rheinmetall zogen um 29,50 DM an. Detewe verbesserten sich um 3 DM, Berliner Bank um 1,50 DM, DUB-Schultheiss um 1 DM und Bekula um 0,90 DM. Berthold gaben um 4 DM, Herlitz St. und Kempinski um je 1 DM nach.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 139,6 (138,5)
WELT-Umsatzindex: 2129 (2460)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München

Kurswerte in 1000 DM

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart.

Auslandszertifikate (DM)

Ausländische DM-Anleihen

Fremde Währungen

*Vortags-Kurs teils Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler

Ausland

New York

Toronto

Mailand

London

Amsterdam

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisen

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze



Karstadt Aktiengesellschaft Bilanz zum 31. Dezember 1983

Aktiva	Vorträge	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	1983 DM	1982 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
a) mit Geschäftsbauten	1 341 342 541	41 484 887	+ 19 846 660	5 428 293	116 510 586	1 280 735 209	1 341 343
b) mit Wohnbauten	157 074	–	–	–	10 707	146 367	157
c) ohne Bauten	5 703 677	3 725 877	+ 7 958	–	–	9 437 512	5 703
2. Bauten auf fremden Grundstücken	42 896 766	3 130 918	+ 18 000	–	13 931 761	32 113 923	42 897
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	195 117 670	99 478 263	+ 2 369 313	220 828	104 741 299	192 003 119	195 117
4. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	44 087 729	20 556 735	– 22 241 931	2 995 346	203 422	39 203 765	44 088
	1 629 305 457	168 376 680	–	8 644 467	235 397 775	1 553 639 895	1 629 305
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	328 329 792	649 493	–	–	–	328 979 285	328 330
2. Miet- und Pachtvorauszahlungen	12 380 535	146 069	–	861 135	–	11 665 469	12 380
3. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mind. 4 Jahren	6 933 836	331 249	–	329 081	1	6 936 003	6 934
Von den Nummern 2 und 3 sind durch Grundpfandrechte gesichert: DM 13 078 655							
	1 976 949 620	169 503 491	–	9 834 683	235 397 776	1 901 220 652	1 976 949
II. Umlaufvermögen							
A. Warenvorräte					1 191 782 562		1 095 980
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Anzahlungen				476 738			179
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				23 984 032			23 389
3. Schecks				2 424 990			984
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben				55 742 899			28 918
5. Guthaben bei Kreditinstituten				354 547 688			377 713
6. Wertpapiere				2 028 132			2 028
7. Forderungen an verbundene Unternehmen				238 678 232			251 212
8. Forderungen gemäß § 89 AktG				338 617			400
9. Sonstige Vermögensgegenstände				48 204 369	726 425 697		52 352
						1 918 208 259	1 833 155
III. Rechnungsabgrenzungsposten						2 350 959	617
						3 821 779 870	3 810 721

Passiva			1983 DM	1982 TDM
I. Grundkapital			360 000 000	360 000
II. Offene Rücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage		180 000 000		180 000
2. Andere Rücklagen				
Vortrag	750 000 000			
Zuweisung	40 000 000	790 000 000		750 000
			970 000 000	930 000
Sonderposten mit Rücklageanteil (Rücklage gemäß § 52 Abs. 5 EStG)			–	52 105
III. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und Altersversorgung		990 000 000		875 000
2. Andere Rückstellungen		101 416 916		90 600
			1 091 416 916	965 600
IV. Karstadt Unterstützungsfonds GmbH Ungesichert, keine Fälligkeit vor Ablauf von 4 Jahren			8 103 586	8 522
V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren				
1. Hypothekarisch gesicherte DM-Anleihe		30 000 000		40 000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 363 823 395		366 753 360		648 999
3. Sonstige Verbindlichkeiten, davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 56 142 735		75 132 462		82 056
Von den Nummern 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 207 819 000			471 885 822	771 055
VI. Andere Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		296 196 358		155 017
2. Anzahlungen		8 201 204		7 530
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		88 597 096		89 668
4. Sonstige Verbindlichkeiten		476 681 111		427 622
			869 675 769	679 837
VII. Rechnungsabgrenzungsposten			297 777	402
VIII. Bilanzgewinn			50 400 000	43 200
			3 821 779 870	3 810 721

Karstadt Aktiengesellschaft Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1983

			DM		1982 TDM
1. Umsatzerlöse					
Umsätze brutto		9 441 540 146			9 260 645
Umsatzsteuer		1 026 867 445			967 788
Umsätze netto			8 414 672 701		8 292 857
2. Aufwendungen für bezogene Waren			5 375 999 492		5 302 549
3. Rohertrag			3 038 673 209		2 990 308
4. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		3 670 439		3 599	
5. Erträge aus Beteiligungen		10 620 084		9 558	
6. Erträge aus den anderen Finanzanlagen		1 917 622		2 549	
7. Skonto-, Zins- und ähnliche Erträge		146 582 371		161 342	
8. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		6 724 408		9 177	
9. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		1 530 269		62 695	
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 5 EStG		52 105 139		–	
11. Sonstige Erträge – davon außerordentliche: DM 7 945 299 –		145 666 490	368 816 822	128 477	377 397
			3 407 490 031		3 367 705
12. Gehälter und Löhne		1 664 870 016		1 686 305	
13. Soziale Abgaben		281 949 223		278 918	
14. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		166 072 052		33 446	
15. Abschreibungen auf Sachanlagen		235 397 775		245 909	
16. Abschreibungen auf Finanzanlagen		1		25 864	
17. Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (ohne Vorräte)		37 373 632		68 431	
18. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		2 785 283		1 384	
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		52 064 386		66 336	
20. Steuern					
a) vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	132 262 550				
anrechenbare Steuern	5 902 817				
an Organgesellschaften weiterbelastet	4 804 000	121 555 733		101 469	
b) sonstige		1 106 318		1 076	
21. Aufwendungen aus Verlustübernahme		7 215 789		11 117	
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 5 EStG		–		52 105	
22. Sonstige Aufwendungen		746 699 823	3 317 090 031	737 145	3 309 505
23. Jahresüberschuß			90 400 000		58 200
24. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen			40 000 000		15 000
25. Bilanzgewinn			50 400 000		43 200

Vermerk der Pensionszahlungen:

Im Geschäftsjahr 1983 wurden rund DM 36 300 000 Pensionszahlungen geleistet. Für die folgenden fünf Jahre rechnen wir mit Zahlungen in Höhe von je 114 %, 131 %, 150 %, 172 % und 196 % dieses Betrages.

Essen, den 30. April 1984

Karstadt Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Alberts Althoff Dr. Deuss Grönemeyer Laschet Lorenzen Schröder

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

DEUTSCHE WARENTREUHAND- UND KONTINENTALE TREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft — Steuerberatungsgesellschaft

Stalschus, Wirtschaftsprüfer — Böhring, Wirtschaftsprüfer

Düsseldorf, den 16. Mai 1984

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 16. Juli 1984 hat beschlossen, den für das Geschäftsjahr 1983 ausgewiesenen Bilanzgewinn von DM 50 400 000,– für eine Dividende von DM 7,– je Aktie zu nom. DM 50,– zu verwenden.

Die Ausschüttung der Dividende erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 24 ab 17. Juli 1984 unter Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer. Zahlstellen sind außer unserer Gesellschaftskasse in Essen-Bredeney, Theodor-Althoff-Str. 2, die Niederlassungen der nachstehend aufgeführten Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Vereinsbank AG
Delbrück & Co.
Dresdner Bank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Baden-Württembergische Bank AG
Commerz-Credit-Bank AG, Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Trinkaus & Burkhardt
Westdeutsche Landesbank – Girozentrale –

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Anteilseignern gegen Vorlage der vom depotführenden Kreditinstitut bzw. der auszahlenden Stelle auszustellenden Steuerbescheinigung auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet und im Falle der Überzahlung vergütet beziehungsweise erstattet.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Essen, im Juli 1984

DER VORSTAND

Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 1983

Aktiva	Vorträge	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Abschreibungen	1983 DM	1982 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
a) mit Geschäftsbauten	1 536 438 096	46 962 460	+ 19 846 660	8 092 429	130 392 333	1 464 762 454	1 536 438
b) mit Wohnbauten	157 074	536 438	–	–	11 961	681 551	157
c) ohne Bauten	5 715 858	3 725 877	+ 7 958	–	–	9 449 693	5 716
2. Bauten auf fremden Grundstücken	49 022 630	3 644 465	+ 543 742	143 163	13 981 626	39 086 048	49 023
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	237 362 466	118 731 040	+ 2 519 695	1 074 335	120 439 588	237 099 278	237 362
4. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	58 387 094	22 808 498	– 22 918 055	2 995 347	203 421	55 078 769	58 387
	1 887 083 218	196 408 778	–	12 305 274	265 028 929	1 806 157 793	1 887 083
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	56 892 697	11 894 369	–	39 088	–	68 747 978	56 893
2. Miet- und Pachtvorauszahlungen	12 517 573	153 570	–	872 213	–	11 798 930	12 517
3. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mind. 4 Jahren	13 807 941	521 579	–	1 422 993	1	12 906 526	13 809
Von den Nummern 2 und 3 sind durch Grundpfandrechte gesichert: DM 16 113 302							
	1 970 301 429	208 978 296	–	14 639 568	265 028 930	1 899 611 227	1 970 302
C. Ausgleichsposten aus der Konsolidierung						29 288 396	29 078
						1 928 899 623	1 999 380
II. Umlaufvermögen							
A. Warenvorräte					1 368 819 290		1 273 498
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Anzahlungen				28 532 299			25 700
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen				366 391 279			304 808
3. Schecks				3 324 052			1 913
4. Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben				65 104 678			39 701
5. Guthaben bei Kreditinstituten				369 044 177			398 505
6. Wertpapiere				2 028 132			2 028
7. Forderungen an verbundene Unternehmen				47 563 607			34 766
8. Forderungen gemäß § 89 AktG				495 120			718
9. Sonstige Vermögensgegenstände				122 857 484	1 005 340 828		109 546
						2 374 160 118	2 191 183
III. Rechnungsabgrenzungsposten						3 413 706	1 560
						4 306 473 447	4 192 123

Passiva		1983 DM	1982 TDM
I. Grundkapital der Karstadt AG		360 000 000	360 000
II. Offene Rücklagen der Karstadt AG			
1. Gesetzliche Rücklage	180 000 000		180 000
2. Andere Rücklagen	790 000 000		750 000
		970 000 000	930 000
Sonderposten mit Rücklageanteil (Rücklage gemäß § 52 Abs. 5 EStG)		–	52 105
III. Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz		6 776 621	6 904
IV. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und Altersversorgung	1 047 593 521		928 352
2. Andere Rückstellungen	153 165 486		148 308
		1 200 759 007	1 076 660
V. Karstadt Unterstützungsfonds GmbH Ungesichert, keine Fälligkeit vor Ablauf von 4 Jahren		8 103 586	8 522
VI. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens 4 Jahren			
1. Hypothekarisch gesicherte DM-Anleihe	30 000 000		40 000
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 434 990 855	440 800 820		734 321
3. Sonstige Verbindlichkeiten, davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 60 181 095	82 228 982		89 337
Von den Nummern 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 258 930 602		553 029 802	863 658
VII. Andere Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	399 271 610		243 349
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	134 824 663		24 618
3. Anzahlungen	70 186 955		79 362
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2 159 874		2 241
5. Sonstige Verbindlichkeiten	550 268 790		500 604
		1 156 711 892	850 174
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten		692 539	900
IX. Konzerngewinn		50 400 000	43 200
		4 306 473 447	4 192 123

Eventualverbindlichkeiten aus:

1. Bürgschaften:	DM 15 004 532
2. Gewährleistungsverträgen:	DM 405 810
3. Haftung für fremde Verbindlichkeiten:	DM 800 000

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1983

			DM		1982 TDM
1. Umsatzerlöse					
Umsätze brutto		12 269 360 139			12 098 998
Umsatzsteuer		1 217 640 617			1 150 742
Umsätze netto			11 051 719 522		10 948 256
2. Aufwendungen für bezogene Waren und Fremdleistungen			7 198 596 483		7 145 855
3. Rohertrag			3 853 123 039		3 802 401
4. Erträge aus Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen		8 330 538		6 441	
5. Erträge aus den anderen Finanzanlagen		2 186 453		2 876	
6. Skonto-, Zins- und ähnliche Erträge		189 837 713		197 328	
7. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		17 529 445		22 023	
8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		2 525 478		65 500	
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 5 EStG		52 105 139		–	
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 6 b EStG		–		6 554	
10. Sonstige Erträge – davon außerordentliche: DM 27 887 848 –		241 995 339	514 510 105	211 309	512 031
			4 367 633 144		4 314 432
11. Gehälter und Löhne		1 916 550 387		1 937 165	
12. Soziale Abgaben		321 242 279		318 129	
13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		174 433 252		37 481	
14. Abschreibungen auf Sachanlagen		265 028 929		285 371	
15. Abschreibungen auf Finanzanlagen		1		22 865	
Abschreibungen auf die Beteiligung an der Neckermann Versand AG		–		8 000	
16. Verluste aus Wertminderungen von Gegenständen des Umlaufvermögens (ohne Vorräte)		39 750 852		39 944	
17. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		2 947 159		3 055	
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		56 175 419		72 217	
19. Steuern					
a) vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	139 284 971				
anrechenbare Steuern	519 894	138 765 077		118 634	
b) sonstige		2 736 465		1 582	
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 5 EStG		–		52 105	
20. Sonstige Aufwendungen		1 359 603 324	4 277 233 144	1 359 684	4 256 232
21. Jahresüberschuß			90 400 000		58 200
22. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen Karstadt Aktiengesellschaft			40 000 000		15 000
23. Konzerngewinn			50 400 000		43 200

Essen, den 30. April 1984

Karstadt Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Alberts Althoff Dr. Deuss Grönemeyer Laschet Lorenzen Schröder

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

DEUTSCHE WARENTREUHAND- UND KONTINENTALE TREUHAND-AKTIENGESELLSCHAFT
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft — Steuerberatungsgesellschaft

Stalschus, Wirtschaftsprüfer — Böhring, Wirtschaftsprüfer

Düsseldorf, den 16. Mai 1984

AUFSICHTSRAT (nach der Hauptversammlung vom 16. Juli 1984): Dr. F. Wilhelm Christians, Düsseldorf (Vorsitzender); Rolf Diel, Düsseldorf; Dr. jur. Friedhelm Gieske, Essen; Dr. Klaus Götte, München; Götz Knappertsbusch, Düsseldorf; Dr. Klaus Mertin, Frankfurt a.M.; Heinz Rätz, Basel; Dr. Wolfgang Schieren, München; Dr. Walter Seipp, Frankfurt a.M.; Hermann-Josef Strenger, Leverkusen; als Vertreter der Arbeitnehmer: Wolfgang Nettelbeck, Berlin (stellv. Vorsitzender); Hermann Brandt, Hamburg; Hubert Gartz, Hamburg; Wolfgang Pokriefke, Bremen; Willibald Puderbach, Detmold; Helmut Schumacher, Würzburg; Dieter Steinborn, Düsseldorf; Josef Stratmann, Saarbrücken; Günter Strohmeier, München; Alfred Tarp, Rheine.

VORSTAND (nach der Hauptversammlung vom 16. Juli 1984): Kurt Alberts; Theodor Althoff; Dr. Walter Deuss; Heinz-Georg Grönemeyer; Karl Laschet; Uwe Lorenzen; Bernhard Schröder.

Öffentliche Anleihen freundlicher

Der auch am Wochenende weitergegangene leichte Kursanstieg bei den US-Bonds ließ Hoffnungen auf eine gewisse Entspannung auch am deutschen Kapitalmarkt keimen. Sie schlugen sich vorerst nur im Bereich der öffentlichen Anleihe nieder, von denen einige bei kleinen Umsätzen bis zu 0,20 Prozentpunkte heraufgesetzt wurden. Am Pfandbriefmarkt gab es vorerst kaum Veränderungen. Ähnlich wie bei den Aktien fehlen auch hier ausnahmebereite Anleger. Die 7¾prozentigen Bundesobligationen Serie 47 wurden zu 99,30 Prozent in den Börsenhandel eingeführt.

	16. 7.	13. 7.
M 5½ Bayer.Hsbk Pf 14	92,5bG	92,5bG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	95,5T	95,5T
7 dgl. Pf 3	95,25G	95,25G
6½ dgl. KS 14	97,25G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74bG	74G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	80,75bG	80,75G

	16. 7.	13. 7
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,3G	90,5G
8 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	—	109G
6 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	100,8G	100,8G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp.i.Hbg. Pf 86	81,75	81,75
6½ dgl. Pf 80	90,5	90,5
8 dgl. Pf. 248	100,25	100,25

	16. 7.	13. 7.
M 5 Verbank Hbg. Pf 55	117G	117G
6 dgl. Pf 95	76G	76G
7 dgl. Pf 100	99,95G	99,95G
D 8 WestLB Pf 350	100,75bG	100,75G
8¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
9½ dgl. Pf 1007	105,65G	105,65G
8 dgl. Pf 1015	99,05G	99,05G
7 dgl. KO 656	99,8G	99,9G
6¼ dgl. KS 420	96,2G	96,2G
9¼ dgl. KO 1301	104,5G	104,5G
8½ dgl. KS 1278	101,1G	101,1G

Bundesbahn

8 dgl. 83 S.42	9/88	100,45	100,35
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,45	100,35
8 ¼ dgl. 83 S.44	12/88	101,25	101,25
8 dgl. 84 S.45	3/89	100,15	100,15
7½ dgl. 84 S.46	4/89	98,35bG	98,35bG
F 8 Bdbahn 72	9/84	100,2	100,2
8¼ dgl. 76	9/84	100,25	100,25
5 dgl 78 III	11/84	99,95	100

Bankschuldverschreib.

F 8 Allg. Hypo. Pf 1	82,5G	82,5G
6½ dgl Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100,25G	100,25G
F 7½ Bakola Pf 104	100,45G	100,45G
9 dgl. Pf 106	103,05G	103,05G
10 dgl. Pf 108	107,55G	107,55G
7 dgl. KS 132	95,7G	95,7G
8 dgl. KS 155	99,4G	99,4G
9 dgl. KS 169	102,15G	102,15G

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee höher bewertet wurde, mußte Kakao kleine Einbußen hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	16. 7.	13. 7.
Juli	337,75	343,00
Sept.	345,00	348,50
Dez.	351,00	352,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	16. 7.	13. 7.
St. Lawrence 1 CW	245,44	246,59
Amber Durum	244,10	246,00
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	133,50	133,50
Okt	140,20	140,80
Dez.	145,20	145,90
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	125,80	125,30
Okt.	121,90	120,30
Dez.	119,60	118,60
Hafer Chicago (c/bush)	16. 7.	13. 7.
Juli	184,50	185,75
Sept.	178,25	182,75
Dez.	179,50	180,50
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	356,75	350,25
Sept	312,75	313,00
Dez.	297,00	298,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)	16. 7.	13. 7.
Juli	132,00	130,80
Okt	128,50	127,00
Dez.	129,50	128,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	16. 7.	13. 7.
Terminkontr. Juli	148,25	147,50
Sept	140,80	139,80
Dez.	137,40	136,90

Kakao New York ($/t)	16. 7.	13. 7.
Terminkontr. Juli	2090	2116
Sept.	2145	2175
Dez.	2115	2135
Umsatz	–	3326
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,57	4,72
Okt.	4,82	4,94
Jan	5,35	5,44
März	5,93	6,05
Mai	6,22	6,35
Umsatz	5840	6969
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	16. 7. 4,64	13. 7. 4,57
Kaffee London (£/t) Robusta-	16. 7.	13. 7.
Kontrakt Juli	2182–2186	2195–2196
Sept.	2188–2190	2196–2196
Nov.	2209–2210	2218–2220
Umsatz	1997	1901
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1746–1750	1800–1810
Sept.	1740–1741	1777–1778
Dez.	1684–1685	1709–1710
Umsatz	3752	2949
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	128,60–129,20	130,80–131,00
Okt	136,20–136,30	138,40
Dez.	144,00–145,20	147,00–147,80
Umsatz	1901	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	16. 7.	13. 7.
schw. Sarawak spez.	357,50	357,50
weißer Sarawak	615,00	615,00
weißer Muntok	622,50	622,50

Öle, Fette, Tierprodukte

	16. 7.	13. 7.
jegl. Herk. cif	1055,00	1060,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	545,00	540,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	580,00	555,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	220,00	220,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippines cif	1350,00	1300,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	266,00	268,00

Wir trauern um Herrn

Altlandtagspräsident

Dr. Franz Gurk

Träger des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
des Großen Silbernen Ehrenzeichens der Bundesrepublik Österreich
des Großkreuzes des päpstlichen Gregorius-Ordens
der Konrads-Plakette des Erzbistums Freiburg

der am 12. Juli 1984 im 67. Lebensjahr von uns gegangen ist.

Herr Dr. Gurk gehörte von 1964 bis 1972 dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an und war von 1969 bis 1972 dessen Vorsitzender.

Wir verdanken ihm viel. Sein Wirken für unser Unternehmen war geprägt von seiner starken Persönlichkeit, seinen reichen Erfahrungen und der Geradlinigkeit seines Wesens. Er stand uns immer mit Rat und Tat zur Seite. Wir werden seiner stets in großer Dankbarkeit gedenken.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
Badenia Bausparkasse Aktiengesellschaft

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Fußnote zu Fußnoten

mar. – Was wäre die wissenschaftliche Literatur ohne Fußnoten? Man kann sich natürlich die Beantwortung einfach machen und sagen: lesbar! Aber das hieße, eine der schönsten Blüten der Forschung mißachten. Denn erst durch Fußnoten gewinnt archivarischer Fleiß den vollen akademischen Lorbeer.

So war denn auch schon lange fällig, was jetzt endlich Wirklichkeit geworden ist: Die Fußnote als Gegenstand einer wissenschaftlichen Monographie (mit reichlich Fußnoten). Peter Rieß hat als Jahresgabe des Berliner de Gruyter-Verlages „Vorstudien zu einer Theorie der Fußnote" vorgelegt. Da werden wir belehrt über den „nominalistischen", „realistischen", „empirischen", „dezisionistischen Fußnotenbegriff". Rieß weist auf die feinen Unterschiede zwischen den Dedikationsfußnoten, den Danksagungsfußnoten, den Weihrauchfußnoten und den Selbstbespiegelungsfußnoten hin. Die allgemeine wie die spezielle Fußnotenakzeptanz verliert hier ihr Geheimnis, wie allerdings auch die Gefahr einer galoppierenden Fußnotenneurose und der Fußnotenfetischismus nicht nur in Tarnfußnoten auftauchen. Rieß' Arbeit ist – trotz bescheidener 23 Seiten mit freilich 66 Fußnoten – ein Werk, das uns schon lange gefehlt hat.

Studenten und Doktoranden wissen nun besser, wann und ob sie überhaupt ihre Seminararbeiten mit – fußnotenbelegten – Zitaten Ihres Professors füllen sollen. Sie realisieren: Reichlich Fußnoten können niemals schaden! Denn: „Die Fußnote hat ihren Sinn in sich selbst. Wissenschaftliches Schrifttum bedarf der Legitimation durch Fußnoten" (Rieß: „Vorstudien zu einer Theorie der Fußnote").

Mailand: Ehe zwischen Scala und Mustermesse

Unterm Markensiegel

Vernunftehen sind nicht immer die schlechtesten, zumal wenn eine gute Mitgift die Unterschiede zwischen den Partnern mildert. „Dies ist die beste Ehe, die die Scala in ihrem über 200jährigen Dasein geschlossen hat", kommentiert denn auch ihr Intendant Carlo Maria Badini die eben besiegelte Partnerschaft zwischen dem „Tempel der Oper" und der Mailänder Mustermesse.

Die Fiera di Milano, die als Gesellschaft des öffentlichen Rechts keine Gewinne verzeichnen darf, hat sich verpflichtet, von 1985 an zunächst für fünf Jahre als Koordinator für potentielle Sponsoren zu dienen, die die Auslandstourneen der Scala finanzieren werden. Bereits vorgesehen sind Aufführungen in den wichtigsten Opernhäusern Europas, Japans, Nordamerikas und Australiens.

Der Grundgedanke für den Partner Fiera heißt: Die Produkte „made in Italy" sollen in der ganzen Welt bekannt werden und das kann man nicht besser tun, als unter dem Siegel der weltbekannten Scala. Dabei haben die Geldgeber keinerlei Einfluß auf die künstlerische Wahl und die Ausführung, sie dürfen nur zahlen und werden zum Dank diskret im Programm erwähnt. Sponsoren zu finden ist dennoch kein Problem. Im Gegenteil: Während andere Kulturinstitutionen in Ermangelung staatlicher Hilfe verzweifelt nach Mäzenen Ausschau halten, wetteifern die von Badini „Fürsten" genannten Wirtschaftsunternehmen, die Scala unterstützen zu dürfen. Der Lohn für ihre gute Tat klingt nicht nur in den Ohren wohl. Zumal seitdem das neue Steuergesetz erlaubt, Gelder für kulturelle Zwecke steuermindernd abzusetzen.

Die ständig ausverkaufte wie tief verschuldete Scala, die ihre immer zu spät ausgezahlten Staatssubventionen als Zinsen für Überbrückungs-Kredite ausgibt und darum selten die großen Stimmen und Dirigenten, die ihr Rang verlangt, rechtzeitig engagieren kann, scheint dank der Ehe mit der Wirtschaft goldenen Zeiten entgegenzusehen.

MONIKA von ZITZEWITZ

Düsseldorfer Kunsthalle zeigt Karl Otto Götz

Schwarze Wirbelwesen

Künstler wollte er werden, davon träumte Karl Otto Götz schon als Kind, und so malte er bereits mit zehn Jahren die Landschaften am Rande seiner Heimatstadt Aachen. Mit einer umfangreichen Rückschau auf das künstlerische Lebenswerk ehrt ihn nun die Düsseldorfer Kunsthalle zum siebzigsten Geburtstag. Als Mitglied der Gruppe Cobra und als Künstler des Informel hatte Götz in den fünfziger Jahren weltweit Beachtung gefunden. Ein leidenschaftlicher Verfechter der Avantgarde ist er gewesen und der Lehrer namenhafter Künstler wie Graubner, Richter oder Mack.

Die Brisanz jener Cobra-Manifeste und der militante Kampf um die Freiheit der Kunst sowie die Aufbruchseuphorie der ersten Nachkriegsjahre, die ihre Erfüllung allein in einem stil- und formautonomen Ausdruck suchte, sind heute schwer nachzuvollziehen. In Düsseldorf werden der Bogen dieses Schaffens, die innere Logik, die ihm Rang und Gewicht verleiht, sehr deutlich.

Götz gelang es auch im Kriege unbeirrbar an dem zu arbeiten, was offiziell verboten und verpönt war. So sind die frühesten Bilder der Ausstellung noch anonym mit der Möwe seines Segelfliegerabzeichens signiert. Es sind die sogenannten Spritzbilder, in denen er auf farbig gespritzten Fond menschliche und tierische Figurationen mit surrealistischen Einschlag malte. Ähnlich wie bei Miró, Klee oder Baumeister schweben die abstrahierten Gestalten vor einem transparenten Grund. Vehementer und auch intensiver in der Farbe sind die Gemälde des folgenden Jahrzehnts, die ihren Höhepunkt in dem fünfteiligen Cobra-Bild von 1951 erreichen. Naturmythische schwarze Fabelwesen treten hier dramatisch vor einem hellen, neutralen Grund.

Ein Jahr später lösen sich diese Formen auf. In Anlehnung an den Automatismus von Wols und an der „Action painting" von Pollock improvisiert Götz nun seine Bilder aus einem spontanen, fließenden Malgestus heraus. Frei und unbeschwert verteilt er die Pinselstriche über die Leinwand. Entscheidend für diesen Durchbruch ist die Entwicklung einer eigenen Technik. Auf einer noch feuchten Kleisterschicht trägt Götz in Sekundenschnelle die Farbe auf. Stürmische, oft gegensätzlich bewegte schwarz-weiße Bahnen, das rasante Tempo der sogenannten Wirbelbilder bestimmen seine Handschrift. Es sind geballte graphische Zeichen, Linienbündel, Kreuzungen, die als unmittelbare Niederschrift aus dem Unterbewußtsein gedeutet werden.

Götz ging es zunächst wohl, wie bei den meisten seiner Zeitgenossen, um die Auflösung der klassischen Formelemente, um die absolute Freiheit von Maler und Betrachter: „Die poetische Ausstrahlung eines neuen Bildes ruft Assoziationen hervor, die ich ausnutze, um einen Titel zu finden. Ich wähle dann deutsche, französische, englische oder am liebsten skandinavische Worte, die ich etwas verfremde. Ich möchte damit vermeiden, durch einen zu eindeutigen Titel den Betrachter zu zwingen, dies oder das in mein Bild hineinzusehen. Der Betrachter soll frei bleiben."

Völlig unkontrolliert sind die Bilder von Götz jedoch keineswegs. Um der Willkür zu entgegnen entwickelt er Serien, Variationen nicht von Formen, aber von Formulierungen, die seinen eigenen Kosmos darstellen. Die Düsseldorfer Rückschau auf sein Werk ist ein interessantes Erlebnis, man vermißt jedoch etwas die Sinnlichkeit eines Wols und den Farbenrausch eines de Kooning oder eines Nay. (Bis 22. Juli, Katalog 25 Mark; anschließend Saarbrücken und Esslingen)

MARIANA HANSTEIN



Ein Wegbereiter der deutschen Nachkriegskunst: Karl Otto Götz vor seinem „Cobra-Bild" (1951) FOTO: KATALOG

Höhepunkt des Glyndebourner Jubiläums-Festivals: Straussens „Arabella" unter Bernard Haitink

Der Geist Max Reinhardts über allem

Die goldene Jubiläumsspielzeit des Glyndebourne-Festivals hat heuer einen ausgesprochen königlichen Anstrich bekommen. George Christie, der Sohn des Gründers und Chairmans, wurde – sozusagen als Verneigung des Establishments vor dem Opernwunder von Sussex – in den Ritterstand erhoben und heißt nun Sir George. Die Queen hat sich für eine Aufführung der „Arabella" angesagt, und diese erste Glyndebourne-Inszenierung der letzten Gemeinschaftsarbeit von Richard Strauss und Hugo von Hofmannsthal bildet denn auch einen zweiten künstlerischen Höhepunkt der Spielzeit, deren erster die „Krönung der Poppea" in der Inszenierung von Peter Hall (vergl. DIE WELT vom 9. Juni) gewesen war.

Es ist nicht ohne Ironie, daß Glyndebourne, wo man Mozart und Strauss gleichsam als Hauskomponisten adoptiert hat, erst jetzt jene Oper nachholt, die im Jahr vor der Festspiel-Gründung auf ausdrücklichen Wunsch von Strauss in Dresden Fritz Busch dirigieren sollte. Der wurde damals bekanntlich ins Exil getrieben und begann im Jahr darauf als erster musikalischer Direktor in Sussex. Mit ihm und der „Arabella" fing also alles an in Glyndbourne. Die diesjährige Inszenierung war Wiedergutmachung und Verbeugung vor den heimlichen Hausgöttern des Festivals in einem.

Unter der Stabführung von Buschs jüngstem Nachfolger Bernard Haitink wird das London Philharmonic Orchestra der hohen Aufgabe voll gerecht. Es brilliert durchaus nicht nur mit der Walzerseligkeit des zweiten Akts. Haitink gibt der oft äußerst komplexen Partitur scharfe Konturen und erreicht ein hohes Maß an Plausibilität. Die „Theorie von Glyndebourne", wonach der Regisseur ebenso wichtig sei wie der Dirigent, was es Peter Hall zufolge „an keinem anderen Opernhaus außer Bayreuth gibt", diese Theorie trägt in der Zusammenarbeit von Haitink und dem Strauss-erfahrenen John Cox die schönsten Früchte.

Der intime Charakter der kleinen Bühne paßt der „Arabella" wie angegossen. Cox zieht alle Register seiner auf feinste Charakterisierung abzielenden Inszenierungskunst, um das Publikum zu entzücken. Auch dies eine alte Glyndebourne-Tradition: Cox war Assistent Carl Eberts, der wiederum ein Jünger Max Reinhardts war. Mit einer stupenden Fülle szenischer Einfälle führt er die schon *fadenscheinige und leicht anrüchige* Welt einer k. u. k.-Aristokratie vor, in der ein Vater seine Tochter an einen alten Krösus verkuppeln will, um fürs Kartenspiel wieder solvent zu werden, und in der Arabellas Mutter sich fast schon schamlos vom Liebhaber der Tochter die Cour schneiden läßt. Vor dieser Welt hebt sich die wundervolle Mädchengestalt der Arabella um so strahlender ab.



„Der Richtige, wenn's einen gibt für mich": Ashley Putnam als Arabella und John Bröcheler als Mandryka in der Inszenierung der Glyndebourner Festspiele FOTO: GUY GRAVETT

Die Bühnenbildnerin Julia Trevelyan Oman, die man bereits von Hamburg und Kassel kennt, debütierte in Glyndebourne und zauberte ein Wien auf die Bühne, wie es wienerischer kaum vorstellbar ist. Oman gehört zu jenen Bühnenbildnern, die sich noch voll in die historische Epoche eines Werkes versenken können. Um das Kolorit der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einzufangen, hatte sie vor Ort regelrecht kriminalistische Arbeit geleistet. So fand sie etwa heraus, daß das Hotel Ambassador am Neuen Markt einst jenes Hotel Munsch war, in dem Graf Waldner mit seinen Töchtern abgestiegen sein soll, und daß dieses Hotel zu jener Zeit schon recht heruntergekommen war und auch ein Casino besaß. Unter Auswertung zeitgenössischer Lithographien und Gemälde rekonstruierte sie exakt ein bestimmtes Zimmer dieses Hotels mit Blick auf den Neuen Markt. Sie entdeckte in Wien eine Zeichnung des Sperl-Ballsaals samt Vorraum für den glanzvollen zweiten Akt und bekam prompt großen Beifall, als sich der Vorhang hob.

Die amerikanische Sopranistin Ashley Putnam in der Titelpartie führt dann diese wundervoll geschlossene Aufführung zum absoluten Triumph. Es geschieht selten, daß das überwiegend konservative Publikum Glyndebournes vor Begeisterung förmlich rast. Aber in den tiefen Lagen hat der volle, runde Sopran der Putnam eine herrliche Leuchtkraft, die sich bei der Verlobung mit Mandryka beim „und du wirst mein Gebieter sein" zu unerhörtem Schmelz steigert, so daß alle wie bezaubert waren. Die Sängerin, äußerlich die Anmut in Person, gibt eine Arabella, die nie zur Idealgestalt erstarrt. Sie stellt den komplizierten Mädchencharakter von Hofmannsthals lyrischer Komödie absolut glaubhaft dar, vom gebotenen Stolz bis hin zur Koketterie, die der Figur ja keineswegs fremd ist und mit der sie es in vollen Zügen genießt, im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit zu stehen *und von Freiern umschwärmt zu* werden.

Der holländische Bariton John Broecheler besitzt die Impulsivität und den Magnetismus des „Richtigen". Seine Eifersucht steigert sich bei den von Arabellas Schwester angerichteten Verwicklungen zu othellohafter Dämonie. Dann rast er wie der Bär durch den Ballsaal, der ihn vor seiner Ankunft in Wien in seinen Wäldern „umarmt" hatte.

Eine weitere Amerikanerin, Gianna Rolandi, hatte zum Festivalbeginn als Susanna begeistert; hier als Zdenka kann sie die hohen Erwartungen nicht ganz erfüllen. Regina Sarfaty, der dritte US-Import, überzeugt dagegen als Adelaide mit ihrem komödiantischen Spiel. Eine herausragende stimmliche Leistung bietet auch der Wuppertaler Artur Korn als Graf Waldner. Sein prachtvoller Baß schafft das markante Gegengewicht zu den beiden Protagonisten. Er sorgt dafür, daß Glyndebournes ganz besondere Stärke, die Ensemble-Leistung, wieder einmal, voll zur Geltung kommt. Hofmannsthal läßt eine seiner Gestalten sagen: „Wir schweben immer über einem Abgrund." Cox und Haitink haben es verstanden, diesen Ernst des Dramas mit seiner heiteren Spielfreude in Balance zu bringen.

Weniger glücklich war Gustav Kuhn als Dirigent von Mozarts „Cosi fan tutte", einer Wiederaufnahme von Peter Halls Einstudierung des Jahres 1978. Hall hat Don Alfonso noch den letzten Funken von Buffo-Leichtigkeit ausgetrieben. Claudio Desderi gibt ihn als gefährlichen Choleriker, der den dummen Jungs Ferrando und Guglielmo eine Lektion in Realismus erteilt und sich beim Inszenieren des Treuetests von einem Zeremonienmeister mit Narrenkappe als stummer Person helfen läßt. Der Rokokogeist der Opera Buffa wird über dieser psychologischen Exploration zum Schaden des Ganzen erstickt. Ein Lichtblick immerhin: Carol Vaness als Fiordiligi.

SIEGFRIED HELM

Abegg-Stiftung bei Bern zeigt textile Chinoiserien

Phantasien des Rokoko

Mitten im schweizerischen Bauernland, im Dorf Riggisberg bei Bern, residiert mit der Abegg-Stiftung eine Kunstsammlung von Weltrang. Ihre Spezialität ist eine einzigartige Sammlung alter Textilien sowie ein Atelier für Textil-Restaurierung, dem wertvolle Stoffe aus aller Welt anvertraut werden.

Aus den Beständen dieser Textiliensammlung wurde die diesjährige Sommerausstellung „Chinoiserien – Der Einfluß Chinas auf die westliche Kunst" eingerichtet. Sie umfaßt Stoffe aus den europäischen „Traumfabriken" des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, ergänzt durch bemalte „chinesische" Möbel, Lackarbeiten, Tafelporzellan, Nippes.

Chinoiserien sind notabene ausschließlich in Europa hergestellte, fernöstliches Kunsthandwerk nachahmende Objekte, die in der ungestillten Orientsehnsucht des Europäers wurzeln. Der Orient, allem voran China, war in der westlichen Vorstellung – aufgrund der durch die „Ostindischen Kompanien" eingeführten Handelswaren und Informationen – eine Welt märchenhaften Reichtums und größter Vollkommenheit, eine Utopie. Letztlich aber blieben die Europäer in Sachen China auf die eigene Vorstellungskraft angewiesen – die Chinoiserien sind das Ergebnis dieser Phantasien, die im Rokoko ihren verspielten Höhepunkt erreichten.

Die Tapeten, die Täfelungen, die Lackmöbel, das Porzellan in den Herrschaftssitzen der Hautevolee von Deutschland bis Spanien zierten gemalte Idyllen mit fächerwedelnden, schlitzäugigen chinesischen Nobeldamen, in filigranen Pagoden sitzen bezopfte Würdenträger, Dschunken schaukeln in romantischen Buchten, Teezeremonien. Alles ist umschlungen von nicht enden wollenden „indianischen" Blumenranken, verflochten mit Sonnenschirmen, exotischen Vögeln und Früchten. Selbst die geschwungenen Formen der Rokoko-Möbel gehen auf importierte chinesische Vorbilder aus der Ming-Zeit zurück. In die vornehmen Wandelgärten stellte man „chinesische" Pavillons – man denke an die Pagodenburg des Nymphenburger Parks. In romantischer Verklärung wurden die Subtilitäten der chinesischen Kultur vom Europäer nachempfunden – ohne daß er freilich zu deren tieferer Deutung in der Lage gewesen wäre.

Den gewobenen, bestickten textilen Chinoiserien kommt ein besonderer Stellenwert zu, sind doch wesentliche Impulse von diesen Textil-Mustern auf die anderen Zweige des Kunsthandwerks ausgegangen. Die Seiden- und Wollstoffe für Prunkbetten, Wandbespannungen, Vorhänge und Möbelbezüge, die in der Abegg-Stiftung zu sehen sind, blenden durch ihre im 18. Jahrhundert schier unglaubliche Prachtentfaltung. Exklusive Textilwerkstätten vor allem in Frankreich, Italien und Deutschland produzierten auf Hochtouren *gold- und silberbroschierte Damaste* und andere Kostbarkeiten mit Chinoiserie-Motiven in Anlehnung an die chinesischen (und japanischen) Originale (die in Europa über längere Zeitspannen nicht eingeführt werden durften, um den einheimischen Markt zu stützen).

Die Imitation mauserte sich schließlich zu einem eigenständigen Stil, an dem Europa mit erstaunlicher Zähigkeit über Jahrhunderte hin festhalten sollte. Renommierte Künstler wie Watteau, Boucher, Höroldt, Effner, Chippendale und Tiepolo waren sich nicht zu gut, Entwürfe für Tapisserien und Gewebe zu liefern.

Die ausgestellten Stoffe sind von solch bestechender Schönheit und Vielfalt, daß man das weitgehende Fehlen des innerhalb der Chinoiserien so wichtigen Dekor-Porzellans und der Fayencen (deren Hochburg Straßburg mit seinen zahlreichen Manufakturen war) verschmerzt.

Im Geleitwort des Ausstellungskataloges wird daran erinnert, daß der Geist der Chinoiserie im Jugendstil, im Art deco der zwanziger Jahre weiterlebte. Wenn das moderne China – für uns immer noch exotisch genug – sich dem Westen weiterhin im bisherigen Tempo öffnet, ist wohl ein „chinoises Comeback" nicht auszuschließen. (Bis 28. Okt.; Katalog 20 sfr)

DONA GALLI-DEJACO

Rosendorfers Wagner-Parodie „Don Tristano"

Goldoni im Posthotel

Er mag ihn nicht und kann doch nicht von ihm lassen. Herbert Rosendorfer, der dichtende Amtsrichter aus München, ein durchtrieben witziger Nachfahre Jean Pauls, fordert Richard Wagner zum Duell. Die Schlacht wird sowohl von Wagners wie auch von Rosendorfers Figuren ausgetragen, und beide verlassen den Kampfplatz als Sieger. Wagner, weil ihm sowieso niemand etwas anhaben kann; Rosendorfer, weil er mit Geschick nachweist, daß man mit Wagner immer noch etwas Neues anfangen kann. Wenn nämlich Goldoni die Libretti der Wagner-Opern geschrieben hätte und dann Bellini-Donizetti-Offenbach die Musik dazu, dann hätte auch Rosendorfer nichts an Wagner-Opern auszusetzen.

Um dies zu beweisen, läßt Rosendorfer die Figuren des Tristan im Rahmen einer *Pseudo-Goldoni-Ko*mödie agieren. Es ist ein großer Schabernack. Goldoni selbst tritt zunächst auf und müht sich damit ab, den hohen Wagner-Stoff zu „goldonisieren". Denn er ist wie Rosendorfer der Meinung, daß Wagners Tristan, statt uns – wie üblich – zu langweilen, uns durchaus erheitern könnte – wenn das Stück *nur* von Goldoni wäre und *die Schauspieler gut* bei *Singstimme*.

Höchst angemessen wurde die Burleske, genannt „Don Tristano e Donna Isotta", im berühmten „Pflaums Posthotel Pegnitz" bei Bayreuth aus der Taufe gehoben. Die Premiere war am 15. Juli; es folgen noch einige weitere Abendvorstellungen, aber am 22. des Monats ist schon Schluß. Interessenten müssen sich also sputen.

Der große Reiz des Unternehmens besteht darin, daß man den Darstellern ohne weiteres glaubt, daß sie nur *ausprobieren*, was sie da spielen – und am Ende ist es doch ein *richtiges* hübsches Spiel, dessen originellster Einfall darin besteht, Goldoni und Lessing zusammentreffen zu lassen, mit der Erkenntnis: In *Wahrheit* ist die Welt zwar ein Trauerspiel, doch in *Wirklichkeit* zieht man die Komödie vor, weil sie der Illusion am nächsten kommt, wenigstens hier widerfahre jedermann Gerechtigkeit, könne jeder nach seiner Fasson selig werden.

Offensichtlich hat Rosendorfer eine tiefe Abscheu gegen alles Pathos, alle Verstellung im wirklichen Leben – und liebt wie ein Besessener die Verstellung der Kunst. Und so mag er denn auch den Menschen nackt – doch sollte er zum Entzücken zugleich auch schön gewandet sein, so daß die zwanghafte Vorstellung wenigstens zeitweise verschwindet, man könne als Künstler diese Welt nur noch parodieren, dann hat unser Dichter auch nichts dagegen einzuwenden.

Das entzückende Ambiente des Posthotels trägt dazu bei, daß man Rosendorfer fast alles abnimmt, auch die verquerste Dialektik. Angesichts eines wohlkomponierten Menüs der Nouvelle cuisine mit sechs Gängen kommt man zu der Überzeugung: Am liebsten möchte der Mensch doch verwöhnt werden; wohl dem also, der *verwöhnen kann – etwa mit* Vögelchen, die mit Speck, Salbei und Rosmarin gegrillt sind, mit venezianischem Fisch, zarten Nudeln samt Basilikum und Pilzen. Das alles ist magen- und kopffreundlich zugleich; lediglich wer seinen Hunger nach Erkenntnis unbedingt durch dramatische Kunst befriedigen möchte, mag einen echten Wagner vorziehen.

P. P. Pachls Theatertruppe hat das Ganze angerichtet, und sie stellte die im wahrsten Sinne köstliche Seite der Rosendorferschen Dialektik heraus: Während im Stück immerzu damit gespielt wird, dem Zuschauer zu zeigen, *wie* gespielt wird, so daß der gespielte Unernst heiter stimmt (und dadurch natürlich auch Stil entsteht), zeigt in den Pausen allein die Küche *ihre Künste, ihren Stil. Und die Kü*che läßt es weniger gern zu, daß irgendwelche Neugierige die Nase bei ihr hereinstecken. Denn wie *gekocht* wird, muß verborgen bleiben. Von der Küche verlangt man das Fertige, das Vollendete.

Nicht so von der Musik, zumal nicht von der Musik eines Richard Wagner. Oder ist es vielleicht gerade das, was Rosendorfer an der Wagnermusik stört? Es sollte jedenfalls niemanden verwundern, wenn eines Tages Rosendorfer zu seinen Stücken die Musik selbst komponiert.

GODEHARD SCHRAMM

JOURNAL

Die Jugend und die nationale Geschichte

dpa, **München**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat die junge Generation dazu aufgerufen, „unsere nationale Geschichte gründlich zu erforschen, um Verfälschungen und Alleinvertretungsansprüchen entgegentreten zu können". Vor der Schüler Union Bayern sagte Zimmermann, die „DDR" versuche seit Jahren, ihren Staat als fortschrittliches Ergebnis deutscher Geschichte darzustellen. Der Schulunterricht in der Bundesrepublik müsse auch das Ziel haben, das Verlangen nach einer Einheit der deutschen Nation wachzuhalten. Der Wille zu dieser Einheit könne nur bewahrt werden, „wenn die Deutschen auch ihre Geschichte kennen". Der Bundesinnenminister warnte vor der „ernst zu nehmenden strategischen Minderheit" DKP-orientierter Jugendlicher, weil diese besondere aktivistische und organisatorische Fähigkeiten mitbrächten.

Die Chinesische Mauer wird zur Ruine

AFP, **Peking**

Die Chinesische Mauer zerfällt zur Ruine; nur noch 16 Prozent des gewaltigen Bauwerks sind derzeit intakt. Die chinesische Presse berichtete, daß die Mauer nicht nur Opfer der natürlichen Verwitterungserscheinungen, sondern auch des Vandalismus sei. Die vor 2500 Jahren zum Schutz gegen Mongolenhorden errichtete, 6000 km lange Mauer ist augenblicklich nur im Bereich von Balading zu besichtigen. Ein neuer, 1,5 km langer Abschnitt der Mauer im Nordosten von Peking soll im Oktober für Touristenbesuche freigegeben werden.

Hundertwasser erhält Goslarer Kunstpreis

dpa, **Goslar**

Friedensreich Hundertwasser ist mit dem Goslarer Mönchehaus-Preis für Kunst und Umwelt ausgezeichnet worden. Der 1928 in Wien geborene Künstler erhielt diese Auszeichnung „für seinen engagierten und phantasievollen Einsatz für *ein Leben in einer natur- und men*schenwürdigen Umwelt".

James Cagney 85

jn. **Bonn**

Er selbst bezeichnet sich als „Song-and-Dance-Man". Populär geworden ist James Cagney in der klassischen Rolle des kleinen Gangsters – aggressiv wie ein Kampfhahn, voll tiefer Verachtung gegenüber seiner Umwelt. Typisch für ihn sind seine nervösen, sprunghaften Gesten, sein staccatohaftes Sprechen und sein schnelles vulgäres Mundwerk. Am 17. Juli 1899 wurde er als Sohn irischer Einwanderer geboren. Er wuchs in der Lower East Side von Manhattan auf. 1919 erhielt er sein erstes Engagement in einem Revuetheater. 1920 kam er als Sänger und Tänzer an den Broadway. Von dort gelang ihm 1930 der Sprung nach Hollywood, wo er zu seiner eigenen Verblüffung 31 Jahre lang blieb. Cagney verließ Hollywood mit Würde – ohne Glamour und Skandale – und lebt nun zurückgezogen auf seiner Farm in Stony Brook (N. Y.). Heute wird er 85 Jahre alt.

Fritz Schmalenbach †

Der Tod hält Ernte unter den eigenwilligen deutschen Kunsthistorikern. Nach dem Ableben Sedlmayrs wird aus Lübeck dasjenige von Fritz Schmalenbach, wenige Tage nach seinem 75. Geburtstag, gemeldet. In der Öffentlichkeit war er weniger bekannt als sein Vetter Werner Schmalenbach in Düsseldorf. Fritz Schmalenbach leitete bis 1974 die Kunstmuseen von Lübeck, doch lag die Bedeutung des Professors an der Universität Kiel vor allem in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Er war Pionier auf vielen Gebieten; seine Dissertation von 1935 war das erste wissenschaftliche Buch über den Jugendstil; 1942 wies der in Bern tätige Emigrant als erster in deutscher Sprache auf die amerikanische Malerei um Hopper hin. Vor allem aber genoß er einen esoterischen Ruhm als einer der strengsten Durchdenker der künstlerischen Moderne: Seine Untersuchungen über die Rolle des Gegenstandes in der Malerei sind eines der letzten großen Stücke Philosophie aus der Feder eines Kunsthistorikers.

A. M.

E. Tidyman gestorben

AP, **London**

Der amerikanische Drehbuch- und Romanschriftsteller Ernest Tidyman ist im Alter von 56 Jahren in einem Londoner Krankenhaus gestorben. International bekannt wurde er 1971 durch den Gewinn des Oscars für das Drehbuch zum Film „The French Connection". Er verfaßte u. a. auch das Drehbuch für „High Plains Driver" mit Clint Eastwood in der Hauptrolle. Für seine sieben „Shaft"-Romane über einen schwarzen Verbrechensbekämpfer erhielt er einen Preis der US-Vereinigung zur Förderung der Farbigen.

Korruption beim staatlichen Fernsehen?

KLAUS RÜHLE, Rom

Ein neuer Riesenskandal erschüttert in diesen Tagen Italien. Diesmal steht der Generalstab des Staatlichen Fernsehens (RAI) im Schußfeld. Präsident Sergio Zavoli, Vizepräsident Giampiero Orsello, Generaldirektor Biagio Agnes, die Programmdirektoren, insgesamt 23 Spitzenfunktionäre stehen unter dem Verdacht, mit öffentlichen Geldern Mißbrauch betrieben zu haben. Ihnen wird maßlose Verschwendungssucht, Kassendiebstahl und Bilanzfälschung vorgeworfen. Die 23 sind Exponenten der verschiedenen Parteien. Weder sie selbst noch die Parteileitungen nahmen bisher Stellung zu den Anschuldigungen nach dem Grundsatz: „Schweigen ist Gold, warten Sie ab“, bis der Untersuchungsrichter Giacarlo Armati seine Anklagen genauer formuliert und belegt hat.

Man kann nicht sagen, daß ihm diese Aufgabe erleichtert wird. So ist es ihm bis heute nicht gelungen, ein detailiertes Verzeichnis aller von der RAI mit ausstehenden Produktionsgesellschaften abgeschlossenen Verträge ausgehändigt zu bekommen.

Dem Generalstab des Staatlichen Fernsehens wird vor allem vorgeworfen, die Herstellung ihrer wichtigsten und teuersten Programme an private Produzenten verpachtet zu haben, anstatt sie in eigener Regie und mit eigenen Mitteln herzustellen. Das gilt z.B. für die monumentalen Serien wie „Marco Polo“ und „Giuseppe Verdi“ sowie für den Columbus-Superstreifen. Wie in polemischen Kommentaren der italienischen Presse hervorgehoben wird, hat die RAI im vergangenen Jahr 167 Verträge mit außenstehenden Regisseuren und Programmierern abgeschlossen, obwohl sie über 600 betriebseigene Spezialisten verfügt, die gut besoldet, aber unbeschäftigt sind.

Als Beispiel für die Verschwendungssucht des Staatlichen Fernsehens in Italien gilt ein Vertrag, der im September 1982 mit der amerikanischen Televisions-Gesellschaft NBC unterzeichnet wurde. Er verpflichtet die RAI bis zum September 1987 rund 300 Stunden Sportsendungen und 200 Stunden „Fiction“-Programme zum Festpreis von 350 000 Dollar pro Vierteljahr zu übernehmen, ohne sicher zu sein, daß dieses Sendematerial auch geeignet und interessant für das italienische Publikum ist. Millionen aus dem Fenster geworfen habe die RAI, so heißt es in der Presse, für den völlig überflüssigen Kauf der Aktienmehrheit von Tele Monte Carlo. Untersucht wird auch das Geschäftsgebaren der RAI und ihrer Tochtergesellschaft Fonit-Cetra, einer Schallplattenfirma, die seit Jahren in roten Zahlen schwimmt.

Was die italienische Öffentlichkeit besonders erregt, sind die Superverträge der RAI-Direktion mit Unterhaltungsstars vom Typ des Showmasters Pippo Baudo und der Tele-Soubrette Raffaella Carrà. Über die 10-Millionen-Mark-Gage, die Raffaella angeboten und von ihr liebend gern akzeptiert wurde, berichtete die WELT Anfang März dieses Jahres. Damals hatte Ministerpräsident Bettino Craxi vergeblich protestiert.

Auch Italiens Oberster Rechnungshof hat Verschiedenes an der Jahresbilanz der RAI zu beanstanden. Die Spitzenfunktionäre pflegen sich gegen den Vorwurf der Vergeudung öffentlicher Gelder mit dem jesuitischen Hinweis auf den privaten Charakter der Gesellschaft zu verteidigen. Ein Täuschungsmanöver. Die „Privatgesellschaft“ RAI verwendet die Gelder aus den obligatorischen Jahresbeiträgen für Abonnenten und den Publicity-Einnahmen im Auftrag des Staates und versieht damit einen öffentlichen Dienst.

Alles spricht dafür, daß der Skandal um das Gebaren der Spitzenfunktionäre diesmal nicht im Sande verlaufen wird. Die italienische Öffentlichkeit, die ab nächsten Januar erhöhte Beiträge für den Fernsehempfang zahlen soll, wird das nicht zulassen.

Von Spätzle schwärmen Chinas Kicker am meisten

Von XING-HU KUO

„Deutschland ist so herrlich grün und hat viele schöne Bäume.“ Dieses ungewöhnliche Wort inmitten der heftigen Diskussion um Waldsterben und Umweltzerstörung kommt naturgemäß nicht aus deutschem Munde. Genosse Fu Ming-Dao sprach dies in einem WELT-Gespräch aus vor dem nüchternen Umkleideraum für „Gäste“ des Bundesliga-Wiederaufsteigers „Karlsruher Sportclub e. V.“ (KSC). Gerade war der 54jährige Chinese in seinem schlichten Trainingsanzug mit der Nationalmannschaft der Volksrepublik China von einem achtungsvoll verlorenen Spiel gegen den Karlsruher Klub (2:1-Sieg für den KSC) zurückgekommen.

Fu, aus der lieblichen Stadt Hangtschou stammend und schon deshalb für die herrliche Landschaft des Schwarzwaldes schwärmend, wohin die deutschen Gastgeber ihre chinesischen Sportfreunde gebracht hatten, sprach offiziell, allerdings durchaus nicht nur aus konfuzianisch-maoistischer Höflichkeit: Er leitet nämlich Chinas Olympia-Fußballmannschaft in seiner Eigenschaft als „Stellvertretender Generalsekretär der Chinesischen Fußball-Föderation“.

Während die 17 Chinesen, darunter Trainer Zeng Xue-lin, Torschießer Li Hui (der fünf Minuten vor Schluß den Anschluß schaffte), sich in den nüchternen und bescheidenen Duschräumen aus ihren roten Trikots befreiend unter die Brause stellten, schwärmte Genosse Fu, der wie seine Mannschaft erstmalig die Bundesrepublik Deutschland besuchte, weiter von seinen Eindrücken:

„Die Deutschen sind so gastfreundlich – und die Fußballer sehr beeindruckend, haben sie doch einen starken Kampfgeist. Selbst zweitklassige Fußballspieler zeigen diese hohe Kampfmoral.“ Fu gibt allerdings zu, selber kein aktiver Fußballer zu sein, (was sein Lob ein wenig relativiert), glaubt aber dennoch, diese in China immer populärer werdende Sportart in seiner Eigenschaft als Spitzenfunktionär beurteilen zu können.

Die Hochachtung für den deutschen Fußball – gegenwärtig bekanntlich ja nicht gerade in bester Verfassung – ist verständlich. Denn China ist im Gegensatz zu Tischtennis in diesem Ballsport noch Entwicklungsland.

Statt in Vereinen wird der Sport im kommunistischen China zentral gelenkt. In jeder größeren Stadt oder Provinz seien jetzt Fußballmannschaften gebildet worden. Für die Chinesen sei die mehrtägige Reise durch Deutschland auf Einladung einer bekannten Sportartikel-Firma denn auch eher eine Lektion in Sachen Weltniveau.

Immerhin konnten sie vor wenigen Tagen gegen Saarbrücken einen ersten Achtungserfolg durch ein 3:3 verbuchen. Und auch das Karlsruher Ergebnis mit 3500 Zuschauern vor ziemlich leeren Bänken zeigte durchaus, daß Chinas Fußballer gelehrige Schüler sind. Obwohl im Schnitt körperlich einen Kopf kleiner als die Deutschen, zeigten sie Angriffsgeist und technisches Können.

Zu den erfolgreichen und populären Fußballern im Reich der Mitte gehört auch Li Hua-yun. Der Sportstudent aus Shenyang im Nordosten des Reiches, klein, quirlig und unverheiratet: „Uns gefällt es sehr gut in Deutschland. Auch das Essen ist prima.“ Und das launische Wetter läßt sie kalt.

Betreuer Werner Kern, Werbepromoter aus Herzogenaurach und ständiger Betreuer der Chinesen, bestätigt dies: „Wir haben immer einen guten Appetit bei unseren Gästen festgestellt; vor allem auf Fleisch.“ Zur Verwunderung der Köche essen sie mit besonderem Vergnügen schwäbische Spätzle. Kern: „Diese Nudelart wird sogar genommen, wenn wir alternativ Reis anbieten.“ Offenbar ist nicht bekannt, daß vor allem Nord-Chinesen Mehlspeisen bevorzugen, Reis ist in erster Linie im Süden des Reichs der Mitte Hauptnahrungsmittel.

Nur eines mißfiel den Chinesen, was sie sich jedoch in ihrer Höflichkeit nicht anmerken ließen: Die Weinproben, zu denen sie permanent geladen wurden. Die alle im asketischen Geiste Maos erzogenen blutjungen Fußballer hatten größte Mühe, gute Miene zum nicht beabsichtigten „bösen“ Spiel zu machen. Die Chinesen hatten das „Pech“, ständig durch deutsche Weinbaugebiete zu fahren.

Heute treten die Rotchinesen in Koblenz (schon wieder eine Weinstadt) gegen die deutsche Olympiamannschaft an. Bayreuth und Berchtesgaden sind dann die letzten Stationen vor der Heimreise.

Erfreut waren Chinas Fußballer über eine kleine, aber sichtbare Anhängerschar: Chinesen aus ganz Baden-Württemberg waren ins Stadion gekommen. Gastwirte saßen neben Austauschprofessoren, Geschäftsleute winkten. Und neben Inhabern von Pässen aus Peking klatschten auch die Landsleute aus Taiwan: Das chinesische Nationalgefühl ist stärker als Papier.

Drogenprobleme auch im Ostblock bekannt

Nea. Frankfurt

Auch der Ostblock hat seine Drogenprobleme und seine Drogentherapie, auch wenn die offizielle Propaganda dies niemals zugeben würde. Einen schlaglichtartigen Eindruck vermittelt die neueste Ausgabe der Zeitschrift der Selbsthilfeorganisation „Synanon“, die mit Sitz in West-Berlin große Verdienste um die Entwicklung einer freiwilligen Drogentherapie hat.

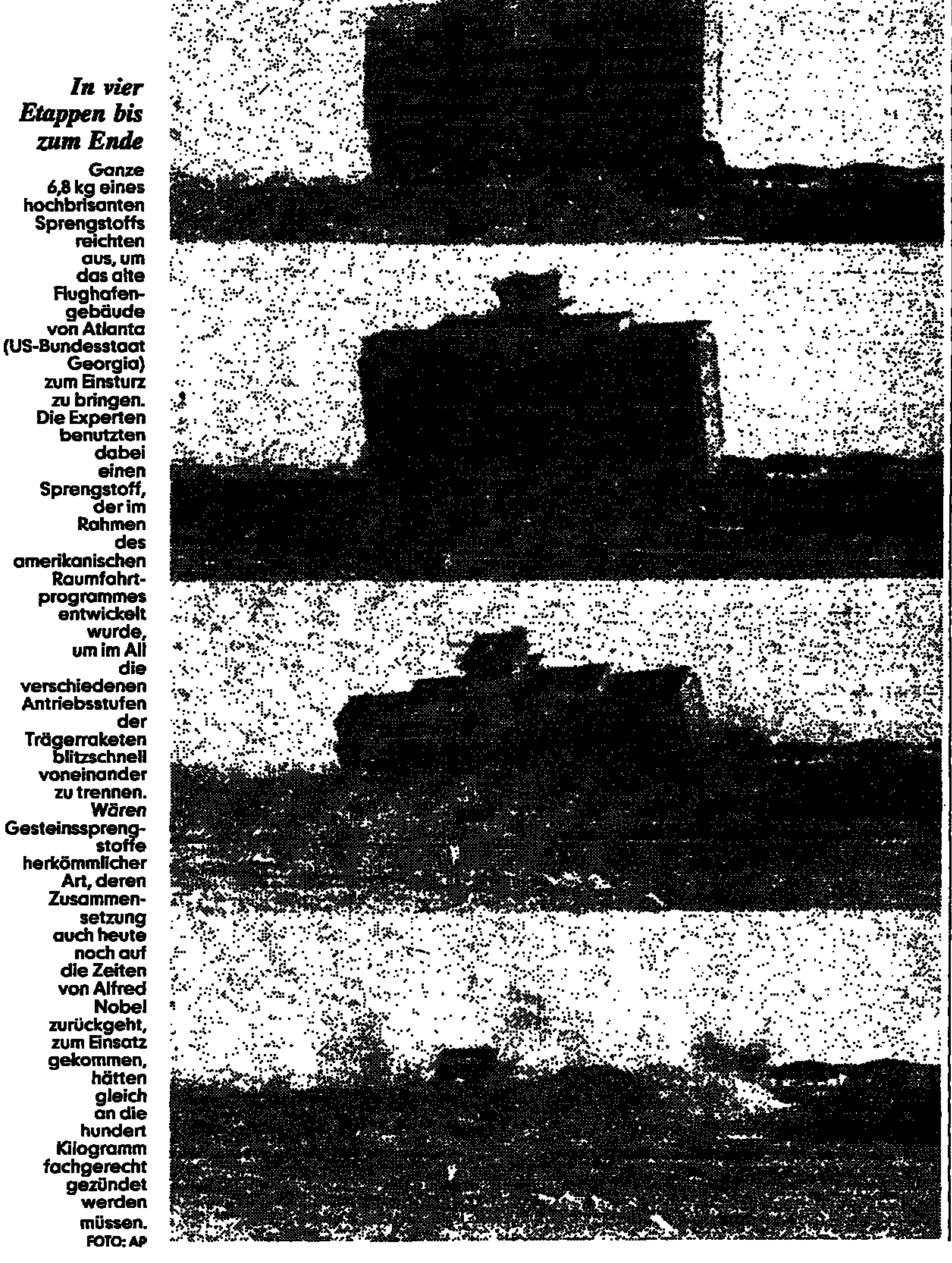
Sechs Leute von „Synanon“ besuchten in diesem Frühjahr die polnische Drogenhilfeeinrichtung „Monar“ in Warschau und Danzig. Ihr Erfahrungsbericht zeigt, obwohl er in Bezug auf offizielle Zahlen natürlich dürftig ist, einen interessanten Ausschnitt.

„Monar“, eine offenbar vom Staat getragene Organisation (Selbsthilfegruppen sind im Ostblock aus rechtlichen Gründen nicht erlaubt), besteht seit etwa fünf Jahren. Sie unterhält zehn Häuser, zwei weitere sind im Bau. Etwa 200 Drogensüchtige durchlaufen dort zur Zeit eine zweijährige Therapie, die sie auf die Rückkehr in ein normales Leben vorbereiten soll. Das Personal besteht aus qualifizierten Fachkräften, aber auch – wie im Westen – aus ehemaligen Süchtigen.

Vieles erinnert an entsprechende Zentren im Westen. Das „Monar“-Haus in Zapowiednik bei Danzig beispielsweise wird so geschildert: Eine alte, stark renovierungsbedürftige Villa, zwei kleinere Häuser, in denen die Mitarbeiter und die „ältesten“ Patienten leben, und eine Holzbaracke mit Küche, Eßraum und Tischlerei. „Es leben hier 33 Süchtige, davon sind drei Kinder und zwei Schwangere. Dazu gibt es eine Menge Hunde und zehn Hundebabies, eine Kuh mit Kalb und viele Hühner. Außerdem existiert ein großer Garten mit Feldern ringsum.“

Man experimentiert. Harte Landarbeit, Spiele, Gespräche, Teetrinken, in den meisten Häusern absolutes Rauchverbot. Keine Zeitungen. Das Wunsch- und Endziel der Therapie ist die Entlassung in eine eigene Wohnung. Aber die gibt es in Polen nur in Ausnahmefällen und nach sehr langer Wartezeit. „Das ist mit ein Grund“, heißt es in dem Erfahrungsbericht der „Synanon“-Leute, „warum in 'Monar' der gute Kontakt zu den Eltern sehr begrüßt und gefördert wird. Das wird der Ort sein, wohin die Süchtigen nach der Therapie zurückkehren werden. Sie haben gar keine andere Möglichkeit des Wohnens.“

Im Westen sieht man in einer Rückkehr ins meist gestörte Milieu des Elternhauses für die drogenabhängigen Jugendlichen eher eine neue Gefährdung.



In vier Etappen bis zum Ende

Ganze 6,8 kg eines hochbrisanten Sprengstoffs reichten aus, um das alte Flughafengebäude von Atlanta (US-Bundesstaat Georgia) zum Einsturz zu bringen. Die Experten benutzten dabei einen Sprengstoff, der im Rahmen des amerikanischen Raumfahrtprogrammes entwickelt wurde, um im All die verschiedenen Antriebsstufen der Trägerraketen blitzschnell voneinander zu trennen. Wären Gesteinssprengstoffe herkömmlicher Art, deren Zusammensetzung auch heute noch auf die Zeiten von Alfred Nobel zurückgeht, zum Einsatz gekommen, hätten gleich an die hundert Kilogramm fachgerecht gezündet werden müssen. FOTO: AP

Taucher bargen napoleonische Druckerpresse

dpa, Kairo

Mitglieder der französisch-ägyptischen Tauchergruppe, die in der Bucht von Abukir nahe der Hafenstadt Alexandrien die Reste der 1798 gesunkenen Flotte Napoleon Bonapartes zu bergen versucht, haben einen bedeutenden Fund gemacht: Wie gestern bekannt wurde, entdeckten sie in einem der insgesamt vier auf dem Meeresgrund liegenden Wracks 55 arabische Lettern einer Druckerpresse, die Napoleon auf seine Expedition nach Ägypten mitgenommen hatte.

Presse aus dem Vatikan

In Fachkreisen gilt die Entdeckung als größter Erfolg seit Beginn der Bergungsarbeiten im Sommer letzten Jahres. Nach Angaben des Chefs der ägyptischen Antikenverwaltung, Ahmed Kadri, hofft man jetzt auch noch die restlichen Lettern zu finden. Napoleon hatte – ein glänzender taktischer Schachzug – die arabische Druckerpresse nach seinem Einmarsch in Italien aus dem Vatikan mitgenommen und nach Ägypten gebracht, um in der Landessprache Befehle und Anweisungen drucken lassen zu können. Vorher war der Druck mit beweglichen Lettern in Ägypten unbekannt.

Niederlage bei Abukir

Die napoleonische Flotte war in der Seeschlacht von Abukir am 1. August 1798 von dem britischen Admiral Nelson vernichtend geschlagen worden. Vier Schiffe, darunter das Flaggschiff „l'Orient“ mit dem Sold für die französischen Soldaten und Matrosen an Bord, waren gesunken.

Das von dem Franzosen Jacques Dumas geleitete Bergungsteam will seine Arbeiten im Sommer nächsten Jahres fortsetzen. Die zuständigen Stellen hoffen, daß die Schiffe gehoben und restauriert werden können. Die in den Wracks gefundenen Stücke von besonderem Wert sollen in einem noch zu errichtenden Museum in Abukir ausgestellt werden.

Endstation Autobahn

Millionen Fixer-Portionen in türkischem Lkw entdeckt

PETER SCHMALZ, München

Mit gebrochener Hinterachse stand tagelang ein grauer türkischer Lastwagen auf dem Rastplatz Spessart der Autobahn Nürnberg–Frankfurt. Das defekte Gefährt führte die bayerische Polizei zum bisher größten Schlag gegen internationale Rauschgifthändler: Unter seiner Plane waren 32 Kilo Heroin im Wert von gut 60 Millionen Mark verborgen. Damit, so Präsident Helmut Trometer vom Bayerischen Landeskriminalamt gestern, hätten 1,2 Millionen Fixer-Portionen hergestellt werden können: „Da drei 'Schüsse' einen Heroin-Konsumenten in die Abhängigkeit bringen können, wären durch diese Rauschgiftmenge an die 400 000 junge Menschen gefährdet gewesen.“

Die Spur zu dem größten bayerischen und drittgrößten deutschen Heroin-Fund konnten Münchner Fahnder bereits vor drei Wochen aufnehmen. Sie hatten Informationen erhalten, wonach ein Händlerring in Amsterdam auf eine türkische Lieferung von zehn Kilo warte und bereits nervös werde, weil das Transportfahrzeug irgendwo in Bayern liegengeblieben sei.

Zehn Tage später wurde bekannt, daß aus Amsterdam eine Crew nach München in Marsch gesetzt wurde, um das Fahrzeug wieder fahrbereit zu machen. Die Polizei konnte die Männer aber nicht ausmachen.

Daraufhin wurden sämtliche Parkplätze an den Transitrouten Salzburg–München–Stuttgart und Salzburg–München–Nürnberg–Frankfurt nach einem defekten Lastzug aus der Türkei abgesucht. Nur noch einige Dutzend Kilometer vor der hessischen Grenze wurden die Beamten am Donnerstag letzter Woche fündig: Am Rastplatz Spessart fanden sie einen abgesattelten Auflieger mit gebrochener Hinterachse, die Zugmaschine fehlte. Eine grobe Prüfung ließ kein Versteck erkennen, aber die Fahnder beobachteten das ziemlich verwahrloste Fahrzeug.

Am nächsten Tag gegen 19 Uhr war es soweit: Ein deutscher Abschleppwagen erschien in Begleitung von zwei fremdländischen Männern. Eine Funkstreife wollte die Fahrzeugpapiere sehen. Da diese fehlten, fuhren die beiden Ausländer wieder davon.

Die beiden Fremden aber kehrten kurz darauf mit einem Kombiwagen zurück und als sie begannen, Bretter aus der Planverstrebung abzubauen und einzuladen, griff die Polizei ein. Trometer: „Und da war für uns die Überraschung perfekt.“ Eine erste Untersuchung ergab: Fünf der Bretter waren raffiniert ausgehöhlt und mit Heroin-Plastikbeuteln gefüllt. Die Beamten prüften nun auch die restlichen grau gestrichenen Verstrebungsbretter und fanden weitere vier mit Hohlräumen. Insgesamt 38 Beutel mit zusammen 32 Kilo 60-prozentigem Heroin wurden sichergestellt.

Die beiden Ausländer wurden festgenommen. Der Haupttäter hatte einen offensichtlich gefälschten türkischen Paß bei sich und operierte in der Rauschgiftszene mit verschiedenen türkischen Namen. Zur Zeit nennt er sich Bayram Yüksel und ist angeblich 43 Jahre alt. Das LKA glaubt, der wahren Identität des Mannes nahe zu sein, verweigert darüber aber zur Zeit die Auskunft. Angeblich soll es sich um einen Mann handeln, gegen den bereits ein Haftbefehl wegen des versuchten Schmuggels von 80 Kilo Rauschgift existiert.

Weltpremiere in Berlin?

Zur 750-Jahr-Feier soll die erste Magnetbahn schweben

F. DIEDERICHS, Berlin

Lautlos, ohne Zugführer und Bahnhofspersonal – so wird im Frühjahr 1987 die erste öffentliche Magnetbahn der Welt durch Berlin fahren. Die Weltpremiere der schwebenden Magnetwagen, die neben S- und U-Bahn das ohnehin schon engmaschige Verkehrsnetz der Millionenstadt auf ein Optimum erweitern, wird derzeit auf einer 600 Meter langen Teststrecke vorbereitet.

Wenn die 20 Millionen Mark teuren Testfahrten, die es schon auf ähnlichen Teststrecken in Braunschweig und Hamburg gegeben hat, im September dieses Jahres beendet sind, beginnt der Ausbau der ersten, rund 1,6 Kilometer langen Fahrtrasse, die später den grünen Tiergarten mit den Museumsstätten im Bezirk Kreuzberg verbinden wird.

Die Magnetbahn-Technik verzichtet gegenüber dem herkömmlichen Rad-Schiene-System auf Antriebs- und rollende Teile. Das Prinzip, bisher auf allen Teststrecken mit Erfolg erprobt, beruht auf einem elektromagnetischen Wanderfeld in der Leitschiene, mit dem mehrere Dauermagneten an der Unterseite der Kabinen vorangezogen werden.

„Reibungslose“ Fahrt garantiert

Diese Dauermagneten sind an Klammern installiert, die unter die Leitschiene greifen. Die Fahrgastkabine wird dadurch nicht nur vorwärtsgetrieben, sondern auch angehoben. Der Luftspalt zwischen den beiden Antriebsteilen hat eine Breite von rund 1,5 Zentimetern – die Fahrt läuft also im wahrsten Sinne des Wortes reibungslos.

Die großen Vorteile der „M-Bahn“, so die Kurzformel für das Verkehrssystem der Zukunft, sind nach Ansicht der Konstruktionsexperten der drei deutschen Firmen AEG, Krupp sowie Messerschmidt/Bölkow/Blohm (MBB) nicht nur eine Energieeinsparung von 40 Prozent gegenüber herkömmlichen U- und S-Bahnen und rund 50 Prozent niedrigere Investitionskosten, sondern auch erhebliche Wartungserleichterungen durch das Fehlen eines Antriebsmotors.

Zwei Drittel billiger als die U-Bahn

Zudem können alle Gleise in Leichtbauweise verlegt werden und deshalb besser vorhandenen landschaftlichen Veränderungen angepaßt werden, ohne daß große Erdbauarbeiten erforderlich sind. In Berlin wird die erste „M-Bahn“ auf einer Hochbahntrasse fahren und eine Geschwindigkeit von durchschnittlich 72 Stundenkilometern erreichen. Die einzelnen Fahrgastkabinen kosten nur ein Drittel (0,8 Millionen Mark) gegenüber einem U-Bahn-Wagen, der mit rund 2,5 Millionen Mark zu Buche schlägt.

Die gesamte „M-Bahn“-Linie in Berlin wird mit rund 25 Millionen Mark vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert, den Rest trägt der Berliner Steuerzahler. Drei Jahre bevor pünktlich zur 750-Jahrfeier der geteilten Stadt die ersten Magnetwagen an der Spree rollen werden, haben schon 40 Länder aus Europa und Übersee Interesse für die Weltneuheit bekundet.

Arzt-Ehepaar begeht Selbstmord

dpa, Bochum

Ein Arzt-Ehepaar, gegen das im Zusammenhang mit dem Bochumer Rezeptskandal ermittelt wurde, hat Selbstmord verübt. Der 49jährige Arzt und die 45jährige Ärztin vergifteten sich mit Tabletten. Es gibt keine Hinweise auf Fremdeinwirkungen. Ein Abschiedsschreiben läßt die Vermutung zu, so ein Polizeisprecher, daß der Doppelselbstmord im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungen wegen Rezeptbetrügereien steht. Das Ehepaar, das eine Praxis für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten betrieb, war gestern morgen von einem Hausmädchen tot im Schlafzimmer gefunden worden. Zu den laufenden Ermittlungen gegen das Ehepaar machte der Sprecher keine Angaben. Im Bochumer Rezeptskandal, bei dem im Zusammenspiel zwischen Ärzten, Apothekern und Patienten Krankenkassen um Millionensummen geschädigt worden sein sollen, sind bisher ein Apotheker und zwei Ärzte zu Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Streikwelle in Italien

dpa, Rom

Italien wird in dieser Woche von einer Streikwelle überrollt. Mitarbeiter auf Flughäfen, Bahnhöfen und dem Fährverkehr wollen die Arbeit nacheinander niederlegen. Besonders für die Touristen, die die Inseln besuchen wollen, wird es Probleme geben. Nicht ausgeschlossen wurde gestern auch ein erneuter Streik der Tankstellenpächter.

Tat eines Irren?

dpa, Stockholm

Die Ermordung von zwei niederländischen Touristen in Nordschweden (s. WELT von gestern) ist nach Ansicht der Polizei, die kein Motiv erkennen kann, die Tat eines Irren gewesen. Im Gepäck der beiden Toten, Jannie (34) und Marinus Stegehuis (40), die Freitag nacht im Schlaf in ihrem Zelt erstochen wurden, fehlen weder Bargeld noch Wertgegenstände.

Freie Fahrt

dpa, Straßburg

Gestern sind die Kontrollerleichterungen an der deutsch-französischen Grenze für deutsche, französische und belgische Autofahrer in Kraft getreten. Bundeskanzler Kohl und Frankreichs Staatspräsident Mitterrand hatten diese Erleichterungen bereits für den 1. Juli angekündigt. Während die Autofahrer erfreut reagierten, halten die Grenzbeamten Bedenken entgegen, es könnten zu viele Ganoven unerkannt die Grenzen passieren. Im ersten Halbjahr wurden allein an der Europabrücke in Kehl 450 Personen festgenommen.

Erfolgreiche Züchtung

AFP, Privas

15 Anakondas sind in einem Wildreservat in Peaugres in Südfrankreich zur Welt gekommen. Die Boas sind rund 60 Zentimeter lang und 170 Gramm schwer. Die erfolgreiche Züchtung der in Südamerika beheimateten Reptilien gilt für Europa als großer Erfolg.

Fahrräder statt Geld

SAD, Den Haag

Im Rahmen ihrer allgemeinen Sparmaßnahmen beschafft die niederländische Regierung für die Angehörigen der „Rijkspolitie“ 2300 neue Fahrräder und streicht mit Wirkung vom 1. Oktober die bisher übliche Auszahlung von 18 Mark monatlich für die Benutzung privater Fahrräder zu dienstlichen Zwecken.

Höchster Lotterie-Gewinn

AFP, Braintree

Die 45jährige Sekretärin Mistress Sanford hat am Wochenende alle bisherigen Lotterierekorde der USA gebrochen und gewann auf einen Schlag 44 Millionen Mark. Sie war die einzige, die die sechs Gewinnzahlen der Lotterie „Megabucks“ auf ihrem Los angekreuzt hatte.

Zweites Todesopfer

dpa, Hamburg

Der Starfighter-Absturz vom 10. Juli in Groß Sterneberg im niedersächsischen Kreis Stade hat ein zweites Todesopfer gefordert. Am Sonntag erlag der 38jährige Sozialpädagoge Dieter Bachmann seinen schweren Brandverletzungen. Seine Freundin war sofort tot.

Karambolage

dpa, Köln

Bei einem Verkehrsunfall auf der Autobahn bei Köln sind gestern drei Personen getötet worden. Ein mit zwei Bundeswehrsoldaten besetzter Wagen kam auf der Überholspur ins Schleudern und stieß frontal mit einem anderen Auto zusammen.

ZU GUTER LETZT

„Mangels Kindern hat er sich nach seinem Abschlußexamen entschlossen, selbständiger Unternehmer zu werden und Fotosatz herzustellen.“ Das Juli-Organ „Jung & liberal“ unter dem Titel „Porträt eines aktiven Liberalen“ über seinen Chefredakteur Jürgen Thomas.

WETTER: Wechselhaft und kühl

Wetterlage: Zwischen einem Tief über Skandinavien und einem Hoch über dem Ostatlantik hält die Zufuhr kühler und wolkenreicher Luft an.

Deutscher Wetterdienst 16. Juli 1984, nachm.

Vorhersage für Dienstag:
Im gesamten Bundesgebiet wechselnde, vielfach auch starke Bewölkung und einzelne Schauer, im Alpenvorland zum Teil länger andauernder Regen. Tageshöchsttemperaturen 14 bis 18 Grad, nächtliche Tiefstwerte um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden frischer Nordwestwind.

Weitere Aussichten:
Noch keine durchgreifende Änderung.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	15°	Kairo	31°
Bonn	15°	Kopenh.	18°
Dresden	14°	Las Palmas	22°
Essen	14°	London	18°
Frankfurt	15°	Madrid	26°
Hamburg	14°	Mailand	28°
List/Sylt	14°	Mallorca	17°
München	12°	Moskau	23°
Stuttgart	13°	Nizza	25°
Algier	24°	Oslo	20°
Amsterdam	15°	Paris	20°
Athen	30°	Prag	12°
Barcelona	25°	Rom	26°
Brüssel	15°	Stockholm	18°
Budapest	20°	Tel Aviv	33°
Bukarest	30°	Tunis	31°
Helsinki	18°	Wien	19°
Istanbul	28°	Zürich	16°

Sonnenaufgang* am **Mittwoch**: 5.12 Uhr, Untergang: 21.35 Uhr; **Mondaufgang:** – Uhr, Untergang: 10.48 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel